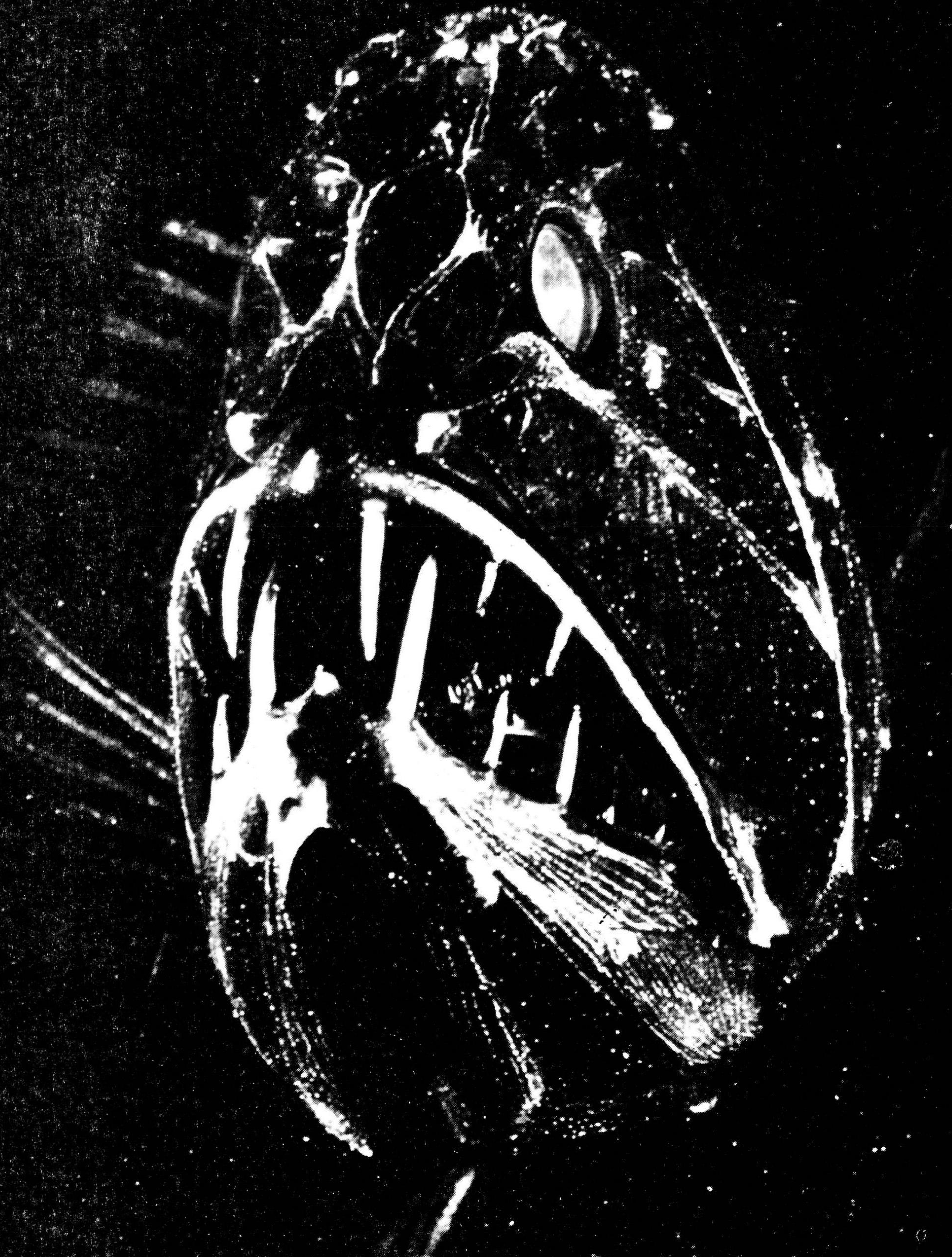
Nr. 279

24. März 1994

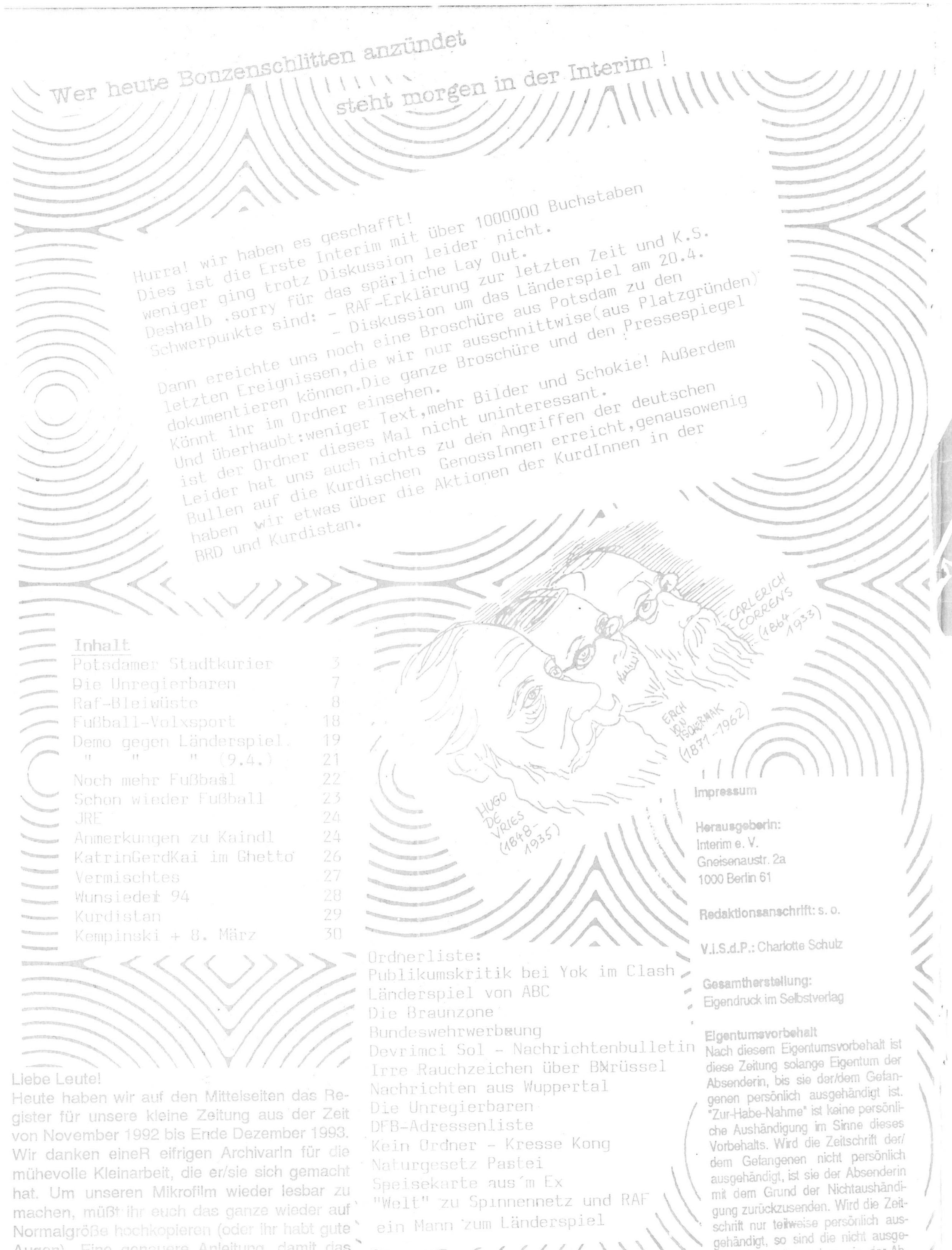


INTERIM

Wöchentliches Berlin-Info

auswärts 3 DM

2,50 DM



Wer heute Bonzenschlitten anzündet steht morgen in der Interim !

Hurra! wir haben es geschafft!
Dies ist die Erste Interim mit über 1000000 Buchstaben
weniger ging trotz Diskussion leider nicht.
Deshalb ,sorry für das spärliche Lay Out.
Schwerpunkte sind: - RAF-Erklärung zur letzten Zeit und K.S.
- Diskussion um das Länderspiel am 20.4.

Dann ereichte uns noch eine Broschüre aus Potsdam zu den
letzten Ereignissen,die wir nur ausschnittwise(aus Platzgründen)
dokumentieren können.Die ganze Broschüre und den Pressespiegel
Könnt ihr im Ordner einsehen.
Und überhaubt:weniger Text,mehr Bilder und Schokie! Außerdem
ist der Ordner dieses Mal nicht uninteressant.
Leider hat uns auch nichts zu den Angriffen der deutschen
Bullen auf die Kurdischen GenossInnen erreicht,genausowenig
haben wir etwas über die Aktionen der KurdInnen in der
BRD und Kurdistan.

Inhalt

Potsdamer Stadtkurier	3
Die Unregierbaren	7
Raf-Bleiwüste	8
Fußball-Volxsport	18
Demo gegen Länderspiel	19
" " " (9.4.)	21
Noch mehr Fußbasl	22
Schon wieder Fußball	23
JRE	24
Anmerkungen zu Kaindl	24
KatrinGerdKai im Ghetto	26
Vermischtes	27
Wunsieder 94	28
Kurdistan	29
Kempinski + 8. März	30

Ordnerliste:
Publikumskritik bei Yok im Clash
Länderspiel von ABC
Die Braunzone
Bundeswehrwerbeung
Devrimci Sol - Nachrichtenbulletin
Irre Rauchzeichen über BNrüssel
Nachrichten aus Wuppertal
Die Unregierbaren
DFB-Adressenliste
Kein Ordner - Kresse Kong
Naturgesetz Pastei
Speisekarte aus´m Ex
"Welt" zu Spinnennetz und RAF
ein Mann zum Länderspiel

Impressum

Herausgeberin:
Interim e. V.
Gneisenaustr. 2a
1000 Berlin 61

Redaktionsanschrift: s. o.

V.i.S.d.P.: Charlotte Schulz

Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag

Liebe Leute!
Heute haben wir auf den Mittelseiten das Register für unsere kleine Zeitung aus der Zeit von November 1992 bis Ende Dezember 1993. Wir danken eineR eifrigen ArchivarIn für die mühevolle Kleinarbeit, die er/sie sich gemacht hat. Um unseren Mikrofilm wieder lesbar zu machen, müßt ihr euch das ganze wieder auf Normalgröße hochkopieren (oder ihr habt gute Augen). Eine genauere Anleitung, damit das Register in Heftform bei euch im Schrank stehen kann, liefern wir nach.

Potsdamer Stadtkurier

* mitte der 80iger werden wohnungen auch häuser besetzt (holländerviertel)
* 11.12.89 erste öffentliche hausbesetzung der dortustr.65
  -verbunden war damit die vorderung nach einem unabhängigen jugendzentrum
* 10.2.90 mit einem straßenfest wird das infocafé dortustr. 65 eröffnet
* februar 90 besetzung der dortustr. 8
  -ein halbes jahr später nehmen die leute das angebot von spekulanten an, und ziehen in ein bis zweiraumwohnungen
* mai 90 erstes "fair cocert" im obelisk
  -sommer 90 die "fair concert" gruppe besetzt die fabrik gutenbergstr.105
  -es folgen viele arbeitseinsätze
* nach einem überfall von neonazis auf das infocafé dortustr.65 wird ein jugendlicher verhaftet. er sitzt drei monate in untersuchungshaft
* august 90 dortustr.5 besetzt

entsprechendem objekt aufzunehmen. es soll um akzeptable ausweichobjekte gehen. weiterhin werden keine "neubesetzungen" mehr geduldet
* 1.september eröffnung der ersten hausbesetzerausstellung
* anfang september die gutenbergstr. 107 soll geräumt werden
* der magistrat verbietet theateraufführungen und lesungen von schauspielern des hans otto theaters in besetzten häusern. "aufführungen in besetzten häusern stören den inneren frieden potsdams", heißt es in einem brief anden intendanten des h. o. theaters.
* den 18 menschen (darunter 3 kinder) aus der gutenbergstr. 107 wird ein 4-zimmerbungalow in der berlinerstr. angeboten
* niemand bemüht sich noch um gespräche mit dem magistrat
  -es folgen mehrere aktionen, um ein geeignetes ausweichprojekt zu bekommen
  -11.11.91 versuchte entwendung des"stadtschlüssels"
  -interhotel - und cecilienhofbesetzung

CHRONOLOGIEder Ereignisse

* septmber 90 gutenbergstr.22 besetzt
* januar 91 gutenbergstr. 107 108 14 und das dreimädelhaus in der herman elflein str. werden besetzt
* 16. februar 91spekulanten versuchen mit einer kampfsportgruppe die gutenbergstr. 107 zu räumen
  -besetzter und polizei können das verhindern
* märz 91 besetzung der bertinistr 16 und der gutenbergstr. 95
* mit verschiedenen aktionen wird versucht ein gespräch mit dem magistrat zu finden-frühstücke vor und im magistratsgebäude, straßenblockaden
* ansprechpartner wird erwin motzkuz-dezernat für ordnung und sichrheit -alle häuser erarbeiten ein wohn lebens und arbeitskonzept
* über die konzepte wird nie geredet-die gespräche bleiben ergbnislos
* anfang juni straßenfest in der gutenbergstr.
  -kinderspielplatz neben der dortusr.65 wird eröfnet
  -erste ausstellung in der gutenbergstr. 95
  -kneipeneröffnung gutenbergstr.22
* 19.6.91 hausdurchsuchung in der gutenbergstr. 107
  -20.6.91 demonstration gegen kriminalisierung der hausbesetzer
* juli 91 nacktdemo durch die innenstadt
* durch den großen öffentlichen druck erklärt sich der magistrat bereit vor jeder räumung verhandlungen mit den menschen aus dem

  -provokative spaziergänge durch sanssouci
* januar 92 besetzung einer villa in der hebbelstr.
* frühjahr 92 besetzte wohnungen in der lindenstr. 14 werden geräumt
  -am gleichen tag wird die dortustr.3 besetzt
* 8.5.93 uraufführung des ersten gemeinsam mit schauspielern produzierten theaterstückes
* anfang juni puschkinallee 12 wird besetzt
* 13.7.92 puschkinalle 12 wird geräumt
  -demonstration
* in einem öffentlichen gespräch mit detlef kaminki empfiehlt dieser die besetzung von häusern des bundesvermögensamtes
* ende september besetzung der mendelstr.14 und 15 (häuser des bundesvermögensamtes) und ein haus in der helene-lange-str.
* frühjahr 93 besetzung einer villa in der höhenstr.
  -wenige wochen später wird das haus auf veranlassung einer spekulantenfirma geräumt
  -die selbe firma- rentaco besaß die fabrik in der gutenbergstr.105
  -9.7.93 neubesetzung der fabrik
  -22. septmeber 93 räumung der fabrik
  -23. september 93 besetzung der hegelallee
  -22.2.94 räumung der hegelallee
  -demonstration am 23.2 25.2. 5.3. und fahrraddemo am 12.3.94

Liebe Freunde!
Nach den Ereignissen der letzten Zeit hat sich eine Gruppe zusammengefunden, die öffentlich als "Ermittlungsausschuß Potsdam" ihre Arbeit aufnimmt. Wir sind keine umfassende Rechtsberatung sondern wir wollen Tips im Umgang mit den staatlichen Repressions-organen geben. Weiterhin ist der EA während Veranstaltungen zu erreichen, um bei Verhaftungen die Namen der Betroffenen zu sammeln und gegebenfalls einen Rechtsbeistand einzuschalten.
Alle Menschen, die im Zusammenhang mit den Ereignissen der letzten Zeit Post von den staatlichen Organen erhalten haben (Ordnungswidrigkeiten, Vorladungen usw.)und nicht wissen, wie sie sich verhalten sollen, können sich wie folgt bei uns melden.

- Telefon: 0161335615 (Anrufbeantworter)
0331/ 2800129 (bei Veranstaltungen)
- schriftlich: EA Potsdam (Briefkasten)
Dortustr. 65
Potsdam, 14467
- persönlich: ebenda, Keller (Bürozeiten: Di + Fr. , 18.00 - 20.00 Uhr)

Wer schon Post erhalten hat, sollte wissen:
- zu einer Vorladung durch die Polizei mußt Du nicht erscheinen!
- Du mußt Dich auch nicht schriftlich äußern!
- melde Dich bei Bedarf bei uns!
Wer eine Anzeige gegen Beamte machen möchte (Kessel in Babelsberg, Körperverletzung usw.), sollte sich ebenfalls bei uns melden! Jede/ r sollte seine Polizei-Post und ein Gedächtnisprotokoll zum entsprechenden Vorfall mitbringen.

Weiter so! Euer EA

ZU DEN EREIGNISSEN AM MORGEN DES 13.3.94 IN DER GUTENBERGSTAßE

der samstag war für uns hausbesetzer eigentlich kein schlechter tag. wir begannen ihn mit einem gemeinsamen frühstück im cafe der dortustraße 65. danach verteilten wir unsere selbstgemachte zeitung. um 13 uhr versammelten sich ca 80 menschen zu einer demonstration für die besetzten häuser, auf'nem fahrrad. dabei ging es anderthalb stunden durch die ganze stadt. wir hatten viel spass, verteilten unsere zeitung und alles verlief ohne zwischenfälle. nach 3 wochen räumungsgefahr für unsere besetzten häuser, ständiger anstrengung und aktivität sollte dieser abend ein feuchtfröhliches ende in einer besetzerkneipe nehmen (gutenbergstr. 108). niemand von uns hatte vor randale zu machen. aber in einer situation, in der immer mehr menschen bereit waren sich mit uns auseinanderzusetzen und den lügen der politiker und deren presse nicht mehr zu glauben, haben die bullen einen krawall provoziert. der aufhänger war ein kleines, gemütliches lagerfeuer am bordstein der gutenbergstraße 107. die party und das feuer waren bereits mehrere stunden im gange, viele leute waren bereits gegangen. bis dato hatte sich kein anwohner bei uns beschwert, im gegenteil die leute von gegenüber feierten auch ordentlich, es war ja auch sonnabendnacht. und wir potsdamer waren ja auch schon immer ein fröhliches völkchen. nun plötzlich nahmen die ordnungshüter anstoß an unserer lebensfreude. da wir uns den abend nicht vermiesen lassen wollten, wurde die aufforderung das feuer zu löschen ein-fach ignoriert. da hatten die bullen wieder schnell tränengas, knüppel und schilder zur hand.

gedächnisprotokoll 1

- 3.30 Uhr verschiedene personen, die an der party in der gutenbergstr. 108 teilgenommen haben bewegen sich in richtung dortustraße
- einige sammeln sich, nach der vorzeitig beendeten party, gutenbergstr./ecke dortustr.; verfallen in gespräche
- viele der versammelten waren leicht bis stark angetrunken, was an gesten, stimmengewirr, gang u.s.w. deutlich zu erkennen war
-aufmarsch von bereitschaftspolizei in höhe lindenstr.
- 4.10 Uhr abmarsch der bereitschaftspolizei in richtung dourtusr.
- einige menschen bewegen sich von gutenbergstr./ ecke dortustr. langsam richtung jägerstr.
- in diesen moment beschleunigt die bereitschaftspolizei ihr tempo und verfolgt einzelne Personen, kreist sie ein, verhaftet einige

BEI DIESER AKTION EREIGNETE SICH FOLGENDES:
• eine männliche mittelgroße person rannte aus der dortustr. in die gutenbergstr.
• die person stolperte und wurde von einem bullenfordbus ergriffen, der ihn ca. 3 m nach vorn schleuderte
• der fordbus beschleunigte extrem sein tempo und überfuhr die beine der gefallenen mänlichen person
• der überfahrene junge man lag vorne rechts halb unter dem bus und wurde sofort von den bullen in den bus gehoben
• der fordbus wendete und fuhr mit hoher geschwindigkeit richtung brandenburgerstraße ab
• der ganze vorfall dauerte sekunden
• name und adresse der betroffenen person ist mir nicht bekannt

- die verfolgten flüchten in das haus gutenbergstr. 26
- die bullen versammeln sich vor dem haus
- sie brechen die tür auf und verhaften die im haus befindlichen personen
- 4. 30 uhr schaulustige und restliche partygäste versammeln sich gutenbergstr./ ecke dortustr.
- wachschutzbeamte vordern die bullen an
- die kreisen die person in höhe dortusrt. 5-8 ein
- 5.00 uhr die bullen stellen sich in höhe jägerstr. und dortustr. auf
- die gesamte brandenburgerstr. und dortustr. wird ab friedrich ebert bis elfleinstr. abgeriegelt
- ecke dortustr. wird ein gefangenentransporter bereitgestellt
- die bullen sammeln sich vor der dortustr. 3- 5
- die häuser werden mit scheinwerfern abgeleuchtet
- das haus dortustr. 3 wird aufgebrochen - die bewohner verhaftet
- 6. 00 uhr sicherung des hauses; abtransport der gefangenen

- die abgeführten personen wurden auch bei wehrlosem verhalten mit schlagstöcken geprügelt
- sie schlugen gezielt auf kopf und rücken
- alle abgeführten personen waren verspätete partygäste auf dem heimweg
- niemand tat sich mit gewalttätigen handlungen (z.b. steinewerfen) hervor
- es wurden keine barrikaden gebaut; es fielen einzelne mülltonnen oder bauzäune um
- die festnahmen erfolgten ohne vorwarnung oder platzverweis

gedächnisprotokoll 2

am 12.-13.3.94 war ich bei einer party in der gutenbergstr.108. plötzlich kamen ganz aufgeregt jugendliche vom lagerfeuer, das draußen brannte, in die kneipe gerannt und riefen um hilfe und schreien vor angst- wir sollen rauskommen , helfen, die bullen würden grundlos auf sie einschlagen. Als ich rauskomm, sehe ich wie vor meinen augen ein mädchen an eine hauswand gepreßt (vor dem tv-laden) und grundlos auf sie eingeschlagen wird. des weiteren wurden rechts und links von mir kumpels total zusammengeschlagen und tränengas in die augen gesprüht, s.d. sie nur noch vor schmerzen schrien. einen zogen fünf bullen in die ecke, weil es wohl keiner sehen sollte, schlugen und knüppelten ihn total zu boden. man hörte nur noch schreie und kam sich selber total scheiße vor, weil man völlig hilflos war. was das für eine action war, kann man überhaupt nicht glauben, weil wir sind wieder die schlimmen und die bullen die guten.
völlig unglaublich.
anderen wurden einfach so, nur weil sie dort standen, handschellen angelegt, verhaftet und in die bullenwanne geschoben. auf andere- egal ob frauen oder männer- wurde in der zeit, als viele verhaftet wurden, cs-gas gesprüht. sie wurden beschimpft, wir sollten uns verpissen, sonst kommt der knüppel. selbst eine kellnerin, die auf der brandenburgerstr arbeitet wurde geknüppelt, nur weil sie mit den bullen reden wollte, da sie alles nicht verstehen könne.
das kann ja wohl alles nicht wahr sein.
es wurde 30-45 minuten ununterbrochen auf leute eingeschlagen und wahllos verhaftet, obwohl niemand eine straftat begangen hatte.

in den zeitungen stand:"kurz darauf flüchteten die jungen leute in zwei besetzte häuser, wohin sie von den beamten verfolgt wurden."maz 14.3.94

die räumung der häuser mit dem nachhausegehen der bewohner zu rechtfertigen, ist eine lüge. küchenmesser und äxte zu mordwaffen zu machen, beweist doch nur eines, daß in diesem land zu viele horrorfilme von politikern, polizisten und journalisten gesehen werden.
zu den angeblich gefundenen rauschgiften: zahlreiche deutsche richter und wissenschaftler setzen sich für die legalisierung sogenannter weicher drogen (u.a. haschisch) ein, aber wenn es um hausbesetzer geht sind sich unsere provinzsheriffs für nichts zu schade. da machen sie aus ein paar gramm angeblich gefundenem haschisch mal schnell eine rauschgiftszene und uns zu drogenabhängigen verrückten. in den zeitungen die wirkliche zahl der verletzten besetzer zu verschweigen, soll den eindruck erwecken, wir wären besser ausgerüstet als die bullen. so als hätte jeder von uns zwei stahlhelme auf dem kopf, zwei eisenstangen in jeder hand u.s.w.. auf diese art soll auch die brutalität der bullen (die gerne nachts leute verprügeln- wenn es keiner sieht) vertuscht werden. und wieder sollen wir als chaoten und kriminelle isoliert werden, weil wir und die anderen bewohner der innenstadt den banken und versicherungsgesellschaften im weg sind.

Kaminski 4. 3.94 im Regionalfernsehen :
1.Die Stadt befindet sich in Verhandlungen mit den besetzten Häusern
2. Es liegen Namenslisten für alle Verhandlungswilligen in den Häusern aus, dort können sich die Leute gern eintragen
3. Die geplante Demonstration der Hausbesetzer am 5. 3., 13 Uhr, Platz der Einheit, wurde von den Veranstaltern aus Angst vor Chaoten, aus Berlin und Hamburg , abgemeldet .
4. Die Stadt bietet Ausweichobjekte an.

Feine Schweinerei, und das einen Tag vor unserer Demonstration !

Um das zu widerlegen fuhren wir sofort ins Sendezentrum des ORB, nach Babelsberg. Wir sprachen dort um 18.15 Uhr mit einer Programmgestalterin, und legten ihr dar, daß Kaminski soeben öffentlich gelogen habe,es



Potsdam bald so schlimm wie Hamburger Hafenstraße

keine Verhandlungen,etwaige Listen und Ausweichobjekte gibt. Außerdem ist die Demonstrationsanmeldung erst nach massivem Druck der Bullen auf die Veranstalter von diesen zurückgezogen worden. Auch, daß es eine angemeldete Kundgebung von der "Bürgerinitiative gegen Kriminalisierung von Jugendlichen" für die gleiche Zeit geben wird. Wir drangen darauf, dies als Dementi der Hausbesetzer, gleichberechtigt neben Kaminskis Lügen,in die Nachrichtensendung um 19.30 uhr aufzunehmen.Die Frau lavierte hin und her,bis sie schließlich einen für die Nachrichten kompetenten Herrn herbeiholte. Dem erzählten wir alles nochmal und ausführlicher. Er überlegte, zog sich zurück, um das ganze mit anderen zu besprechen. Nach seiner Sitzung eierte er ziemlich rum,eh eh, das mit der Kundgebung müsse man erst recherchieren. Und Werbung könnten sie dafür auch nicht machen.

Zu diesem Zeitpunkt wußten wir auch noch nicht , daß die Bullen die Anmeldung fürs Meeting frech zurückwiesen. NA FEIN !
Die Lügen des Baustadtrates betreffend, erklärte er uns , gibt es die Möglichkeit das Ganze so auszudrücken :"TEILE der Hausbesetzerszene dementieren die Aussagen Kaminskis .", Und genau so ging das Ganze dann auch 19.30 über den Sender. Weder Demonstration noch Kundgebung wurden erwähnt . P.S.-ORB-Fritzen:"Wir sind auf jeden Fall morgen vor Ort, ob Kundgebung, Randale oder so, wir sind da".
Ja, wer hätte das je bezweifelt ?!
DANKE !

Sonnabend, 5.3.94

Die Potsdamer Zeitungen betreiben übelste Panikmache.

'S LÜGE !

Es fallen Sätze wie:...Belagerungszustand in der Innenstadt,...Chaoten aus Hamburg und Berlin unterwegs,...Versammlungen auf dem Platz der Einheit werden aufgelöst-weil verboten,...Polizei wird"Schutzausrüstung" tragen.- Bürger habt Verständnis ,...Personenkontrollen werden durchgeführt.

Warum wurde die DEMONSTRATION vom VERANSTALTER (Verein"Spaß am Leben e.V.- Dortustr. 65) abgesagt?
-Harmlose Flugblätter mit ungeklärtem Absender wurden als Aufruf zur Gewalt ausgelegt
-Die Bullen drohten mit Verbot der Demo,wenn er die Anmeldung nicht zurückzieht.
-Die Bullen belästigten eins der unterzeichnenden Vereinsmitglieder auf seiner Arbeitsstelle
-Von terroristischer Vereinigung war die Rede.
Die Anmeldung der Bürgerinitiative für eine Kundgebung wurde, von den Bullen unter Vorspielung falscher Tatsachen, zurückgewiesen.
Das kann einem also alles widerfahren, wenn man in unserem "toleranten" Potsdam eine Demonstration erst anmelden soll,und das dann auch gutgläubig tut. Trotz der ganzen Widrigkeiten hatten wir,(600 Leute), eine prima Kundgebung, und ließen uns die Straße nicht nehmen. Nach den Ereignissen, am Montag den 7.3.94 boten wir uns,nochmals dem ORB,für ein 5-10minütiges Liveinterview an. Wir wollten es so schnell wie möglich,um unsere Gedanken,Forderungen und Ideen den Menschen unverfälscht mitzuteilen, ohne übliche Zensur und Schnitte. Absage! Es sei denn wir quasseln mit Kaminski in der Glotze.Bähhhhh! Es geht denen ,vom ORB, nicht um die Veröffentlichung unserer Sicht, sondern um eine spektakuläre Mini-TV-Show. Seit der Besetzung der Hegelallee 5 reden wir nicht mehr mit dieser Pappnase,weil der Mann ein aalglatter Lügner ist- Was hätte das für einen Sinn?

Wir haben oft versucht,der Presse vor und nach jeder Räumung, nach Gerüchten, die Meinung der Potsdamer besetzten Häuser mitzuteilen.
Auch diese neue Presseerklärung wird ihnen zukommen, aber auch nur diese.Wir erwarten auch jetzt keinen Abdruck unserer Erklärung in ihren Zeitungen.
Warum wir Euch Journalisten der etablierten,seriösen,öffentlich-rechtlichen Medien, genausowenig vertrauen wie der schmierigen Boulevardpresse, den privaten Fernseh- und Rundfunkanstalten?
Weil Ihr keinen Deut besser seid,weil Ihr ebenso verfäscht, weglaßt,und offen lügt.Weil das alles Entscheidende bei Euch, das Geld, der Profit, die Sensation ist. Was macht es für einen Unterschied, ob sich wie in der DDR alles nach der einen, einzig wahren Doktrin der Partei ausrichtete,oder ob sich heute alles nach dem einen, dem GELD ausrichtet, am Menschen vorbei. Es soll auch jetzt alles beim Alten bleiben, und da haben WIR und unsere Meinung nichts zu suchen.
Deshalb dürft Ihr Euch nicht wundern, wenn wir Euch aus unseren Häusern schmeißen, wir Euch auf unseren Straßen nicht mögen, wir auf Eure sensatsionslüsternen Kameras bei Demonstrationen und auch sonst verzichten wollen.

Für den 5. März wurde vom Verein "Spaß am Leben" in Potsdam eine Demonstration angemeldet, um gegen die Räumungen Besetzter Häuser und die Politik des Magistrates zu protestieren. Diese Demonstration entwickelte sich zu einer Kraftprobe zwischen den Demonstranten und dem Magistrat. Die Menschen, die diese Veranstaltung polizeilich angemeldet hatten, sind von der Polizei stark unter Druck gesetzt worden, und zwar sollten sie die Anmeldung zurückziehen. In alter Stasimanier wurde der Arbeitgeber eines Vereinsmitglieds von der Polizei angerufen und aufgefordert, seinen Angestellten wenn nötig dazu zu zwingen, die Anmeldung zurückzuziehen. Außerdem wurden die Anmelder mit Flugblättern terroristischen Inhalts erpreßt, die angeblich in Hamburg, München, Rostock und Berlin aufgetaucht sein sollten. Bis heute ist nicht einer dieser Terroraufrufe irgendwo aufgetaucht. In den Medien verbreitete Baustadtrat Kaminski die Lügen, "Es wäre doch alles in Ordnung, es würde mit allen Besetzern verhandelt usw. - also eine Protestdemonstration wäre doch unnötig."
Dann wurden sowohl die Demonstration als auch eine Kundgebung polizeilich verboten. Zeitungenverbreiteten eine bürgerkriegsartige Stimmung. Als am 5. März dann doch eine Kundgebung stattfand, war der ganze Platz von Bullen umzingelt, die ständig Leuten verboten haben, den Platz zu betreten. Überraschend boten die Bullen ein Mikro an, damit endlich Reden gehalten werden konnten. Es wurden dann auch Reden gehalten, aber nicht über die Lautsprecheranlage der Bullen. Bermerkenswert waren die vielen Schüler und andere "Nichtbesetzer" auf der Kundgebung, und es waren keine Hamburger da. Nach den Reden bildete sich ein Demonstrationszug, der dann recht schnell von Bullen durch Tränengas- und Knüppeleinsatz gestoppt wurde. In diesem Moment hatten alle Demonstranten die Hände unten (auf wirklich jedem Pressefoto gut zu erkennen) und es flogen keine Steine. Sylvesterknaller flogen. Doch was sind Knaller im Vergleich zu Schlagstöcken und direkt ins Gesicht gespritztem Tränengas. Diese Knaller können keinem Bullen mit Helm, Schild und Plastikpanzerung einen Schrecken einjagen. Danach sperrten starke Bullenkräfte die Kreuzung von 3 Seiten. Der Demozug konnte nur noch in eine Richtung weitergehen, zur Brandenburger Straße. Die durch Knüppelei und Tränengaseinsatz aufgeputschten Demonstranten rannten los und erst dann flogen Steine und klirrten Scheiben. Die Seitenstraßen der Brandenburger waren aber wieder abgesperrt, damit die Demonstranten auch ja den ganzen "Broadway" hochrennen mußten.

Dieser Ablauf läßt darauf schließen, daß es in Potsdam Politiker gibt, die diesen Krawall wollten und brauchten. Warum? Um nach diesem Krawall eine Medienkampagne zur Verleumdung der Besetzer starten zu können. Weil diese Politiker Angst haben. Angst wovor?

Diese Leute, wie z.B. Gramlich und Kaminski und ihre Freunde, die Investoren, erinnern sich genau (an die Fabrik?). Als die Kultur- und Tanzfabrik Gutenbergstr. 105 geräumt wurde, gab es in der Bevölkerung viel Sympathie für die Besetzer und harte Kritik am Magistrat. Sie haben Angst davor, daß sich viele Schüler (in der Presse "Minderjährige" genannt) für ihre Bedürfnisse einsetzen und zusammen mit Hausbesetzern, um ihre Rechte wirklich kämpfen. Es könnten ja auch Menschen, die bisher für den Staat ungefährlich waren, dazu angeregt werden, sich zu wehren. Auch als Sammelbecken für Unzufriedene ist die Hausbesetzerszene gefährlich, denn die Mieten, Preise, Steuern steigen, aber die Reallöhne sinken. Arbeitsplätze aber verschwinden einfach. Neue Wohnungen werden kaum gebaut und alte Häuser vergammeln weiter. Da ist es doch kein Wunder, wenn Häuser besetzt werden, von unterschiedlichsten Leuten besetzt werden, z.B. wurden in der Zeit vom 1.1.94 bis zum 22.2.94 65 Räumungsklagen gegen Mieter vom Amtsgericht Potsdam gemeldet. 8 Familien müssen bereits im Obdachlosenheim wohnen (diese Angaben machte der Sozialamtsleiter Loewke am 3.3.94 in der MAZ). Wie heißt denn nun wirklich das Problem in der Potsdamer Innenstadt?!



OBEN	gegen	UNTEN
Es gibt welche, die wollen in der Innenstadt schnell viel Profit machen. Dafür u.a. brauchen DIE Häuser und Grundstücke.		Es gibt welche, die wohnen in der Innenstadt. Und die sollen da Platz machen, über steigende Mieten.
BESITZER	gegen	MIETER

Dabei stören die Besetzer, weil die durch hohe Mieten nicht vertrieben werden können und auch weil sie die Preise bzw. Profite drücken. Die Hausbesetzer versuchen, sich gemeinsam ihr Leben billiger zu gestalten. Sie betreiben ihre eigenen Kneipen, Veranstaltungsorte und Läden. Es ist jach auch schon passiert, daß sich die Besetzer mit den umzusiedelnden Mietern gemeinsam gegen die Vertreibung wehren, z.B. nach der Fabrikräumung, auf Kundgebungen, bei der Besetzung der Hegelallee 5, durch die Gründung einer Bürgerinitiative gegen die Kriminalisierung von Jugendlichen - usw.

Davor haben die Herren Angst. Daß die Menschen hier ihre gemeinsamen Feinde erkennen und zusammen stark genug sind, diese Feinde in Wort und Tat anzugreifen. Deswegen ist es für den Magistrat / die Politiker/, die Investoren so wichtig, die Besetzer und die Mieter (die Ossis - die Wessis, die Arbeiter - die Arbeitslosen, die Alten - die Jungen, die Deutschen - die Ausländer)zu spalten. Spaltungen, die schon da sind, auszunutzen und zu vertiefen. TEILE UND HERRSCHE !(u.a. machen die das, indem Hausbesetzer in eine negativ radikale Ecke gedrängt werden). Leider helfen die Besetzer den Politikern auch dabei, oft ungewollt oder unfreiwillig, auch durch ihr gewolltes Anderssein oder sich abgrenzen. Dazu kommen auch Haltungen von älteren Menschen, wie z.B.: "Das durften wir uns früher nicht erlauben!" Na und? Früher durften Frauen sich nicht erlauben, wählen zu gehen oder gewählt zu werden. Männer durften sich nicht erlauben, den Kriegsdienst zu verweigern. Früher gab es nicht mal den 8 - Stundentag. Ist etwas schlecht, nur weil es das früher nicht gab? Danach zu urteilen, mußten wir alle noch im finstersten Mittelalter leben. Nur wenn wir alle uns etwas erlauben, wird es besser werden. Wenn wir uns alle zusammentun, sind wir nicht mehr die kleinen Leute, die nichts machen können. Dann braucht keiner mehr zu warten, daß die da oben irgendwas für uns tun. Ob es Wohnungen, Kindergärten, Arbeitsplätze zum Lebensunterhaltverdienen sind, die Politiker und Chefs werden es uns solange wegnehmen und schwermachen, bis wir alle STOP sage.

Wir können auch anders!!!

Potsdam grüßt seine Gäste ! und prügelt seine EinwohnerInnen .

Heraus zum revolutionären 12.Juni !

WO BIST DU, BASIS ?

Bald haben wir es geschafft, drei Türchen noch aufstoßen und dann das große Fenster.

DOCH BIS DAHIN FEHLT UNS DEINE UNTERSCHRIFT !

Willst du die/der Letzte sein ?
Basis, hab dich nicht so affig, deine Vorbehalte kotzen uns an !
Wenn du dich nicht traust, laß doch deine Mutti oder deinen Pastor unterschreiben, aber tu es endlich !

Wer wir sind & was wir wollen
Ein kleiner Haufen Menschen aus Berlin, die gern um 20.15 Uhr einen antifaschistischen Spot im ZDF sehen oder das Radio anschalten und Anti-EG-Positionen hören wollen. Wir engagieren uns in den Unregierbaren, weil wir es wichtig finden und es auch lustig sein kann, überraschend in das Wahlgeschehen der Herrschenden einzugreifen, ihnen legal auf der Nase rumzutanzen und in einer Zeit der Naziaufmärsche und Häuserräumungen schnell mit Hilfe genehmigter Lautsprecherwagen zu mobilisieren. Wir sind jetzt nicht etwa dem Parlamentarismus verfallen, sondern wollen gemeinsam mit autonomen, feministischen, antifaschistischen, Flüchtlings-, radikal-ökologischen und BesetzerInnengruppen die Infrastrukturen des Wahlkampfes nutzen. Und wenn dann noch alles gut läuft und wir bei der Wahl 0,5% der Stimmen abkassieren, legen wir auf einem bundesweitem Plenum fest, welche Projekte, initiativen und Gruppen die Kohle kriegen.

Warum wir euch das alles erzählen
Natürlich wollen wir auch was von euch.

EURE MITARBEIT UND EURE UNTERSCHRIFTEN (siehe oben) !

Insgesamt brauchen wir davon bundesweit 4000 bis Ende März, um überhaupt zur Wahl zugelassen zu werden. Sollten wir die nicht kriegen, machen wir ein kleines Feuerchen aufm Alex mit den bereits unterschriebenen Listen.

die Möglichkeiten
Nach der Zulassung können wir einige Spots in Fernsehen/Radio unterbringen, die Städtereklamen müssen eure/unsere Plakate kleben oder Plakatwände zur Verfügung stellen, Mobilisierungen können über genehmigte Lautsprecherwagen laufen und ihr/wir können öffentliche Räume (wie Sporthallen, ...) für Solikonzerte oder Veranstaltungen nutzen und so auch Kosten sparen. Dabei können/sollen diese Sachen unabhängig von den Unregierbaren laufen, d.h. es muß keinesfalls immer das Parteilogo dabei sein. Nicht gesagt werden muß wohl, daß sich all das in unserem Grundkonsenz bewegen muß.
Also macht euch Gedanken und meldet euch !!!!!

Zurück zu den Unterstützungsunterschriften
In Berlin haben wir inzwischen fast tausend Listen unter die Leute gestreut, aber erst knapp hundert zurück gekriegt. Wer/welche also noch unterschriebene rumliegen hat: RÜCKT SIE BITTE RAUS und bringt sie zu folgenden Adressen. Dort liegen auch weitere aus. DRINGEND !!
Bis spätestens Ende März müssen alle zusammen sein, weil wir sie noch beim EinwohnerInnenamt bestätigen lassen und zentral sammeln müssen.

UNTERSCHREIBEN HEIßT UNTERSTÜTZEN, DAß RADIKAL-LINKE INHALTE UNZENSIERT VERBREITET WERDEN KÖNNEN, UND NICHT EINTRETEN !

Und nun die Adressen :

Café Bloody Count
Köpenicker Str. 137
Berlin Mitte

Jottwehdeh
Buchladen
Jessnerstr. 41
Friedrichshain

Infoladen Daneben
Liebigstr.34
Friedrichshain

A.F.F.I.
Fußball Fanladen Anstoß
Brunnenstr. 6/7
Mitte

CLASH
Uferstr. 13
Ecke Martin-Opitz-Str.
Wedding

Kampf dem Verbalradikalismus !

Wir können auch anders !

Frau Gohlke forever !

WAHLEN ÄNDERN NIX
- WOHNUNGSNOT
- GESUNDHEITSDEFORM
- UMWELTZERSTÖRUNG
- FASCHISTEN USW...

VERSCHWINDEN NICHT DURCH STIMMZETTEL !!

ORGANISIERT EUCH SELBST !



RAF-TEXT

wir sagen jetzt nocheinmal was zu der vergangenen phase seit april '92. uns ist klar, daß nach der ganzen katastrophe - unserem kontakt zu dem vs-bullen steinmetz, der dem staatsschutz die ermordung von wolfgang grams und die verhaftung birgit hogefelds ermöglicht hat, bis hin zur spaltung zwischen uns und einem teil der gefangenen aus der raf - eine menge fragen an uns auf dem tisch liegen. warum wir mit allem gescheitert sind, was wir in dieser phase erreichen wollten. natürlich ist das auch unsere frage, die wir beantworten wollen, soweit wir unsere verantwortung sehen.
den genossInnen, die von uns erwarten, daß wir hier über "unsere hoffnungen" auf den staat reden, daß wir einen von uns angeblich angestrebten "deal" mit dem staat kritisieren, können wir nur sagen: wir können darüber nicht reden, weil es nicht der wahrheit entspricht. es gibt in dieser hinsicht nichts, "was wirklich gelaufen ist" oder was wir "zugeben könnten".
die schwerste verantwortung dafür, daß der druck für die freiheit der gefangenen, soweit er mit uns verbunden war, sich ins nichts auflöste, sehen wir in unserem fehler, kontakt mit einem bullen gehabt zu haben. deshalb geht es jetzt zum großen teil darum.
wir haben gehört, daß es genossInnen gibt, die die diskussionen, die sich aus der spaltung ergeben haben, teilweise erfreulich finden. "endlich kommen die fragen auf den tisch". wir sind davon nicht begeistert. wir sehen diese spaltung als schwächung und die tatsache, daß sich genossInnen erst nach so einem crash zusammensetzen und fragen, was die ziele von uns oder den gefangenen seit 89 gewesen seien, drückt auch aus, wie wenig genau die diskussion in den letzten jahren an diesem punkt in der linken geführt worden ist.

sicher ist es jetzt richtig die p o l i t i s c h e n widersprüche heraus zu arbeiten. insgesamt geht es um die aneignung der erfahrungen aus den kämpfen der radikalen linken und um die zukunft emanzipatorischer politik für die umwälzung. darum ging es uns auch in den letzten jahren. angesichts der "raf-debatte", die wir seit dem 28.10./2.11. haben, sind wir erstmal darauf zurückgeworfen, zu klären, "was wirklich war". das ist jetzt erstmal die bedingung für uns, um uns wieder auf die inhaltliche vertiefung und entwicklung konzentrieren zu können. die klärung ist notwendig, weil die offenen fragen zu den letzten jahren einem weiterführenden prozeß im wege stehen. trotzdem ist es so, daß diese diskussion mit samt diesen fragen der wirklichkeit weit hinterher hinkt - auch wenn wir die notwendigkeit, darüber zu reden, sehen. die fragen, die eigentlich anstehen, berühren beispw. kinkel nur insoweit, als daß er als heutiger außenminister wesentlich die rolle der brd im internationalen rahmen mitbestimmt. wie z.b. die direkte teilnahme der brd am krieg des türkischen staates gegen das kurdische volk und die verlängerung dieses krieges durch das verbot der kurdischen organisationen in die brd hinein. darüberhinaus beinhaltet die beantwortung dieser fragen kaum den schlüssel für die fragen nach den politischen zielen, den sozialen inhalten und formen der organisierung, die die linke der herrschenden entwicklung entgegestellen wird.

seit dem schlag in bad kleinen war uns definitiv klar, daß ein teil unseres versuchs aus den vergangenen jahren: auch in einer zeit des übergangs zu neuen bestimmungen unsere konkrete initiative für die freiheit der gefangenen einzusetzen, gescheitert und unmittelbar so nicht fortzusetzen war. doch statt mit neuen überlegungen wieder fuß.fassen zu können, haben wir uns seither im kreis bewegt: die auseinandersetzung um den bullen, der offensichtliche bruch zwischen uns und einem teil der gefangenen danach und schließlich die denunziationen und die spaltung einschließlich der debatte, die das ausgelöst hat. uns geht es darum, alles das abzuschließen, um überhaupt wieder den blick nach vorne freizubekommen. für uns haben sich die ausgangsbedingungen entscheidend verändert. eine "große diskussion", wie wir sie uns vor 2 jahren vorgestellt haben, ist bisher nicht zustande gekommen. wir denken, daß das mehr oder weniger zufällig und unstrukturiert auch nicht zustande kommen kann.
ein neuer anlauf ist sicher notwendig. wie der klärungsprozeß zur neubestimmung für uns nun genau verlaufen wird und wie wir uns darin einbringen werden, ist für uns zum jetztigen zeitpunkt völlig offen.

unser schwerster fehler in den letzten jahren - der kontakt mit dem bullen steinmetz - hat natürlich bei genossInnen fragen aufgeworfen , die geklärt werden müssen.
wie konnte es dazu kommen ?
nachdem das staatsschutzprojekt, steinmetz nach bad kleinen weiter als spitzel einzusetzen, gescheitert war, war es die veränderte staatschutzlinie, lügen über den inhalt der verbindung von uns zu steinmetz zu lancieren. sie haben gesehen, daß diese denunzia tionen wirken und z.b. die spaltung innerhalb des politischen zusammenhangs raf/gefangene forcieren. unser versuch, zu einer umfassenden diskussion zur neubestimmung systemantagonistischer politik zu kommen, war in den letzten jahren kaum in gang gekommen. in dieser situation sollte die staatschutzpropaganda von der verquickung unserer politik mit einem vs- spitzel unsere isolierung von allen, die nach einer weiterentwicklung der emanzipatorischen kämpfe suchen, produzieren und so das scheitern unseres versuchs erreichen.
bis jetzt sind dem staatsschutz kaum grenzen dabei gesetzt worden, die steinmetz - geschichte immer weiter auszumodellieren. dazu haben wir auch unseren teil beigetragen, weil wir - nach allem, wovon wir 93 überrollt worden sind - uns erst jetzt dazu äußern können.
so teilt der vs via steinmetz in einem interview (spiegel 7/94) ein weiteres mal mit, steinmetz hätte zwischen der "scene" und dem staat und zwischen uns und dem staat den "mittler" gespielt. wir hätten mit einem vermittler des vs diskutiert, dessen position gegenüber uns quasi die propagierung von "frieden mit dem staat" gewesen sei. tatsächlich spielte steinmetz uns gegenüber die rolle "revolutionärer linker", der z.b. gerne eine diskussion mit uns darüber geführt hätte, ob es seine eigene perspektive sein könnte, in der guerilla zu kämpfen. - eine diskussion, auf die wir uns nicht eingelassen haben.
dieser vermittlerquatsch ist genauso frei erfunden, wie die neueste version von seiner angeblichen "mitgliedschaft" in der raf und die funktion dieser lügen offensichtlich. es wäre auch vollkommen falsch zu glauben, daß steinmetz, als einer , der "dazwischen" steht, nicht alles das an informationen über genossInnen an den staatsschutz weitergegeben hat, was er mitbekommen hat, und alles das liefern wird, was er nicht weiß, aber was der staatsschutz von ihm verlangt.
was jetzt angelaufen ist, das theater um die "großen widersprüche" im apparat, die geschichte von der angeblichen vertuschung der angeblichen "mitgliedschaft" eines bullen in der raf soll die diffamierungen gegen uns noch weiter in die köpfe der leute, weit über die linken zusammenhänge hinaus, einpflanzen. wer würde schon in frage stellen, daß der staatschutz vertuscht und lügt, wo er kann !
für diese geschichte haben sie in längerer prozedur den "renitenten" bka- beamten in der öffentlichkeit aufgebaut, der aufgrund seiner "wahrheitsliebe" den repressalien seiner dienstherren ausgesetzt sei. wie groß die übereinstimmung des vs-bka-baw-interesses tatsächlich ist , zeigt sich u.a. daran, daß der vs über seine schreiber in der taz die vertuschungsstory groß aufbauen läßt - wo er doch selbst der vertuschung beschuldigt ist. es ist schon eine gigantische staatschutzoperation, die mit dem ziel , die größtmögliche verunsicherung über uns zu schaffen, läuft.um der "phantom"-lüge authentizität zu verleihen, inszeniert das bka auch hausdurchsuchungen bei ihren geheimdienstschreibern landgraeber, sieker, wisnewski, den autoren des "raf-phantom".

die lüge, steinmetz sei an unserer aktion gegen den knast in weiterstadt beteiligt gewesen, soll sowohl die von den geheimdiensten in die welt gesetze "phantom"-diskussion als auch zur zukünftigen kriminalisierung von legalen genossInnen die alte lüge von einer "gesamt- raf" auffrischen. mal abgesehen davon, daß sie damit bezwecken, die politische wirkung der aktion im nachhinein zu zerstören.
gegen diese phantom-propaganda und die alte kriminalisierungslinie gegen legale genossInnen sagen wir noch einmal:
1. weder steinmetz, noch genossInnen aus dem widerstand waren in irgendeiner art an unserer aktion gegen den knast in weiterstadt (oder sonstigen aktionen) beteiligt.

2. auch haben wir keinen fragebogen an genossInnen aus dem widerstand herumgeschickt, um die entscheidung über diese aktion abstimmen zu lassen.

3. wir sind weder von steinmetz noch auf einem anderen weg an die offene struktur von computernetzen wie dem spinnennetz angeschlossen. diese behauptung zielt einzig und allein auf die kriminalisierung und zerstörung von internationalen kommunikationstrukturen des widerstands, die offen organisiert sind.

4. wäre unser kontakt zu steinmetz so intensiv und eng gewesen, wie die staatsschutzpropaganda behauptet, dann hätten wir ihn als bullen enttarnt. gerade die diskontinuität und ungenauigkeit in diesem kontakt hat das verhindert. die möglichkeit, daß einer wie steinmetz hierher zu uns dazukommt besteht und bestand nicht.

wir werden einiges auch konkretes zu der geschichte sagen, nicht, um eine lebensnahe story hinzulegen, sondern einzig und allein deswegen, weil von uns und von anderen fehler gemacht wurden, die wir begreifbar machen wollen, um so zu ihrer aufhebung kommen zu können. nur darin hat die transparenz einen sinn.
auch wenn für uns konsequenzen und korrekturen notwendig sind, über die wir hier nicht reden werden, denken wir, daß aus unseren fehlern mit steinmetz auch für andere, die sich damit auseinandersetzen, wie widerstand organisiert werden kann, einiges deutlich wird und herausgezogen werden kann.
wichtig ist : es wäre möglich gewesen und es ist möglich, einen bullen wie steinmetz, der voll und ganz in der scene lebt, zu enttarnen.
nach dem 27.6.93 sind so viele schrägheiten in der geschichte des spitzels ans licht gekommen, daß der gedanke zur gewißheit wird : wären wir und die, die mit ihm zusammengelebt haben , den "komischen gefühlen" und seltsamen geschichten auf den grund gegangen, dann wäre dieser fehler nicht passiert.
die chronologie seiner karriere (sieh die broschüre der recherche-gruppe aus wiesbaden) macht das deutlich.
es ist fatal, daß genossInnen (in einem papier in dieser broschüre zur aufarbeitung...) immer noch von sich sagen, es wäre ihnen unmöglich gewesen, steinmetz als v-mann zu enttarnen. was wir aus der ganzen sache ziehen ist nicht, daß der vs unschlagbar "gut" gewesen ist, sondern, daß wir große fehler gemacht haben. wir hören des öfteren von leuten, die heute sagen, sie hätten "schon immer ein komisches gefühl" zu k.s. gehabt, ihnen wären sachen seltsam vorgekommen und es hätte sogar in der vergangenheit anlässe zu brüchen mit ihm gegeben. aber wir hören selten darüber, warum diese leute nichts damit angefangen hatten. aber erst daraus könnte gelernt werden.
es geht uns jetzt darum :
1. den hintergrund, die situation und die fehler zu klären, die zu unserer kontaktaufnahme mit steinmetz geführt haben.
2. unsere fehler in der auseinandersetzung mit ihm.

DER BULLE STEINMETZ - EIN-NACH-86er-STAATSSCHUTZANGRIFF GEGEN UNS

wir gehen heute davon aus, daß steinmetz - nach einer vorlaufzeit ab 84 - spätestens 86/87 die konkrete aufgabe übernommen hatte, beziehungen zu genossInnen aufzubauen, die den bullen aus dem politischen zusammenhang der front bekannt waren, um langfristig an uns dranzukommen.
86/87 hat der staatsschutz als reaktion auf den schritt, mit den offensiven 85 und 86 als gemeinsame revolutionäre front von raf, organisierten militanten und genossInnen aus dem antiimperialistischen widerstand zum handeln zu kommen, mit einer massiven repressionswelle gegen legale genossInnen geantwortet.
sie wollten diesen prozeß mit gewalt abwürgen. auf der anderen seite witterten sie ihre chance, über die politischen diskussionszusammenhänge an die illegalen strukturen dranzukommen.
in dieser zeit ist steinmetz nach wiesbaden gezogen. er hat in rasantem tempo engen kontakt zu genossInnen bekommen, die aus der politischen entwicklung der frontzeit kamen also auch bei jeder gelegenheit im zentrum der observationen der bullen standen.
ende 87 waren schon viele zusammenhänge von genossInnen, die sich vorher auf die politischen bestimmungen der front bezogen hatten, auseinandergebrochen.
schon damals waren viele dieser genossInnen auf der suche nach neuen orientierungen und die politischen fragen, die sie in der frontvorstellung nicht klären konnten oder wollten, standen für sie im vordergrund.

aus dieser zeit stammt der erste verdacht gegen steinmetz, er könnte ein bulle sein, der uns damals auch bekannt geworden ist. da beginnt der erste fehler, wo wir heute sagen können, wir hätten einen einfluß darauf gehabt, daß dieser verdacht geklärt wird.
steinmetz hängte sich damals in einer art an genossInnen dran, mit der er mißtrauen auf sich zog. er vermittelte sich gegenüber genossInnen, die ihn kaum kannten, als "technikcrack", der schon "andere" sachen gemacht hätte. er verbreitete eine aura um sich, als sei er in der vergangenheit in militanten zusammenhängen gewesen, die ihm inhaltlich zu flach geworden seien, und als sei er auf der suche nach einer weitreichenderen revolutionären perspektive , die er unter anderem bei genossInnen aus der antiimperialsitschen scene zu finden hoffte. tiefer begründete er das weder aus seiner politischen vorstellung noch aus seiner subjektiven entwicklung. es blieb bei plattheiten wie: "es geht um's ganze statt um teilbereichskämpfe" oder "militant und illegal ist wichtig"... auch war er schmierig genug, genossInnen gegenüber, die darauf nicht eingingen und im gegenteil andere vorstellungen vermittelten, sofort umzuschwenken und so zu tun, als sei es genau das, was er auch wollte. sein verhalten ist damals als ein abchecken durch ihn empfunden worden, ob genossInnen darauf einsteigen und etwas von sich offenmachen.
der verdacht damals war eine sache von gefühlen, d.h. die widersprüche sind empfunden worden. aber es gab keine indizien und in seiner geschichte stimmte oberflächlich betrachtet alles. es gab gespräche mit anderen, die steinmetz verhalten auch verdächtig fanden, aber die unsicherheit überwog, oder es blieb bei verschiedenen meinungen stehen, wie es in der radikalen linken gerade bei solchen fragen immer wieder vorkommt. die konsequenz war dann lediglich, sich selbst gegen steinmetz abzuschotten, um damit die engsten genossInnen und auch uns zu schützen.
nicht auf die aufklärung zu bestehen, hatte verschiedene schlechte gründe. die unsicherheit, bei so einem verdacht sehr stark von gefühlen auszugehen, ohne etwas konkretes in der hand zu haben. und die befürchtung, statt einer aufklärung könnte eine gerüchteküche entstehen, die einen typen, der sich nur da und dort wichtig machen und "dazugehören" will, zu unrecht mit einem harten verdacht trifft. diese unsicherheit wurde dadurch verstärkt, daß steinmetz offensiv mit dem mißtrauen gegen sich umging. er hatte realisiert, daß abstand von ihm gehalten wurde und eine auseinandersetzung gefordert.
das ist ein immer wieder auftauchendes problem. solche unsicherheiten, die dazu führen, die ganze sache dann doch mehr oder weniger laufen zu lassen, statt die entscheidung zu treffen sich dann hinter eine aufklärung zu klemmen, die eine gerüchteküche nicht aufkommen läßt . das ermöglicht es spitzeln, ihre karriere in linken zusammenhängen fortzuführen. das ernstnehmen von geheimdienstangriffen gegen die linke durch spitzel reicht dann gerade noch soweit, sich und die allernächsten zusammenhänge - wenn überhaupt - gegen so einen abzuschotten. so war es damals auch mit steinmetz. ein herumlavieren statt einer lösung.
entsprechend sind andere genossInnen, die viel mit steinmetz zu tun hatten, nicht mit dem verdacht gegen ihn konfrontiert worden. das war das konkrete.
der hintergrund, den wir wesentlich finden, um die damaligen fehler zu begreifen, war im ende der front angelegt. das ende der front war nicht einfach ein ende, das so bestimmt war und eine reflektion der erfahrungen aller am frontprozeß beteiligten erarbeitet und daraus gemeinsam nach einer neuen vorstellung gesucht wurde. sondern das ende war ein schleichender zerfallsprozeß, in dem viele genossInnen trennungen statt auseinandersetzung vorgezogen haben. ein zerfallsprozeß, in dem sich die frontzusammenhänge größtenteils auflösten und individuell oder als kleinstgruppe andere wege eingeschlagen wurden. auch von uns kamen keine impulse für eine andere umgehensweise.
auf der strecke blieb sowohl die verantwortung füreinander, als auch die gemeinsame verantwortung für die zukunft revolutionärer politik.
dieser zustand hat es steinmetz leicht gemacht, verschiedene genossInnen abzuchecken, ohne größer gefahr laufen zu müssen, daß das zur gegenseitigen vermittlung der genossInnen untereinander und so möglicherweise zu seiner enttarnung führt.
das ausweichen vor einer klärung hat es steinmetz mit ermöglicht, jahrelang weiter in verschiedenen zusammenhängen zu leben und teil von immer mehr mobilisierungen der radikalen linken zu sein.
die chronologie seiner karriere macht deutlich, daß der fehler nur auf den eigenen unmittelbaren horizont zu achten im zusammenhang mit steinmetz sehr oft gelaufen ist.
wir sind uns sicher, wären beispielsweise die information über die verhöre bei der staatsanwaltschaft in kaiserslautern mit dem verdacht zusammengekommen, hätte die geschichte damals einen anderen verlauf genommen. mit schuldzuweisung hat das nichts zu tun, dazu haben wir gar keinen anlaß.

UNSERE KONTAKTAUFNAHME MIT STEINMETZ NACH DER VERMEINTLICHEN AUFKLÄRUNG DES VERDACHTS

wir hatten den verdacht gegen steinmetz nicht vergessen. wir hatten lange zeit nichts mehr über steinmetz gehört. so weit wir wußten, hatte er sich '89 erstmal aus verschiedenen auseinandersetzungen zurückgezogen. ca.'90 erfuhren wir, daß er teil in diskussionszusammenhängen wurde, zu denen es von uns politische bezugspunkte gab. uns hat das überhaupt nicht gefallen. es war damals noch gar nicht die frage von uns, selbst mit ihm kontakt aufzunehmen. trotzdem wollten wir nicht, daß einer in diskussionszusammenhängen teil ist, mit denen wir es uns vorstellen konnten, in einer gemeinsamen politischen perspektive zusammenzukommen. also haben wir versucht, dem früheren verdacht über verschiedene stränge noch einmal auf den grund zu gehen. es gab genossInnen, die von unseren fragen zu ihm wußten. nach ihrer einschätzung hatte sich das, was zu dem mißtrauen früher geführt hatte, aufgelöst. steinmetz hatte z.b. angefangen, sein früheres "abfahren auf technik" zu kritisieren. auch daß es ihm schwerfällt, eigen politische gedanken über das "gegen die schweine" hinaus zu entwickeln, hatte er als problem von sich angesprochen. (wir stimmen dem nicht zu, was ein genosse im arranca - interview sagte, er sei bei solchen widersprüchen immer ausgewichen. unsere erfahrung mit ihm ist anders. es zieht sich durch, daß er immer versucht hat, mit seinen schwächen, die er als bulle hatte, offensiv umzugehen; immer alles als "probleme", die er lösen will, zu thematisieren. das machte er allerdings nur dann, wenn er es für notwendig hielt, persönliche "offenheit" zu demonstrieren, damit wir den kontakt zu ihm weiter aufrechterhalten. daß er diese "probleme" natürlich nie aufgelöst hat, versteht sich ja von selbst.)
in der auseinandersetzung um steinmetz sind wir viel zu schnell und selbstverständlich von gemeinsamen kriterien zwischen uns und anderen genossInnen ausgegangen, wir haben viel zu wenig hinterfragt. dazu kommt, daß wir uns auf das "hände ins feuer legen" für ihn von genossInnen verlassen haben, deren kriterien wir überhaupt nicht kannten. das waren genossInnen aus einem anderen politischen zusammenhang, die vermittelten, daß sie erfahrungen mit ihm , auch konspirativer art und daraus vertrauen zu ihm hatten - es sei ausgeschlossen, daß er ein bulle sei. wir hätten uns über deren kriterien verständigen müssen. allein die tatsache, daß dieses oder jenes mal geklappt hat, heißt natürlich nicht, daß kein bulle dabei gewesen sein kann. es war eine große ungenauigkeit von uns, zu akzeptieren, daß wir nicht mehr über den politischen und praktischen rahmen dieser geschichte erfahren konnten und wir aus wenigem, was wir vermittelt bekamen, einen falschen respekt vor einer von uns nicht zu hinterfragenden struktur hatten. obwohl wir nichts genaues über sie wußten und sich keine tiefere diskussion mit ihnen entwickelte, haben wir auf ihre einschätzung an so einer entscheidenden frage gezählt. aufgrund all dieser ungenauigkeiten konnte steinmetz karriere weiterlaufen.
trotzdem ist es uns wichtig zu sagen, daß die fragen an genossInnen im brief von birgit hogefeld (taz, 22.7.93) kein "abschieben des problems auf andere" ist.
wir müssen uns als illegale bei solchen fragen schon sehr weitgehend auf andere genossInnen verlassen können. vor einer kontaktaufnahme mit leuten, die wir nicht kennen, sowieso. was natürlich ein sehr hohes maß an genauigkeit aller daran beteiligten vorraussetzt. hinzu kommt, daß wir schon oft genug die erfahrung gemacht haben, daß genossInnen sich bei treffen mit uns vollkommen anders vermittelt haben, als sie in ihrem alltag gelebt haben, und wie sie in ihren zusammenhängen, in den beziehungen der genossInnen untereinander waren. es ist ein anderes kennenlernen möglich in gemeinsamer kontinuierlicher praxis und im alltag, im zusammenleben als in der ausnahmesituation illegaler treffen.
steinmetz hat dann im folgenden jahr immer mehr mit genossInnen und verschiedenen zusammenhängen zu tun bekommen, "gehörte also richtig dazu". zu politischen zusammenhängen, die damals für sich den anspruch formulierten, umfassende perspektiven auch **im politischen** zusammenhang mit militanten und bewaffneten gruppen wie der raf entwickeln zu wollen. er hat sich als einer vermittelt, der auch, wenn nötig, mal praktisch etwas hilft -wie sowenige in der ganzen zeit damals. wir waren immer auf der suche nach genossInnen, die helfen, die diskussion zu organisieren, was immer auch eine praktische frage ist. es waren die ganzen jahre nicht gerade die massen von genossInnen, die dazu bereit waren. es gab immer viel mehr genossInnen, die "eine front" oder den anspruch auf gemeinsame diskussion mit uns bekundet haben, als welche, die auch bereit waren, dafür etwas zu tun. dementgegen vermittelte steinmetz den eindruck, daß er bereit sei, seine "politischen vorstellungen" auch praktisch anzupacken. wir sehen es heute so, daß genau das sowohl bei uns als auch bei anderen genossInnen im weiteren verlauf der geschichte entscheidend dafür war, warum wir kriterien in der auseinandersetzung -die wir aus langen erfahrungen hatten und weder 89 **noch 92** aufgegeben haben- im verhältnis zu

ihm nach hinten geschoben haben. im verhältnis zu steinmetz ist, nachdem der bullenverdacht vermeintlich ausgeräumt war, sehr schnell in den vordergrund gerückt, daß er im zusammenhang der organisierung der diskussion (wen wunderts heute!) äußerst zuverlässig war.
in der zeit nach 89 waren wir definitiv mit der tatsache konfrontiert, daß aus dem frontprozeß keine gemeinsame relevante kraft entstanden war, die in die rasante entwicklung in irgendeiner weise produktiv für die seite der befreiung hätte eingreifen können.
das hat bei uns zu diskussionen darüber geführt, worin unsere fehler in den jahren vorher gelegen haben, was falsch war an dieser vorstellung und an ihrer umsetzung. es war uns bewußt, daß es nicht nur die folgen der weltweiten umbrüche waren, die zu diesem ergebnis geführt hatten. in der phase von 89 bis 92 ging es uns darum, was wir erkannt hatten und verändern wollten, direkt in unserer praxis umzusetzen. entlang unserer damaligen vorstellungen wollten wir neue bezüge zu genossInnen aufbauen.
auf große resonanz sind wir mit unseren versuchen, in eine gemeinsame diskussion mit gen ossInnen zu kommen, nicht gestoßen.
dementgegen war steinmetz einer von denen, die verstärktes interesse an einer direkten auseinandersetzung mit uns vermittelten. das war mitte/ende 91.

DIE AUSEINANDERSETZUNG ZWISCHEN UNS UND STEINMETZ

die ersten beiden relativ kurzen treffen hatten schon eindeutig eine falsche gewichtung. es ging dort fast ausschließlich um eine beschreibung der situation in der radikalen linken.über steinmetz selbst wußten wir nach dem ersten treffen zwar, daß er "nett" war - und heute sehen wir darin diese schmierige, oft übertriebene "herzlichkeit" des bullen, der unbedingt übereinstimmung signalisieren wollte - ansonsten blieb es uns verschwommen, was er überhaupt und speziell mit uns wollte. er hatte vermittelt, erhätte das interesse, etwas gegen die distanz zwischen uns und "der autonomen scene" zu tun. außerdem würde er daran überlegen, ob es für ihn nicht selbst perspektive sein könnte, in der guerilla zu kämpfen. zum ersten konnte er nicht viel erklären. auf die diskussion über eine perspektive von ihm bei uns ließen wir uns nicht ein. denn darum kann es mit niemandem gehen, den wir nicht genau kennen und verstehen.
nach diesem treffen wollten wir aber weitersehen, ihn und seine vorstellungen in weiteren treffen kennenlernen.
beim nächsten treffen erzählte er, er sei in einer internationalismus - gruppe zur vorbereitung der widerstandstage gegen den wwg in münchen. nachdem wir interesse an einer diskussion darüber zeigten, löste sich das jedoch in luft auf. die begründung dafür war, daß die gruppe auseinandergegangen sei, bzw. dort keine gemeinsamen diskussionen in gang gekommen seien.
auch beim 2. treffen wollte er über seine mögliche perspektive bei uns reden.
diese beiden treffen fanden vor dem 10. 4. 92 statt und wir haben uns darüber gewundert dass er später vermittelte, unsere entscheidung sofort gut und richtig zu finden. darauf angesprochen behauptete er, er hätte schon seit 91 den gedanken, daß eine "pause" richtig wäre. auf die frage, warum er dann vorher ganz anders diskutiert hätte, antwortete er, er hätte befürchtet, wir würden die diskussion mit ihm gar nicht erst anfangen, wenn er uns das sagt.
steinmetz war weder an unserer reflektion beteiligt noch an diskussionen hin zu unserem schritt im april 92. wir haben ihn nicht als einen gesehen, mit dem wir im denken eine große übereinstimmung hätten. im gegenteil hat er nach dem 10. 4. oft positionen in die diskussion eingebracht, die wir gerade in dieser zeit öffentlich kritisiert haben, weil sie die diskussion, die wir führen wollten, blockierten. so war er einer derjenigen, der z.b. unsere grußadresse an alle teilnehmerInnen der demonstration und des internationalen kongresses gegen den wwg in münchen mit der aussage: "es fehlen die konkret greifbaren bestimmungen für die zukunft " kritisiert hat. was wir von dieser erwartungshaltung an uns halten, die von uns verlangt, daß wir nur fertiges auf den tisch legen sollen und ansonsten das maul halten, haben wir daraufhin im august 92 öffentlich gesagt. mit ihm war es anlaß zum streit, weil er selbstverständlich auch nicht in der lage war, zu füllen, was er damit meint.
bei den drei treffen nach dem 10.4.92 und vor juni 93 kam es immer zu widersprüchen zwischen ihm und uns oder wir mußten "fehler", die er gemacht hatte, mit ihm klären. in solchen diskussionen nahm er meist das, was wir kritisierten zurück und begründete alles damit, daß er aus den bedingungen der treffen nicht genügend zeit zum überlegen hätte und deshalb unüberlegte sachen sagen würde.

die diskussionen mit steinmetz sind immer an die grenze gestoßen, daß es mit ihm nicht möglich war, gemeinsame politische vorstellungen zu entwickeln, aus denen er dann politische initiativen dort, wo er lebte, angepackt hätte. immer wieder begründete er, politische initiativen, die er sich angeblich vorgenommen hatte, seien unmöglich gewesen, weil zu wenige genossInnen die verantwortung "für den prozeß" übernehmen würden.
je länger wir mit steinmetz zu tun hatten, desto mehr hatten wir das bild von ihm, daß er nicht in der lage ist, sich eigene gedanken in der auseinandersetzung zu machen. dass er auf alles abfährt, wo sich äußerungen von genossInnen einigermaßen "klar" und entschieden anhörten. wir haben das als eine schwäche von ihm gesehen, etwas, das er verändern müßte und das auch von ihm verlangt. wir hatten es ja auch realisiert, dass er überall seine nase drin hatte und trotzdem nichts eigenes anfing.
nach dem treffen im april 93 stand für uns fest, daß wir in den ganzen diskussionen mit ihm bis dahin nicht zusammengekommen waren. es gab erste überlegungen, den kontakt mit ihm zumindest solange abzubrechen, bis er sich selbst klar darüber wird, was er selbst richtig findet und will. beim treffen in bad kleinen sollte es noch einmal darum gehen, wie und ob es zwischen ihm und uns weitergehen wird.

UNSERE FEHLER IN DER AUSEINANDERSETZUNG MIT STEINMETZ

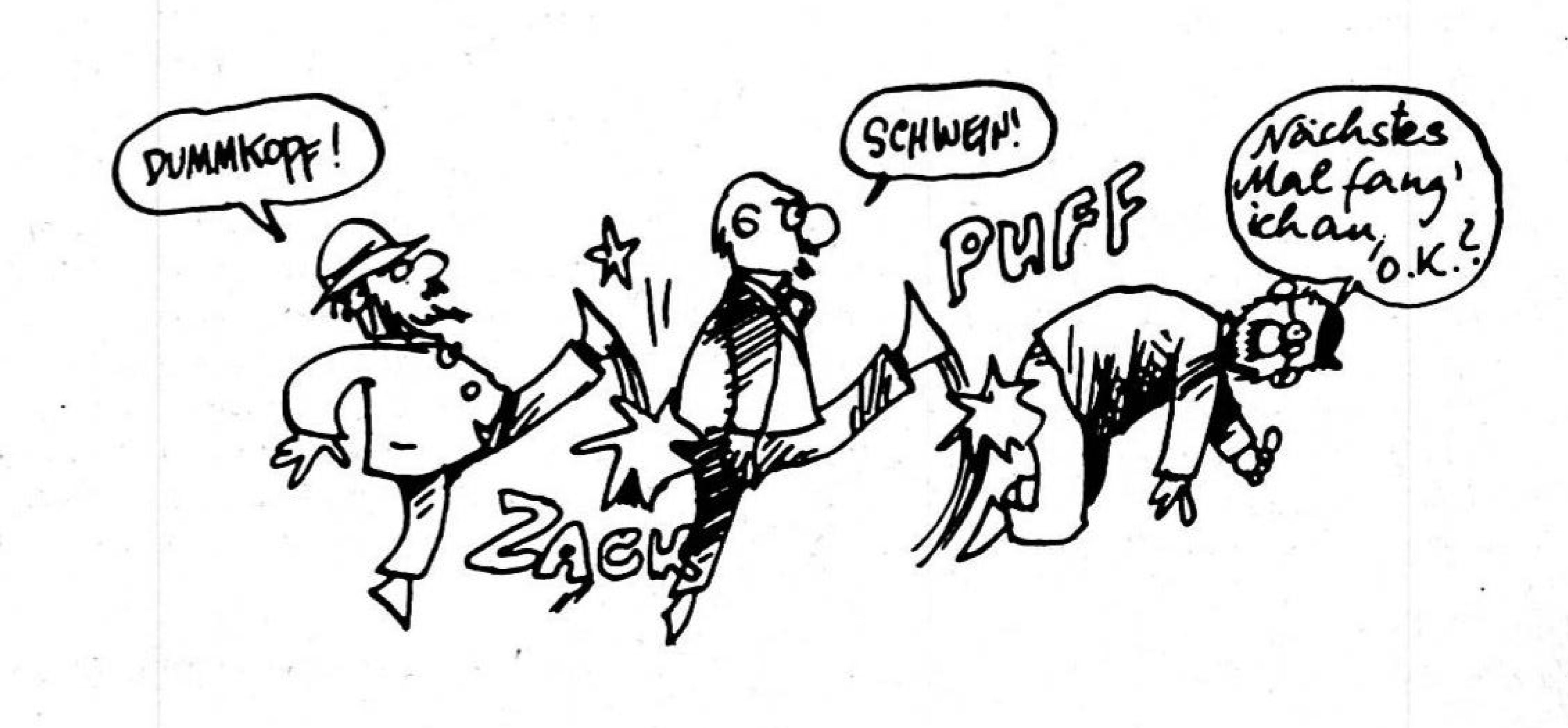
die überlegung, der fehler von uns, kontakt mit steinmetz aufzunehmen, hinge mit einer politischen öffnung und den damit verbundenen gefahren zusammen, trifft den realen hinter - grund nicht. wir haben die diskussion mit ihm als einem aus der radikalen linken angefangen. die spezielle situation ende 91 - 93, in der wir großes interesse hatten, so viel wie möglich von den diskussionen auch der radikalen linken mitzubekommen, hat sicher zum teil zu unserem fehler beigetragen. steinmetz hat uns da immer viele informationen gebracht - heute sagen wir, wir haben das konsumiert und sind dabei dem typen selbst nicht richtig auf den grund gegangen.

natürlich war auch der inhalt der diskussionen zwischen steinmetz und uns von der situation '92 geprägt. unser liberalismus in dieser diskussion geht aber gerade in eine andere richtung, als viele genossInnen, die unserem versuch '92 mißtrauisch gegenüber standen, meinen wollen.
steinmetz ist uns gegenüber weder als der protagonist einer neuen politischen entwicklung noch der entwicklung in seiner stadt seit '89 (siehe wiesbadener broschüre, hausbesetzung etc.) aufgetreten.
..tatsächlich vertrat er inhaltliche positionen, die '92 in politischen zusammenhängen, die sich früher auf uns bezogen hatten, als schlagworte kursierten.
also positionen der eher "aufrechten revolutionäre", die uns darauf hinwiesen, daß das system aber letzten endes doch nur bewaffnet umzuwälzen ist, oder die meinten, daß unsere drohung gegen den staat nicht ernstzunehmen sei und allenfalls als moralische haltung verstanden werden könnte. er ist da nicht aus dem rahmen der in teilen der alten antiimperialistischen oder in teilen der autonomen scene kursierenden diskussionen herausgestochen.
er bezog sich in den diskussionen auf zusammenhänge, die - als ergebnis der entwicklung des politikverständnisses aus der frontzeit - die frage stellten, ob es nun, da wir die eskalation in der konfrontation zurückgenommen hatten, überhaupt noch notwendig sei, sich mit dem, was wir zu sagen haben, auseinanderzusetzen.
natürlich hat er solche positionen in jeder diskussion zurückgenommen. aber das problem war, daß wir es wieder und wieder akzeptiert haben, daß wir uns schließlich damit auseinanderzusetzen haben, wenn genossInnen uns nicht verstehen, bzw. immer wieder darauf hinzuweisen, daß wir diese phase als gemeinsame anstrengung begreifen und unsere sachen nicht als etwas fertiges. anstatt die diskussion mit ihm abzubrechen.
die behauptung, die "neue politik" der raf sei die ursache für den fehler gewesen, soll über die katastrophe hinaus, die der fehler mit steinmetz für uns ohnehin schon bedeutete, gleich alles, was wir in den letzten jahren versucht und gemacht haben, zur hölle schicken.
wir sagen, daß die wurzeln für diesen fehler tiefer liegen, als in der entwicklung, die wir seit '89 gemacht haben. wir waren mit einer situation konfrontiert, die auch aus fehlern der vergangenheit gekommen war, und die wir überwinden mußten. und darin haben wir fehler gemacht. für uns macht das die sache keinen deut besser, nur muß es darum gehen, für uns und für andere, daran wirklich etwas begreifen zu können und nicht, diesen fehler politisch gegen uns auszunutzen.
es ist immer einfacher, zu erkennen, was in der vergangenheit falsch gemacht worden ist, oder die mitverantwortung für eine entwicklung zu erkennen, die von den ursprünglichen zielen abgewichen ist, als daraus umfassend die richtigen konsequenzen zu ziehen. das trifft auch auf uns zu im zusammenhang des endes der front und den sich daraus notwendig ergebenden veränderungen. wir wußten z.b. genau, welche strukturen wir in den diskussionen mit genossInnen nicht mehr wollten. wie wir schon im august 92 beschrieben haben, hatte die politische festlegung in der frontvorstellung darauf, daß die guerilla und damit die militärische angriffsfähigkeit im zentrum der front stehen muß, direkte auswirkung auf die struktur in der diskussion: die hierachisierung der diskussion, die eine politische enge und begrenzung der diskussion und praxis zur folge hatte.

diese hierachisierung drückte sich auch in dem bewußtsein aus, in dem die organisierung der militanten als "durchgangsstadium" zur guerilla begriffen wurde. das führte zu einem subjektivismus, der sich vor die auseinandersetzung um politische perspektiven schob.daraus entstand weder eine politische verankerung der front noch eine. langlebige organisierung. es war nicht von anfang an so und es trifft auch nicht auf alle militanten aus den frontzusammenhängen zu. aber es wurde zur haupttendenz in der diskussion.
es liegt auf der hand, daß es weder positive auswirkungen auf die entwicklung der politik, auf das selbstbewußtsein der genossInnen noch auf ihre diskussionen mit anderen - auch mit uns - hat, wenn die genossInnen bei jedem schritt, den sie tun, denken, das sei politisch eigentlich gar nicht das wesentliche, das wesentliche sei der erst noch bevorstehende sprung zur guerilla. nachdem wir das erkannt hatten, war es für uns wesentlich, den krampf in den diskussionen zwischen uns und genossInnen, die fremdheit, die falsches anspruchsdenken produzieren muß, zu überwinden. tatsächlich war aber nicht alles von heute auf morgen anders.
wir hatten auch nach 89 viele quälende diskussionen mit genossInnen , die aus einem anspruchsdenken heraus sich und uns vormachten, sie ständen kurz vor dem schritt, hier mit uns zusammen zu kämpfen. auseinandersetzungen, wo sich von treffen zu treffen mühsam herausschälte, daß das gar nicht stimmt. oder die erfahrung, daß genossInnen uns gegenüber nicht aufrichtig waren, ihre kritik nicht sagten und sich nicht wagten, ihre eigenen überzeugungen zu sagen, wenn sie gefahr liefen, damit in widerspruch zu einer von ihnen uns zugeordneten meinung zu geraten.

was steinmetz betrifft, war es für uns offensichtlich, daß er uns entweder vor oder nach dem 10. 4. angelogen hatte. diese lügen kamen uns schon fast "normal" vor. für uns waren das die altbekannten erscheinungen, die wir aus vergangenen auseinandersetzungen schon zur genüge kannten. mit seinen lügen sind wir dann so umgegangen, daß wir nichts weiter davon wissen wollten. zumal wir uns vorher schon gar nicht auf eine diskussion mit ihm darüber, ob er zur guerilla kommt, eingelassen hatten. wir wollten nicht schon wieder so eine auseinandersetzung. 1)
auch an einem anderen punkt haben wir falsches aus der vergangenheit einfach umgedreht:. wir haben einen widerlichen liberalismus in der diskussion mit ihm entwickelt. wir haben widersprüche nie soweit eskaliert, daß sie sich klären mußten. stattdessen haben wir uns immer wieder von ihm mit seinen verwaschenen erklärungen abs peisen lassen. so blieb immer etwas übrig, was nicht geklärt war, d.h.: wir haben ihm das lavieren einfach gemacht. unser verhalten war ein reflex darauf, daß wir früher offenheit in den diskussion oft selbst blockiert hatten. denn wir hatten diskussionen an widersprüchen oft mit einer härte geführt,die manchmal mehr auf niedermachen als auf klärung herauslief. das wollten wir so nicht mehr. aber: die negation des falschen bleibt noch falsch - ihr fehlt die aufhebung...

1) jetzt im nachhinein wissen wir, daß wir es damit ihm - sprich dem vs - sehr einfach gemacht haben. es muß für sie ein problem gewesen sein, mit der veränderten situation nach dem 10. 4. umzugehen. vor dem 10. 4. war es offensichtlich vs - vorstellung, den bullen in die guerilla einzuschleußen, um uns dann zu zerschlagen. deshalb versuchte er vorher eine diskussion in diese richtung anzufangen. nach dem 10. 4. war das nicht mehr angebracht und seine funktion änderte sich so, daß sie mit ihm einen schlag gegen uns in der hand hatten, für eine situation, in der ihnen das politisch am meisten nützt. das war nach weiterstadt der fall.



gedanken darüber, ob steinmetz schizophren sei, haben für uns keine bedeutung. nach allem, was jetzt offen ist, springt vielmehr seine dreistigkeit und hartnäckigkeit ins auge, mit der er erst über jahre hinweg das ziel verfolgte, an uns dran zu kommen und dann dran zu bleiben. er hat sich mit uns getroffen, obwohl er von dem früheren verdacht von uns gegen ihn wußte. das sagt auch etwas über seine zielstrebigkeit und eigeninitiative in der ganzen sache aus.

es wäre mit sicherheit ein fehler, die speziellen schwächen von steinmetz - z.b. seine geringe fähigkeit, sich politisch zu artikulieren - zum erkennungsmerkmal für spitzel zu machen. andere bullen können andere schwächen haben.
kriterium ist nicht, wie gut oder schlecht jemand politische reden halten kann. für ein entscheidendes kriterium halten wir, daß in der politischen auseinandersetzung eine ernsthaftigkeit zu spüren ist. wie ernst es jemandem ist, das was er/sie formuliert auch umzusetzen und weiterzuentwickeln und dafür auch die verantwortung übernimmt.
alles das, was inhalt der "politischen auseinandersetzung" zwischen steinmetz und uns war, hatte in seinem handeln nie die geringste konsequenz. was wir für konsequenz bei ihm hielten, nämlich dass er uns bei der organisierung der diskussion "unterstützte", sagte in wirklichkeit nichts über ihn, sondern mehr über uns aus: unsere fixierung darauf, an jeder möglichkeit, informationen über die diskussion in der linken zu erhalten, festhalten zu wollen. daß steinmetz selbst gar kein interesse an der weiterentwicklung der diskussion hatte, also in dieser richtung auch nicht initiativ war, hätten wir schnell merken können, wenn wir bewußter darauf geschaut hätten.
auch daran, daß er "politische widersprüche" nie von sich aus klären wollte und nur als reaktion auf unser nachfragen versuchte, sich aus widersprüchen herauszulavieren, hätten wir die unernsthaftigkeit und identitätslosigkeit erkennen können.
sicher ist es nichts neues, wenn wir jetzt sagen, daß in zusammenhängen, in denen tiefes vertrauen voraussetzung ist, den/die andere wirklich zu verstehen, grundlage sein muß. widersprüche können weder einfach weggedrückt, unterdrückt noch ignoriert werden.
wirklich vertrauensvolle beziehungen können niemals durch die verständigung über oder gegen andere entstehen, nicht über abgrenzungen, sondern immer nur daraus, was genossInnen sich zu sagen haben über ihre politischen und praktischen vorstellungen, über ihr leben und ihre träume.
auch aus diesen gründen sind die spaltungseuphorien der letzten zeit unsere sache nicht. wo an die stelle der auseinandersetzung ausgrenzung gesetzt wird, da hört das kämpfen um begreifen auf. wo sich in abgrenzung zusammen gefunden wird, ist größte oberflächlichkeit einfach. das ist ein einfallstor für staatsschutzpropaganda und spitzel.
"an jedem punkt, wo leute sich zu linker arbeit zusammenfinden, ist eine verantwortlichkeit einzufordern, die über die erfordernisse des jeweiligen gruppenrahmens hinausgeht..." (broschüre der recherchengruppe wiesbaden). es ist die aufgabe aller, denen es ernst ist, den "machtbesoffenen herrschenden" die weichenstellung für die entwicklung hier und weltweit aus den händen zu reissen, eine organisierung zu schaffen, in der .. über konkrete, kurzfristige ziele und mobilisierungen hinaus eine gemeinsame langfristige perspektive und daraus verbindliche strukturen und umfassende verantwortung selbstverständlich sind.

verbindlichkeit und umfassende verantwortung sind nicht alleine fragen der moral und nicht nur die frage nach grundsätzlicher solidarischer haltung, sondern die frage nach dem politischen bewußtsein. es stellt sich die frage nach der fähigkeit und dem willen der linken zu einer organisierung, die das terrain der verschiedenen getrennten bereiche, der kleinstgruppen und spontaneistischen zusammenschlüsse hinter sich lassen kann.

ZÄSUR UND "VERKNÜPFUNG"

die zäsur, die wir im april 92 einleiteten, war unabhängig von der situation der politischen gefangenen notwendig und so auch von uns bestimmt. wir hätten die eskalation in der konfrontation mit dem staat damals auch dann zurückgenommen, wenn es keine politischen gefangenen, geschweige den kinkel - oder sonstige kgt-initiativen gegeben hätte.
unser versuch von 89 bis 92 war an grenzen gestoßen. in dieser phase lag es uns fern in der zeit der depression der linken, dem siegestaumel der herrschenden, der staatlichen rassismuskampagnen, den rassistischen und faschistischen eskalationen auf den straßen, - dem golf -krieg u.v.a. den bewaffneten kampf zurückzunehmen.
deshalb wurde aus dieser phase von uns aus der versuch einer (ungewollt heimlichen) überleitung zu neuen bestimmungen und politischen beziehungen.
unter dem eindruck der sich global zuspitzenden katastrophischen entwicklung und der "neuen weltordnung" waren wir darauf aus, zur reflektion unserer erfahrungen, zur neubestimmung und zur verstärkung des bewaffneten kampfes zu kommen. wir hielten es für notwendig, alles auf einmal zu schaffen: immerhin war es nicht nur eine zeit der weltweiten umbrüche, sondern objektiv war aus der frontentwicklung keine gemeinsame relevante kraft existent und ihre konzeption hinfällig.
92 haben wir erkannt, daß es notwendig ist, für die neubestimmung die eskalation in der konfrontation zurückzunehmen. also von uns aus eine offene situation zur linken hin herzustellen. niemand von uns hat 92 gedacht, daß wir einfach so weitermachen könnten wie die jahre zuvor.
heute sagen wir, daß die zäsur viel früher richtig und notwendig gewesen wäre.
grundsätzlich halten wir es für notwendig, daß eine revolutionäre organisation immer wieder in der lage sein muß, überprüfungen durchzuführen und daraus konsquenzen für zukünftiges handeln abzuleiten. das gilt vor allem dann, wenn eine kampfphase, aus welchen gründen auch immer, zu ende ist. sicher ist dafür ein politisches bewußtsein notwendig, in dem ein revolutionäres verhältnis zu kritik und selbstkritik selbstverständlich ist.

das heißt natürlich nicht, daß es dabei jedesmal um einen so grundlegenden einschnitt gehen muß, wie wir ihn im april '92 gemacht haben.
wir denken, daß der fehler, das zu unterlassen, uns '89 nicht das erste mal unterlaufen ist

nach unserem brief vom 2.11. und helmut pohls brief (taz 27.8.93) haben viele es so verstanden, als hätten die gefangenen von uns seit 89 die zäsur gefordert und wir hätten uns bis april 92 dagegen gesperrt. das stimmt so nicht. hier liegt ganz sicher nicht der schlüssel für die spaltung. unser prozeß hin zur zäsur war einfach ein anderer als ihrer, und im april 92 sah es für uns erstmal so aus, als hätten sich diese beiden entwicklungen getroffen. heute ist offensichtlich, daß die politischen vorstellungen von uns und einem teil der gefangenen aus der raf weit auseinander lagen.
natürlich ist es uns immer darum gegangen, das, was von den überlegungen der gefangenen veröffentlicht wurde, in unsere diskussionen miteinzubeziehen. dabei haben wir viel zu viel an übereinstimmung hineininterpretiert. auch wenn es inhaltliche kritik an einzelnen punkten unserer erklärungen zwischen '89 und '91 gab, so sind uns trotzdem keine äußerungen der gefangenen, die sich von uns abgespalten haben, aus dieser zeit bekannt, aus denen wir hätten schließen können, daß sie aktionen von uns ablehnten. so finden wir es treffender zu sagen "das (mit dem einschnitt und gesamtlösung) war damals alles nur angedacht" (helmut pohl, angehörigen-info 132), als jetzt den eindruck zu vermitteln, die gefangenen hätten es damals schon klar gehabt, daß es in dieser zeit keine aktionen von uns hätte geben sollen, wie es eva haule in ihrer prozeßerklärung vom 4.11.93 sagt; wenn sie sich einen fehler in den letzten jahren vorzuwerfen hätten, sei es der gewesen, uns nicht öffentlich aufzufordern, "ihren vom politischen prozeß losgelösten aktionismus sein zu lassen ..." im gegensatz dazu schrieb sie noch im april '92: " es war in einer zeit der politischen erdbeben seit ende '89 richtig, die kontinuität zu halten gegen die unterwerfungstendenzen und das getöne vom "tod des kommunismus". das haben wir auch in den knästen so gesehen, nachdem unser versuch im streik 89 plattgemacht worden war." (sandkörner, s.41)
wenn sie heute also betonen, daß sie unsere aktionen ab '89 als entpolitisiert ansehen, dann liegt der gedanke nahe, daß dieser teil der gefangenen unsere aktionen hauptsächlich auf die wirkung für ihre eigene situation bezogen haben : der walze von staat und

kapital etwas entgegensetzen. darüberhinaus scheint es keine auseinandersetzung darum, was wir mit den aktionen politisch entwickeln wollten, bei ihnen gegeben zu haben. darin waren die widersprüche der letzten jahre zwischen ihnen und uns schon angelegt. ein teil des schlüssels liegt eher hier.

ZUR " VERKNÜPFUNG "

alles, was wir jetzt zu unseren einschätzungen dieser zeit sagen, ist natürlich nur auf dem hintergrund zu verstehen, daß wir nicht wußten, daß wir seit ende '91 kontakt mit einem bullen hatten.

wenn wir uns die ganze entwicklung heute ansehen, halten wir es für schlüssig, daß die information über diesen kontakt erst nach der "kinkel-initiative" anfang 92 auf der politischen ebene angekommen ist. sonst hätten sie es nicht nötig gehabt, die gefangenen-frage, die existenz von haftunfähigen gefangenen und der sonderhaftbedingungen in der öffentlichkeit zu thematisieren. die vorläufer der k-i. liegen in den jahren nach '89, wie es z.b. in sämtlichen vs-lochte-interviews in der taz seit '89 zuverfolgen war.

sowohl wir als auch die gefangenen stellten fest, daß unter anderem durch die mobilisierung zum hungerstreik 89 und unsere angriffe bis 91 vor allem auf seiten des kapitals die ansicht entstand, die anti-guerilla-politik ändern zu müssen. sie wollten unbedingt unser ende. das hatten sie 23 jahre mit ihren fahndungskonzepten nicht erreicht. es ist keine erkenntnis erst seit es die kgt gibt, daß der staat verschiedene konzepte zur zerschlagung von widerstand und guerilla zur anwendung bringt, und das ziel trotzdem immer das gleiche bleibt, nämlich die zerschlagung. die einschätzung, daß das uns und der linken dennoch die möglichkeit gibt, diese situation zu nutzen und für unsere seite umdrehen zu können, war logisch und richtig. es war ein aspekt, der sich aus 23 jahren konfrontation befreiung/ kapital ergab. wir alle sind davon ausgegangen: "... der staat war es, der aufgrund unserer politik im streik 89 und der letzten operationen der guerilla zur einsicht zu kommen gezwungen war, daß perspektivisch weder eine militärische lösung gegen die gefangenen noch gegen die guerilla zu erreichen ist. nachdem scheitern ihrer hetzkampagne gegen uns im letzten jahr, traf die kgt, nicht zuletzt auf druck des kapitals, die enstcheidung, so geht es nicht mehr weiter. 'wir müssen nach anderen wegen der entsolidarisierung , spaltung und vernichtung suchen'." (rolf heißler, clockwork 31.7.92) (1)

sowohl die gefangenen als auch wir hatten die einschätzung, daß unser zäsurschritt, der mit oder ohne die "kinkelinitiative" notwendig war, für den kampf um die freiheit genutzt werden kann. für alle war diese möglichkeit mit der zäsur verknüpft! die behauptung des gegenteils entspricht nicht der realität, und es gibt x-äußerungen der gefangenen, die das deutlich machen: "was ist also wichtiger: in der phase des übergangs die "bewaffnete position" praktisch in aktionen zu "halten" oder sie in dieser phase zurückzustellen und so auch der frage der gefangenen einen weg freizukämpfen für unser leben und unsere unmittelbare teilnahme am politischen prozeß. wir haben uns für das zweite entschieden."

"es ist also die frage, wie wir uns entscheiden - konkret wir, die gefangenen und die raf, um an einer konkreten frage und auseinandersetzung eine produktive lösung durchzusetzen und dafür den raum zu öffnen." (beides eva haule, sandkörner-reader zum wwg 92, s.40,41/25.4.92)

darin liegen also nicht die widersprüche, sondern - an dieser frage - darin, ob auch wir das öffentlich vertreten, so wie wir es in der april-erklärung mit den forderungen und vor allem unserer drohung gemacht haben.

wieso hätten wir nicht die wirkung unserer angriffe bis 91 als ein gewicht in die auseinandersetzung für die freiheit der gefangenen einbringen sollen - auch wenn wir die wirkung unserer aktionen als begrenzt und nicht dementsprechend, was für den revolutionären prozeß notwendig gewesen wäre, eingeschätzt haben.

es zu lassen, hätte die möglichkeit der situation verkannt (ausgehend davon, daß der spitzel steinmetz nicht enttarnt war) und wäre unserer meinung nach ausdruck einer "höheren" abstraktion der politik gewesen, mit der nichts zu erkämpfen ist.

DIESE VERKNÜPFUNG HAT NICHTS MIT DER VERKNÜPFUNG DER SITUATION DER POLITISCHEN GEFANGENEN MIT DER EXISTENZ DES BEWAFFNETEN KAMPFES ZU TUN !

falls es in den diskussionen weiterhin um die "verknüpfung "gehen soll, dann muß dieser begriff endlich mal entschleiert werden, ansonsten bleibt er nur polemisches schlagwort gegen uns und nichts wird geklärt und begriffen.

1) die übereinstimmung zwischen uns und einem teil der gefangenen erstreckt sich an diesem punkt allerdings nur auf die einschätzung.aber nicht darauf, wie mit diesem spaltungsinteresse umzugehen ist. nämlich sich darüber bewußt zu sein und sich so auch davor schützen zu können. tatsächlich waren wir in den letzten jahren oft erschrocken darüber,wie sehr der spaltungsplan aufgehen konnte. wir waren immer davon überzeugt, daß der staat nur dann gefangene rauslassen würde, wenn es einen starken kampf darum gibt. dementgegen gab es äußerungen von gefangenen, die dem staat unterstellten, er hätte die absicht einigen gefangenen die freiheit zu"schenken"; das vernichtungsinteresse ziele also nicht auf alle gefangenen (dies natürlich an politischen widersprüchen untereinander festgemacht). das bekam dann den einschlag, wenn einige gefangene tatsächlich freikommen würden, sei das nur teil des vernichtungsplans gegen die anderen. die wirklichkeit hat bewiesen, daß es keinen staatsplan gab, irgendwem die freiheit zu "schenken".

wir haben im gegenteil immer deutlich gemacht, daß die konzeption und die form, mit der wir weiterkämpfen, von der diskussion um neubestimmung abhängig ist und natürlich von den konsequenzen, die wir aus unseren bisherigen erfahrungen für notwendig halten.

als nach unserer april erklärung viele genossInnen fragten, ob unsere drohung bedeuten würde, daß wir, wenn der staat nicht zurückweicht, zum alten zurückkehren würden, haben wir diese frage mit "nein" beantwortet. unsere aktion in weiterstadt hat das gezeigt, daß wir es dem staat nicht "in die hände legen", was wir machen und wie wir es machen. auch in ihrer politischen bedeutung war die aktion nicht auf "vergeltung" reduziert, sondern enthielt ganz konkret eine richtung, um die es überhaupt gehen muß: im kampf die verbindung herstellen zu all denen, die innerhalb und außerhalb der knäste um menschenwürde kämpfen.

wir haben die existenz des bewaffneten kampfes weder im april 92 noch im august 92 noch in sonstigen texten mit der folter an den politischen gefangenen begründet, also verknüpft. (obwohl natürlich die tatsache der folter in den knästen viel über das wesen des systems aussagt und deswegen ein punkt sein kann, an dem sich jemand dafür entscheidet, dieses system als ganzes zu bekämpfen.)

wir fanden auch die verknüpfung in umgekehrter weise nicht richtig :..."wenn gleichzeitig angriffe der guerilla laufen, wird hier keine mobilisierung für die freiheit der gefangenen fuß fassen können"(brigitte mohnhaupt, angehörigen info 114) in diesem text ist nicht nur der geiselstatus gegen die gefangenen als nicht wegzukämpfen festgeschrieben, sondern gleich die ganze mögliche mobilisierung für die freiheit zur geisel des staates gegen eine guerilla gemacht.

GESAMTLÖSUNG

absolut unabhängig vom kampf für die freiheit der politischen gefangenen stellten wir mit der zäsur die bisherige bestimmung und konzeption des bewaffneten kampfes der raf in frage. nur in diesem zusammenhang sind die gedanken um gesamtlösung zu verstehen. auch wenn heute niemand über gesamtlösung nachzudenken braucht, weil das unrealistisch ist, sagen wir etwas dazu. die gefangenen, die sich von uns getrennt haben, stellen den begriff "gesamtlösung, die illegalen inbegriffen" in ihrem brief vom 28.10.93 fälschlicherweise in einen zusammenhang mit der initiative der gefangenen in celle.dieser begriff stammt mit sicherheit nicht aus den gesprächen der celler gefangenen mit ströbele, sondern betrifft gedanken, die im oktober 93 schon älter als ein jahr und nicht aktuell waren.

transformation der raf, aufhebung der raf - das sind begriffe, die nicht für aufgabe und "abwicklung" des bewaffneten kampfes und der politik der raf stehen. sondern sie stehen für die vorstellung, daß die erfahrungen und fähigkeiten, die aus der 23jährigen geschichte gezogen werden können, in eine neuformierung revolutionärer politik eingehen werden. wesentliche vorraussetzung dafür ist, daß der prozeß der neubestimmung, diskussion um gemeinsame politische grundlagen tatsächlich als gemeinsamer begriffen und entwickelt wird. also so auch stattfindet.

mit unserem einschnitt '92 ging es uns nicht um eine "pause", nach der wir mit neuen bestimmungen in alter form zurückkehren würden. wir haben mit diesem einschnitt immer die vorstellung verbunden, einen prozeß in gang zu setzen , aus dem eine konzeption und organisierung entwickelt werden kann , die stärker ist, als das, wie der widerstand - die raf inbegriffen - die ganzen letzten jahre vor 92 gewesen ist. und die den erfordernissen der heutigen situation und entwicklung entspricht.

"...aber heute kann die bewaffnete aktion hier diese strategische funktion nicht mehr haben, gar nicht mehr erreichen, weil es die strategische gesamtkonzeption nicht mehr gibt. sie trifft die veränderte wirklichkeit nicht mehr. die auseinandersetzungen sind so viele geworden, die alle gleichzeitig nach lösungen verlangen, daß die "zentrale perspektive", wie sie historisch entwickelt war, die neu entstandenen bedingungen nicht mehr erfassen kann..." (brigitte mohnhaupt, angehörigen info 114)

dass wir die sich aus diesen veränderungen ergebenden fragen nicht darüber auflösen können, in dem wir "die bewaffnete aktion" einfach von uns aus immer mehr auf konkrete auseinandersetzungen beziehen, haben wir in den jahren 89-91 erfahren. dazwischen fehlt der politische prozeß, der aus dem innern dieser auseinandersetzungen kommen müßte.

die antwort darauf, daß die auseinandersetzungen so zahlreich und viele geworden sind, die alle gleichzeitig nach lösungen verlangen, kann zukünftig nicht heißen, daß die guerilla im hintergrund steht und wartet, bis aus der vielzahl der auseinandersetzungen die bewaffnete aktion gebraucht wird, die guerilla also sozusagen eine feuerwehr-politik macht. denn das würde eine trennung der politischen prozesse

die anhaltende schwäche in dieser zeit war auch vom wenig solidarischen verhalten der gefangenen untereinander und einiger gefangener zu uns seit april '92 mitbestimmt. die gefangenengruppe war nicht in der lage als solidarischer kern die auseinandersetzung mitzubestimmen. wenn das auch zum großen teil ergebnis der isolation untereinander und der unmöglichkeit, gemeinsame diskussionen zu führen war, ändert es nichts daran, daß das dem staat einfach machte, seine spaltungsstrategie auszubauen. berechtigterweise hat das im staatsapparat alle hoffnungen genährt, daß er hier mit überhaupt keiner mobilisierenden kraft mehr konfrontiert ist, sondern mit einem zusammenhang dessen zerfallsprozeß zur vollsten blüte heranreift.
wesentlich dafür, daß unsere drohung gegen den staat nicht zur wirkung kam, war unser kontakt zu dem bullen steinmetz. das, was wir in hinsicht auf druck gegen staat und kapital bis '91 erreicht hatten, war durch unseren kontakt mit ihm zu 100% neutralisiert.
eva haule sagte im prozess (4.11.93) , im august sei eine offene situation gewesen, weswegen ihre anwälte bei schnarrenberger waren. damals haben wir das auch so gesehen. heute wissen wir, die situation bezüglich der freiheit für die politischen gefangenen war keineswegs mehr offen. sie hatten sich längst dafür entschieden, dass kein gefangener aus der raf mehr rauskommt. sie hatten bereits darauf gesetzt, uns nach 23 jahren endgültig zerschlagen zu können. mit steinmetz sahen sie sich nicht im geringsten dazu gezwungen, zurückweichen zu müssen. so etwas verändert komplett ihr vorgehen, es sei denn, es gibt so starke linke und gesellschaftliche gegenkräfte, daß sie trotzdem zurückgekämpft werden können. das war nicht der fall.
ein mittel wie unsere drohung kann nur dann(mit vielen anderen initiativen zusammen) dazu beitragen, einen sieg gegen den staat an einem punkt der auseinandersetzung zu erreichen, wenn sie keine aussicht darauf haben, uns demnächst militärisch zerschlagen zu können. also wäre eine vorraussetzung '92/'93 gewesen, keinen steinmetz an uns dran zu haben. ohne ihn wäre die drohung ein mittel gewesen, den geiselstatus der gefangenen zurückzukämpfen. die kritik, daß ausgerechnet eine solche drohung den geiselstatus " festkloppft", ist ebenso abstrakt wie falsch.

ZU DEN GESPRÄCHEN MIT STROEBELE

diese gespräche haben dadurch, daß sie öffentlich zum anlaß der spaltung, die einige gefangene zu uns schon lange vollzogen hatten, genommen wurden und durch die ganzen unterstellungen, ein absolut unangemessenes gewicht bekommen. den einzig für uns nachvollziehbaren grund für die empörung bei einem teil der gefangenen sehen wir darin, daß die initiative nicht von vornherein mit allen gefangenen diskutiert worden ist. darin sehen wir heute einen fehler. dieser fehler hat seinen anfang nicht mit den gesprächen von karl-heinz dellwo mit ströbele, sondern ist ausdruck des zustands im politischen zusammenhang gefangene aus der raf/raf und ist eine konsequenz daraus.
sicher war es die falsche konsequenz und wir sehen die parallele zu unserem vorgehen seit april '92: wir haben an unseren vorstellungen festgehalten in der überzeugung, daß wir auf dem richtigen weg sind, der für alle zum ziel führen würde und gehofft, daß sich in diesem prozeß die widersprüche untereinander auflösen würden. wir haben diese widersprüche erst im laufe der letzten zwei jahre als so tiefgreifend erfasst, wie sie wirklich sind.
der prozeß, den wir mit dem april-schritt eröffnet hatten, hatte für den gesamten politischen zusammenhang gefangene/raf große bedeutung - zu große, um in diesem prozeß jahrealte , nicht aufgeklärte widersprüche mitschleppen zu können. was wir erreichen wollten, hätte eine große übereinstimmung und offenheit zueinander erfordert, die über die allgemeine übereinstimmung, eine zäsur für notwenig zu halten, hinaus geht. statt an einem strang ziehen zu können, haben wir in den widersprüchen gehandelt. auch unser text vom august '92, mit dem wir anfangen wollten, öffentlich darüber zu reden, was wir im april mit "fehler gemacht" meinten, war ein kompromiß. wir wollten das anfangen für eine auseinandersetzung mit allen, für die diese fragen wichtig sind, weil sie an der zukunft der kämpfe überlegen und weil wir weiterentwicklungen und keine wiederholungen wollen. aber wir wußten, daß einige gefangene diese selbstkritik nicht als ihre sahen.
wir wollten es ermöglichen, daß sie ihren teil, eventuell auch widersprüchlich zu uns, selbst dazu beitragen. wir wollten keine vorwegnahme. deshalb haben wir gesagt: wir können über die zeit vor '84 nicht reden. was nicht dazu führte, daß die gefangenen sich einschalteten. stattdessen führte es zu den unnötigen diskussionen: wieso könnt ihr zu dieser zeit nichts sagen? natürlich hätten das alle , die '92 in der raf waren, sagen können, wie sie die geschichte sehen, die nicht erst '84 angefangen hatte.

und natürlich ist es ein ding der unmöglichkeit, die 80ger jahre zu reflektieren, ohne die konzeptionelle grundlage, also das mai-papier, miteinzubeziehen.

wir können zum inhalt der initiative der celler gefangenen nicht mehr sagen, als das, was karl-heinz dellwo in der taz am 1.11.93 und birgit hogefeld im angehörigen info vom 16.11.93 schon dazu gesagt haben. da gibt es für uns nichts "zuzugeben". wir haben gesagt, sie stand zu unseren vorstellungen nicht im widerspruch, weil es unserem interesse entsprach, druck auf der gegenseite zu erzeugen. und es gab(vorausgesetzt, es hätte steinmetz nicht gegeben) seit august '92 keinen besseren zeitpunkt für so eine initiative als nach weiterstadt. wir hätten uns 1000ende initiativen gewünscht, die druck auf staat und kapital erzeugen.
weder ging es in den gesprächen um irgendwelche gesamtlösungen im zusammenhang mit uns, noch ging es um verhandlungen oder sonstige "fahrpläne". uns ist es immer noch nicht begreiflich, wie genossInnen dazu kommen können, solche sachen zu erfinden.
wir teilen zwar nicht die haltung eines teils der metropolenlinken gegenüber verhandlungen, jedoch wäre es aufgrund des kräfteverhältnisses linke/staat unrealistisch gewesen, daß so etwas zustande kommt.
verhandlungen für selbstbestimmte ziele einer revolutionären linken können nur erkämpft werden !
und da die gefangenen, die radikale linke und die raf in den vergangenen jahren weit weg von einer erforderlichen stärke hierfür gewesen sind, und unsere gefangenen genossen in celle das mit sicherheit nicht anders gesehen haben, ist es nur eine denunziatorische behauptung, es wäre mit ströbele oder sonstwem um verhandlungen gegangen.

SOZIALE GEGENMACHT

was wir brauchen, ist eine "...offene,solidarische und kritische auseinandersetzung -- und das ganz besonders in einer zeit wie heute, wo es so viele fragen und probleme von gesellschaftlicher relevanz gibt -, um voneinander zu lernen, wege zu finden !..."
(norbert hofmeier, gefangener aus dem widerstand)

wir finden es sehr schwer, die politischen widersprüche, die zur abspaltung eines teils der gefangenen von uns geführt haben, wirklich tiefgehend zu erfassen. aus ein paar abgrenzenden schlagwörtern wie 'entpolitisiert' und 'gang in die anpassung' oder denunziationen ist nichts zu ziehen. die abgrenzung eines teils der gefangenen gegenüber dem, was wir gesagt und getan haben, war in den vergangenen 2 jahren immer deutlich. ihre eigene vorstellung und was sie selbst wollen, war und ist uns nicht deutlich geworden. hinzu kommt, daß viele ihrer äußerungen extrem widersprüchlich und dehnbar waren.
im zuge der spaltung an einem 'deal', den es gar nicht gab, und der debatte darum, sind die politischen inhalte verwischt worden. aus diesem grund sagen wir nochmal einige gedanken dazu, worum es uns politisch ging und geht.

uns wundert, daß heute als enthüllung und als vorwurf kommt, daß wir keine strategie haben, nachdem wir schon seit april '92 eine diskussion wollen, in der neue vorstellungen für die zukunft revolutionärer politik entwickelt werden. wir sind davon ausgegangen, daß ergebnisse einer diskussion, also auch eine neubestimmung, erst in einer gemeinsamen auseinandersetzung gewonnen und nicht (von uns) vorweggenommen werden können.
der vorwurf vermittelt, es könnte heute sache einer gruppe sein, sozusagen "von außen" eine konzeption zu entwickeln und anderen überzustülpen. und das ohne den angepeilten stoffwechsel zwischen uns und anderen, von dem noch kaum die rede sein kann. wir gehen

und der bewaffneten intervention herstellen, die falsch ist. deshalb sehen wir die zukunft viel mehr darin, daß die fähigkeit bewaffnet zu intervenieren, aus dem innern der verschiedenen kämpfe entwickelt, bestimmt und organisiert wird. ob das möglich sein wird und wie es genau aussehen wird, wissen wir heute nicht. bisher fehlen dafür fast alle vorrausetzung, auch z.b. die verbindliche und gemeinsame diskussion. und natürlich gilt für diese überlegungen das, was immer gilt : die realität wird es zeigen. ob es möglich ist, oder ob der tatsächliche weg dann doch ganz anders verläuft. nur auf dem hintergrund solcher überlegungen ist es überhaupt möglich, gedanken um gesamtlösung" die illegalen inbegriffen" als etwas anderes als unsere sehnsucht nach der rückkehr heim ins reich" zu begreifen.

alle, die gefangenen und wir, hatten zu unserem schritt im april 92 gesagt, daß er von uns aus die verschiebung des gewichts in der auseinandersetzung auf einen politischen prozeß,diskussion und frische luft ...bedeutet, aus dem die neubestimmung überhaupt erst möglich wird. die raf hat die illegalität als offensivposition der revolutionären linken bestimmt. mit dem einschnitt vom april 92 war diese bestimmung für die zeit des übergangs aufgehoben. niemand von uns wußte, wie lange der prozeß der neubestimmung dauern würde (und auch nicht das ergebnis). wir haben den platz in der illegalität in dieser zeit nicht als den produktivsten und offensivsten gesehen.

es gab also gedanken an eine gesamtlösung nach april 92. aber uns war klar,daß das nur erkämpft werden könnte. es kam nicht dazu, daß wir uns genauer über schritte, wie das durchgesetzt werden kann , auseinandergesetzt haben: das wäre in der damaligen situation nur vermessen gewesen: mitte 92 hatte der staat gegenüber jeder positiven entwicklung in bezug auf die situation der gefangenen vollkommen dicht gemacht.es ist staatsziel, jeden funken der erfahrung und erinnerung an die 23jährige geschichte des widerstands auszulöschen. das heißt auf die gefangenen bezogen, auf alle fälle zu verhindern, daß sie sich mit dem bewußtsein aus dieser geschichte in die anstehenden diskussionen gemeinsam hätten einbringen können. das stand der freiheit entgegen und es gab bka-berichte, die die zusammenlegung der gefangenen als zu große politische gefahr ablehnten, weil sie dadurch in die lage kommen könnten, aus gemeinsamer diskussion in auseinandersetzungen um aktuelle fragen, die sich aus der zugespitzten gesellschaftlichen situation in der brd sowie der neuen rolle der brd im internationalen ergeben, stellung zu beziehen. es gab keine mobilisierung der linken, die die kraft entwickelt hätte, diesen beton zu durchbrechen. stattdessen konnte der staat den angriff gegen die gefangenen wieder eskalieren, ohne dass ihm die eigenen ziele und die wut einer mobilisierung für freiheit entgegenschlug. was das für gedanken an gesamtlösung bedeutete, liegt auf der hand.

wir haben uns in allen texten der letzten jahre bemüht, für alle auf unserer seite so deutlich wie möglich fassbar zu machen, worum es uns ging: darum, zu einem umfassenden neuen aufbruch zu kommen.die genossInnen, die uns und den gefangenen vorwerfen, daß wir gedanken zur gesamtlösung nicht offen thematisiert haben, müssen vergessen haben, daß wir auch nach dem 10. 4. in einem konfrontationsverhältnis zum staat stehen. sollten wir dem staat etwa diese gedanken zum geschenk präsentieren, in einer situation, in der er an allen ecken und enden die widerstandsbekämpfung verschärfte ? in dieser kritik ist kein begriff der realen konfrontation mehr enthalten.

ZUR ERKLÄRUNG VOM APRIL '92

unsere april-erklärung ließ die abwegigsten interpretationen zu. damit war sie politisch sehr schwach. sie hat die mutmaßungen ermöglicht, wir würden auf "den staat hoffen". es war ein fehler, kinkel auch nur zu erwähnen. natürlich haben wir nicht gedacht, der staat wäre gerade drauf und dran bspw. seine neue angestrebte entwicklung zur direkten teilnahme an den kriegen gegen die völker im süden und osten umzudrehen, oder seine rassistische politik in frage zu stellen. im gegenteil war die zuspitzung der katastrophalen entwicklung national und international von ihrer seite aus längst festgelegt. für uns ging es vielmehr um die frage, n welchen punkten und wie sie von unserer seite aus zurückgedrängt werden können.

die erklärung war also viel zu ungenau. entsprechend haben wir das im juni '92 und den folgenden erklärungen wieder und wieder korrigiert. unser problem war dann nicht mehr die april-erklärung, sondern daß alles erklären viele genossinnen nicht erreicht hat. es ist eine mode der "szene" geworden, diese kritik an der raf zu haben, egal was wir tatsächlich sagen und machen. bis heute werden diese "thesen" zu "unserer hoffnung" verbreitet. wir hatten keine hoffnung auf den staat, wir hatten eine hoffnung auf eine kämpferische linke, die aus der stagnation herausbricht. was un ser verhältnis zum staat betrifft, ha-

ben wir darauf gesetzt, daß wir mit unserer drohung einen hebel in der hand haben, um mit vielen anderen zusammen die freiheit gegen den staatlichen vernichtungswillen durchsetzen zu können. deshalb haben wir die aktion in weiterstadt gemacht,um neuen druck herzustellen, auch indem wir andere mobilisieren. damit verbunden war die hoffnung, daß das die lähmenden diskussionen durchbricht, die im jahr 92 um die kinkel-frage kreisten. wir hielten es auch nicht für sinnvoll, die ständigen vorwürfe zu dementieren, z.b. wir seien dafür verantwortlich, daß viele meinten, sie müßten nur noch zuschauen, welche fraktion im staat sich durchsetzt und nur darauf hoffen, daß gefangene freigelassen würden. die aktion in weiterstadt sollte auch diese haltung durchbrechen und die frage an uns, ob wir nun kämpfen oder zuschauen meinen-definitiv beantworten.

wir hatten im april '92 eine fehleinschätzung, was die möglichkeit einer schnellen und starken mobilisierung für die freiheit der gefangenen betrifft. davor hatten wir mitbekommen, daß viele, die während des hungersreiks für die zusammenlegung und die gemeinsame diskussion mit den gefangenen gekämpft hatten, die forderung nach freiheit zwar richtig fanden, allerdings keine reale chance zu ihrer durchsetzung gesehen haben:" wir konnten 89 die zusammenlegung nicht durchsetzen - wie sollen wir jetzt die freiheit erkämpfen ?" wir sind davon ausgegangen, wenn eine situation hergestellt ist, in der die möglichkeit zur durchsetzung aufscheint, sehr viele sehr schnell und mit großer kraft diese chance aufgreifen würden. . das war unsere einschätzung der situation im april '92. warum das so nicht gelaufen ist und es nur wenige geblieben sind, müßten andere genossInnen besser beantworten können als wir.

wir sehen als einen weiteren fehler bei uns, daß wir in der april-erklärung zwei stränge, die unterschiedliches gewicht hatten, vermischt haben - sodaß die klarheit beider stränge verwischt worden ist: unser einschnitt, der in unserer geschichte bisher einmalig war; die frage nach der gemeinsamen diskussion um neubestimmung, woraus wir grundlegende fragen für die zukunft emanzipatorischer kämpfe klären wollten. und auf der anderen seite der kampf um die freiheit der gefangenen.

unbestritten ist, daß beides einen zusammenhang hatte. nicht nur deshalb, weil die zäsur den raum für die freiheit aufmachen konnte, sondern auch, weil wir es natürlich erkämpfen wollten, daß die gefangenen tatsächlich an der diskussion um neubestimmung teil sein können und das nicht in den knästen, sondern draußen. trotzdem sind es zwei unterschiedliche stränge: der kampf um die freiheit der politischen gefangenen ist eine selbstverständlichkeit für alle, die für eine herrschaftsfreie welt kämpfen. er ist unabhängig von einer neubestimmung immer notwendig. das betrifft ein grundsätzliches verhältnis der fundamentalopposition gegenüber dem kapitalistischen system. niemals kann eine radikale linke die folter, und daß genossInnen im knast weggesperrt werden , akzeptieren, auch unabhängig davon, welche politischen positionen die gefangenen innerhalb einer neubestimmung einnehmen werden. und das ist ja heute offensichtlich, daß es dabei keine einheitliche vorstellung bei den gefangenen gibt.

die diskussion um neubestimmung ist eine andere anstrengung, bei der mit großer sorgfalt alle gemachten erfahrungen überprüft werden müssen und die gesellschaftliche situation hier sowie die internationalen entwicklungen miteinbezogen werden müssen, um eine aus den veränderten bedingungen bestimmte revolutionäre perspektive entwickeln zu können. in so einem prozess, der damals wie heute ansteht, müssen selbstverständlich auch praktische schritte und initiativen entwickelt werden. wir denken, der kampf um die freiheit der politischen gefangenen, kann nur innerhalb dieses prozesses neu verankert werden.

der gedanke, daß es eine überforderung der linken und fortschrittlichen kräfte war, gleichzeitig den kampf für die freiheit zu forcieren und die diskussion um neubestimmung anzufangen, klärt das problem nicht auf. sicher war es eine widersprüchliche situation. '92 ist ja niemand von einer starken existierenden linken kraft ausgegangen. im gegente ging es für viele darum, einen ganzen berg fragen zu bewältigen, die sich aus den erfahrungen, an grenzen gestoßen zu sein, ergaben. es wird niemals eine situation ge in der von den äußeren bedingungen her eine situation der "pause" besteht, in der alle mehr luft haben. objektiv gesehen, war es in den letzten 25 jahren nie so, dass die entwicklungen des imperialismus den menschen zeit gegeben hätten. wir können es uns als nicht aussuchen. und wir sehen es nach wie vor als größte notwendigkeit an, die situati des "hohen grades an unorgansisiertheit der radikalen linken, der fehlenden gemeinsamen diskussionsgrundlagen ..." aufzuheben. wir hätten es falsch gefunden das oder kämpfe fi konkrete forderungen aufzuschieben.

33

Stichwort:Sexismus
INTERIM NR 258 21.OKT. 93
Frauen + Lesben zu Sexueller Gewalt an Kindern
'Pädophilie" Stichwort :Schwuler Buchladen
Männerschwarm
INTERIM NR 252 19.SEPT 93
Lesben/Schwulen Kampf
INTERIM NR 252 19.SEPT 93
schwul-autonome Landwoche
INTERIM NR 250 12.AUG 93
Die Schwulen und die Linken
INTERIM NR 249 29.JULI 93
Männer zum Sexismus auf dem libertären Kongress
Profeministisches Männermedienarchiv
INTERIM NR 236 15.APRIL 93
Gegen Gayskins
INTERIM NR.233 25.MÄRZ 93
Männlichkeit und Rassismus
INTERIM NR 230 4.MÄRZ 93
Libertäre Tage 93 Aufruf zur Männerdiskussion
Text zur Diskussionsgrundlage für das Männertreffen a einem BRD-weiten Infoladentreffen
INTERIM NR 225 28.JAN 93
Schwul-Autonome Landwoche
INTERIM NR 219 10.DEZ 92

INTERIM NR.238 29.APRIL93
Lieferliste NVA-Bestände an die Türkei
INTERIM NR 232 18.MÄRZ 93
Frauen in Serbien
Thesen zu Deutschlands Militärischen Ambitionen
Ob Reichswehr,Wehrmacht,Bundeswehr
Kampf dem Deutschen Mörderheer
Erst kommt die Deutsche Bank
dann kommt der deutsche Tank
INTERIM NR 230 4.MÄRZ 93
Erklärung der ". Frauen in Schwarz " - Belgrader Feministinne
INTERIM NR 227 11.FEB. 93
Jugoslawien
DEV-SOL zu Somalia
INTERIM NR 225 28.JAN 93
Frauenlobby Zagreb
INTERIM NR 223 14 JAN
Massenvergewaltigungen in Bosnien-Herzogowina
INTERIM NR 219 10.DEZ 92
Gutorganisierte radikale Totalverweigerung in Spanien
Armee + Zivildienst) Insumision
INTERIM NR 216 19.NOV 92

31

Nato/Kriege/Interventionen
Bundeswehr/Rüstungsfirmen/UNO-Einsätze

Gegen den Wehrdienst:Verweigern wir uns der Gefolgscha von Militär und Patriarchat
Nacherfasste verbrennen 1500 Musterungsbescheide
Volxsport Marburg Kreiswehrersatzamt angegriffen
INTERIM NR 267 23.DEZ
Zur Situation in Kroatien 5 Seiten
Autonomes Frauenhaus Zagreb
INTERIM NR 260 4.NOV. 93
Repression in Kroatien
INTERIM NR 258 21.OKT. 93
Somalia
INTERIM NR 257 14.OKT. 93
NATO in Lübeck
Zu einer Öffentlichen Vereidigung mit Rühe
INTERIM NR 254 23.SEPT. 93
Zerstörung Somalias durch IWF
Gegen die Kriegstreiber / Aktion gegen BW-LKW
INTERIM NR 252 19.SEPT 93
UN Intervention
Aktion gegen die BW-Pressestelle
INTERIM NR 251 26.AUG. 93
Somalia
INTERIM NR 247 1. JULI 93
Deutsches Militär in Somalia
Medien in Jugoslawien
INTERIM NR 245 17.JUNI 93
Aktion und Sabotage: Autonome TouristenInnen gegen Rüstungsexporte in Peenemünde (500000 DM)
INTERIM NR 244 10.JUNI. 93
Rüstungsexporte: Räumung in Peenemünde
INTERIM NR 243 3.JUNI 93
Somalia
INTERIM NR 242 27.MAI 93
Somalia (Interessante Hintergrundinfos)
INTERIM NR.240 13.MAI 93
Somalia

radikal

2070
Radikal
INTERIM NR 251 26.AUG. 93
Einige Frauen aus der Radikal gehen weg Skoda (Schade)
Zwangsprostitution in der BRD (Beispiel Drogenprostitution
INTERIM NR 248 15. JULI 93
"Die Wahrheit ist zumutbar"
Artikel zu "Faschisten sind Männer" (Auch Thema: Frauen im Nationalsozialismus)
Von einigen Frauen aus der Radikal
INTERIM NR 244 10.JUNI. 93
Interview mit einer RZ ....
INTERIM NR 236 15.APRIL93
Zum Radikal Interview mit der Antifa
INTERIM NR 236 15.APRIL93
Zum Text der Radi-Frauen
INTERIM NR 219 10.DEZ 92

Patriarchat
Sexismus / Sexualität

32

siehe auch Frauen/Lesben + Männer/Schwule
Mißbrauch von Kindern (siehe auch vorherige Interims)
INTERIM NR 267 23.DEZ 93
Pädophilie-Mißbrauch von Kindern (siehe auch vorherige I
Ein Kid meldet sich dazu
INTERIM NR 266 16.DEZ 93
Biß auf den Kirschkern
Patriarchat gegen Sexualität
INTERIM NR 265 9.DEZ 93
Kids protestieren gegen Sexismusvorwurf aus der INTERIM 263
Frauenhändler in München
Sexistischer Angriff in Berlin
INTERIM NR 264 2.DEZ 93
Vergewaltigungsversuch Berlin
Sexuelle Gewalt gegen Kinder (wurde länger diskutiert)
Horst kotzt alleine Kirschen
INTERIM NR 263 25.NOV 93
Liebe ,Sex und Kirschen
und noch mehr dazu
Szeneverhalten zu Ausbeutung, Gewalt+Sexismus an Kindern
INTERIM NR 262 18.NOV 93

Antwort an die Interim Männer Stichwort :Liebe Sex und Kirschen
INTERIM NR 261 11.NOV. 93
Interim-Männer kritisieren den (Kirschen)Single Artikel
INTERIM NR 260 4.NOV. 93
Fragen zum Sexismusvorwurf Burghard Schröder
Singles und Sexualität (Liebe ist wie die Kirsche auf dem Schlagrahm)wurde länger diskutiert
WOZ NR.42 93
INTERIM NR 259 28.0KT. 93
Outing des linken Autors Burkhard Schröder/Hauptthema :
Stichwort:Sexismus Männer und Ihre Konflikte
INTERIM NR 258 21.OKT. 93
Frauenhandel in Friedrichsdorf
Frauen + Lesben zu Sexueller Gewalt an Kindern
"Pädophilie" schwuler Buchladen Männerschwarm
INTERIM NR 252 19.SEPT 93
Linke Band und Sexismus
INTERIM NR 250 12.AUG 93
Überlegungen zum BVG Urteil von Frauen
Boykott der Band " Back to the Planet" Stichwort Vergew:
ZEGG muß weg 4 Seiten von Frauen
INTERIM NR 246 24.JUNI. 93
Sexismus in der Szene/ Sexueller Mißbrauch von Kindern.
Sexuelle Gewalt gegen Frauen und Mädchen
Sexueller Mißbrauch an Jungen
Was von einem Mann dazu
Sexkino abgebrannt Stichwort: Volxsport
INTERIM NR 245 17.JUNI 93
Sexismus / UNI / Hajo Funke
Abtreibungstourismus
INTERIM NR 243 3.JUNI 93
Chronic der Opfer des Frauenhasses 31.1.93 - 5.4.93
INTERIM NR 241 20.MAI 93
Vergewaltigungsdiskussion
INTERIM NR 242 27.MAI 93
Auseinandersetzung um Matthias Aberle (Sexismus in der Szene
Aufruf zum Anarchistisch Antisexistischen Netzwerk
Frauen/Lesben Kritik an den libertären Tagen
INTERIM NR.240 13.MAI 93
8 Seiten zu Matthias Aberle (Sexismus/Vergewaltigung/ Spitzelverdacht usw.)
INTERIM NR.239 6.MAI 93
Männer zum Sexismus auf dem libertären Kongress
Profeministisches Männermedienarchiv
INTERIM NR 236 15.APRIL93
Stoppt ZEGG (Zentrum für experimentelle Gesellschafts gestalltung) NR.235 8.APRIL93
Sexismus auf Demo
INTERIM NR 232 18.MÄRZ 93
Sexuelle Gewalt gegen Kinder
Text zur Vergewaltigung /Bezug auf INTERIM 220
INTERIM NR 226 4.FEB. 93
Die große kalte Wut
(Strukturen + Kritik innerhalb der Linken - Führerpositionen
Unterdrückung der Frau 221 24.DEZ 92
Vergewaltigungsdiskussion
Wie gehen wir mit Vergewaltigern in revolutionären Zusammenhängen um ? NR 220 17.DEZ 92
Massenvergewaltigungen in Bosnien-Herzogowina
INTERIM NR 219 10.DEZ 92
Vergewaltigung und Psychoterror in Darmstadt
Sexismus in der Szene und der Umgang(Weißte was, wir haben auch Hass)
Was heißt NEIN !
Vorsicht Vergewaltiger Steckbrief
3 x Sexshops angegriffen
Boykott des Schwarzen Kalenders 93
INTERIM NR 218 3.DEZ 92
10 Jahre Knast für Mutter die ihr Kind tötete

Patriarchats+Sexismusdiskussion Kritik am f.e.l.s.-Seminar
von einem Mann NR 217 26.NOV 92
Sexismus auf Demo
INTERIM NR 215 12.NOV 92

Rote Armee Fraktion

34

Freiheit für alle politischen Gefangenen weltweit
Irmgard Möller Stand des Verfahrens + Mobilisierung
RAF Diskussion
Brief von Birgit Hogefeld
INTERIM NR 267 23.DEZ 93
RAF Diskussion
RAF Diskussion / Kritik Angehörigen Info
INTERIM NR 265 9.DEZ 93
Offener Brief an die RAF
INTERIM NR 264 2.DEZ 93
Offener Brief an die RAF
Weitere Auseinandersetzungen mit der RAF
INTERIM NR 263 25.NOV 93
Brief an Irmgard/Hanna/u.Christine
AnwältInnen zum angeblich geplanten "kollektiven Selbstmord
Aufarbeitung Klaus Steinmetz
INTERIM NR 262 18.NOV 93
Antwort auf die Spaltungerklärung
INTERIM NR 261 11.NOV. 93
Brigitte Mohnhaupt:" Der Inhalt der Beziehung ist zerstört"
Celler Gefangene:" Die Simulation einer Wirklichkeit"
Karl Heinz Dellwo an Brigitte Mohnhaupt
INTERIM NR 260 4.NOV. 93
Demobeitrag Freilassung für Irmgard Möller
Zum V-Mann Klaus Steinmetz
INTERIM NR 258 21.OKT. 93
Neuer Prozeß wegen RAF (Rolf Clemens Wagner)
INTERIM NR 257 14.OKT. 93
Irmgard Möller
INTERIM NR 255 30.SEPT. 93
Irmgard Möller
INTERIM NR 254 23.SEPT. 93
Aktion zu Bad Kleinen
Gespräch zu Klaus Steinmetz
Erklärung von Helmut Pohl
INTERIM NR 253 16.SEPT 93
Drei Wochen nach Bad Kleinen / V-Mann Klaus Steinmetz
INTERIM NR 250 12.AUG 93
Vorläufige Einschätzung zu Wolfgang + Birgit
Kalte Welt und bleierne Zeit
Brief von Birgit Hogefeld
INTERIM NR 249 29. JULI 93
RAF Erklärung
INTERIM NR 248 15. JULI 93
Ingrid Jakobsmeier
Irmgard Möller
Bernd Rössner
Zum Andenken an die gefallenen Genossen/Genossinnen
INTERIM NR 247 1. JULI 93
RAF
So nicht: zum Karl Heinz Dellwo Brief
Ingrid Jakobsmeier
INTERIM NR 245 17.JUNI 93
10 Seiten. Polemik : Rosa Luxemburg an die RAF,die RZ,und Autonome sowie Antiimperialistische Bewegung
Karl-Heinz Dellwo Brief
INTERIM NR 243 3.JUNI 93
Lesben zur RAF

DAK zur RAF
INTERIM NR.239 6.MAI 93
RAF
INTERIM NR 237 22.APRIL93
Zum Papier der Gießenerinnen/Vers Kritik am "neuen Kurs der RAF sowie Teilen der Gefangenen
INTERIM NR 236 15.APRIL93
RAF-Erklärung Weiterstadt
die interim,die RAF und die Hausarbeit
RAF-KGT-Debatte
INTERIM NR.235 8.APRIL93
...und weiter gehts...
RAF Weiterstadt
Weiterstadt
INTERIM NR.234 1.APRIL93
Kritik am Text der Gießenerinnen
INTERIM NR.233 25.MÄRZ 93
Zu Gregors Kritik an den Frauen aus Gießen
INTERIM NR 232 18.MÄRZ 93
An die Frauen aus Gießen
INTERIM NR 231 11.MÄRZ 93
Feministische Kritik
Referat einer Gießener Frauen/Lesben-Gruppe 9 Seiten
Achtung: Dieser Text hat eine Breite Debatte in Gang gesetzt.
Auf die nächsten INTERIM``s achten/ auch unter Schwarz/Rote Diskussionen achten
INTERIM NR 229 25.FEB. 93
RAF : zur Frage von " Geheimverhandlungen "
Offener Brief an Lutz Taufer
INTERIM NR 226 4.FEB. 93
Gesprächsprotokoll mit Kinkel 3 Seiten
Einige Worte der Ohm-Redaktion zu dem fürchterlichen Wort " Geheimverhandlungen" .
INTERIM NR 220 17.DEZ 92
Berd Rössner kommt raus
INTERIM NR 217 26.NOV 92
9.Nov.74 Holger Meins ermordet
INTERIM NR 215 12.NOV 92

Revolutionäre/Antiimperialistische Zellen

Widerstandszelle Nadia Shehada Der Übergang ist vorbei
INTERIM NR 266 16.DEZ 93
Für freies Fluten RZ greift BGS an
INTERIM NR 256 7.OKT. 93
Antiimperialistische Widerstandszelle Nadia Shehadah
INTERIM NR 254 23.SEPT. 93
Antiimperialistische Widerstandszelle Nadia Shehadah
INTERIM NR 252 19.SEPT 93
Interview mit einer RZ
INTERIM NR 236 15.APRIL93

Soziale Kämpfe
Arbeitsamt / Sozialamt / Minderheitenkämpfe / Krankenhäuser / Drogen / Behinderte usw
Flüchling - Knast - Häuserkämpfe siehe extra

35

1931/1993 ARBEITSDIENST UND WIDERSTAND
INTERIM NR 265 9.DEZ 93
Schnüffelpraxis Krankschreibung
Rassist Wiedemann (Leiter des Amtes für Soziale Dienste)
Reiche in den Ruhestand
Zwangsarbeit in Köln
INTERIM NR 264 2.DEZ 93
Arbeitszwang von Sozialhilfeempfängern in Leipzig
INTERIM NR 263 25.NOV 93
Drogen

36

Nochwas zum Hanauer Golfplatz
INTERIM NR 262 18.NOV 93
Autonome Erwerbslosengruppe lädt ein
INTERIM NR 261 11.NOV. 93
Volxsport in Hanau gegen Sozialabbau / Golfplatz besucht
Aktion im Arbeitsamt (Autonome Erwerbslosen - Gruppe)
INTERIM NR 260 4.NOV. 93
Nach dem Rostock-Lichtenhagen Progrom kam es zu 10 tägigen Angriffen auf die Psychatrie Berlin Marzahn
INTERIM NR 260 4.NOV. 93
Drogen 8 Seiten
Geschichte / Kokain usw.
Autonomes Jugendzentrum Zürich als Versuch linker Drogenpolitik NR 259 28.0KT. 93
3 Angriffe gegen Pelzläden
INTERIM NR 259 28.0KT. 93
Unterstützungsaktion überlebender Frauen der mediz. Versuche im KZ.Ravensburg
Behinderter erschlagen
INTERIM NR 259 28.0KT. 93
Frauen gegen Sozialversicherungsausweis
Organisation für die Rechte der Flüchtlinge
Nein zu "Sachleistungen" und "Wertgutscheine"
Zum " Solidarpakt"
Volxsport zur Sozialvernichtung (Fankreich)
INTERIM NR 254 23.SEPT. 93
Selbstverteidigung der Armenviertel in Medellin
INTERIM NR 254 23.SEPT. 93
Gemeinsam gegen Sozialabbau
INTERIM NR 253 16.SEPT 93
Gegen den sozialen Angriff
Gewalt gegen Behinderte
KrüppelInnenland ist nirgendwo
INTERIM NR 249 29. JULI 93
Zwangsprostitution in der BRD (Beispiel Drogenprostitution
INTERIM NR 248 15.JULI 93
Weg mit dem Meldeapell beim Arbeitsamt
Jean Moreau verwüstet Arbeitsamt in Frankreich
Zwangsarbeit für SozialhilfeempängerInnen
Zwangsarbeit für Flüchtlinge
Internationale Arbeitsorganisation kritisiert offiziell die Bundesrepublik wegen Zwangsarbreit in Knästen
INTERIM NR 246 24.JUNI. 93
Krüppelfrauen-Gruppe gegen § 218
INTERIM NR 245 17.JUNI 93
Autonome Sanitäter zur Blockade in Bonn Auch: Behinderte auf Demos NR 244 10.JUNI. 93
Meldepflicht Arbeitsamt
Wegfall des Datenschutzes für Arbeitslose und Arme
Kali Kumpel
INTERIM NR 242 27.MAI 93
Drogen
INTERIM NR.239 6.MAI 93
Arbeitslose in Kurdistan
INTERIM NR.238 29.APRIL 93
Redebeitrag VertragsarbeiterInnen
Soziale Realitäten
INTERIM NR 236 15.APRIL 93
Stoppt ZEGG (Zentrum für experimentelle Gesellschafts gestalltung) NR.235 8.APRIL 93
Gegen den Sozialversicherungsausweis -Von Frauen geschrieben mit Hinweisen zur braunen Vergangenheit.
INTERIM NR.233 25.MÄRZ 93
ArbeiterInnen wehren sich gegen BVG-Arbeitsplatzverkauf
INTERIM NR 226 4.FEB. 93
Linksradikale Drogenpolitik 8 Seiten

INTERIM NR 223 14.JAN
Drogen
Junks und EX
INTERIM NR 222 7.JAN 93
Drogendiskussion
INTERIM NR 221 24.DEZ 92
Arbeitsamt besetzt Stichwort. Ausländerfeindlichkeit und 15,-DM Mindestlohn jawohl
EX zur Anti-SchwarzlichtAktion in ihren Räumen Thema: Drogen
Katholikenproblem lösen
Verein zum Schutz vor psychiatrischer Gewalt e.V.
Weglaufhaus NR 220 17.DEZ 92
Volxsport im EX Stichwort : Keine Ausgrenzung von Junks (nachfolgende Diskussion)
INTERIM NR 219 10.DEZ 92
Hungerstreik im Knast Kassel Thema: Drogensubstitution
INTERIM NR 218 3.DEZ 92
Drogen
INTERIM NR 217 26.NOV 92
Radikale Kämpfe von Arbeitslosen und Arbeitenden in Griechenland NR 216 19.NOV 92
Kein Bock mehr auf Junks (Jetzt sind schon so viele da, nun kommen womöglich noch mehr)
Aktionen gegen Schwarzlicht im EX
Schluß mit der Hetzte gegen Junks
INTERIM NR 215 12.NOV 92

37

TIPS FÜR DIE PRAXIS

Briefbomben: Bestimmung der Gefährlichkeit und Schutz
INTERIM NR 267 23.DEZ 93
Layouttips
Faschotelefon info
INTERIM NR 266 16.DEZ 93
Wagensportpraxiserläuterung
INTERIM NR 220 17.DEZ 92
Wie versenken wir ein Schiff
INTERIM NR 218 3.DEZ 92
Schiffeversenken
INTERIM NR 215 12.NOV 92
Volxsport Stichwort Praxis Stichwort Autos
INTERIM NR 250 12.AUG 93

Verweigerte Informationen

Zeitungsprojekt Na und
INTERIM NR 267 23.DEZ 93
Layouttips
INTERIM NR 266 16.DEZ 93
RAF Diskusson / Kritik Angehörigen Info
INTERIM NR 265 9.DEZ 93
Zensurvorwurf Interim
INTERIM NR 264 2.DEZ 93
Zur Kriese der autonomen Medien
INTERIM NR 259 28.0KT. 93
Durchsuchung M99
INTERIM NR 257 14.OKT. 93
Das Spinnennetz informiert
INTERIM NR 252 19.SEPT 93
Konkret Kongress
Zeitungssterben: "Land Unter"
INTERIM NR 247 1.JULI 93
Ein an der Interim Beteiligter zu den "Notizen zum Konkret Kongress"
und noch mehr dazu
INTERIM NR 246 24.JUNI. 93
Kritik :Notizen vom Konkret Kongress
INTERIM NR 245 17.JUNI 93
Medien in Jugoslawien

38

INTERIM NR 245 17.JUNI 93
Sprache und Bewußtsein
INTERIM NR 243 3.JUNI 93
Journalist Stefan Waldberg in der Türkei verurteilt
INTERIM NR 242 27.MAI 93
Journalist Stephan Waldberg in der Türkei verurteilt
INTERIM NR.239 6.MAI 93
Durchsuchung des Infoladens Umschlagplatz und der Jugendinni Sielwallhaus
INTERIM NR.233 25.MÄRZ93
Zeitungsprojekt Maischrei
Journalist Stephan Waldberg in der Türkei inhaftiert
INTERIM NR 232 18.MÄRZ93
Kritik an der INTERIM
INTERIM NR 228 18.FEB. 93
INTERIM-Debatte
INTERIM NR 223 14 JAN
Kritik an der INTERIM
INTERIM NR 222 7.JAN 93
Einige INTERIMS zur INTERIM
INTERIM NR 221 24.DEZ 93
Gesprächsprotokoll mit Kinkel 3 Seiten
Einige Worte der Ohm-Redaktion zu dem fürchterlichen Wort "Geheimverhandlungen"
INTERIM NR 220 17.DEZ 92
Kalender Diskussion
Kritik zum Film vonI.Strobl
INTERIM NR 219 10.DEZ 92
Boykott des Schwarzen Kalenders 93
INTERIM NR 218 3.DEZ 92
Journalist Stephan Waldberg in der Türkei verhaftet
INTERIM NR 218 3.DEZ 92

nach wie vor davon aus, daß in einer neuen vorstellung und zukünftigen organisierung sich die erfahrungen und auseinandersetzungen aus den verschiedensten bereichen des widerstands wiederspiegeln müssen. es ist absurd zu denken, ausgerechnet eine illegale gruppe könnte heute alleine eine umfassende konzeption in die welt setzen.

alle, denen es ernst ist mit einer neubestimmung, müssen für diesen prozeß verantwortung übernehmen, natürlich auch wir.

mit "gegenmacht von unten" haben wir eine vorstellung ANGERISSEN. wir wollten eine richtung benennen. wir gingen davon aus, daß die orientierung auf "einheit der revolu - tionäre" viel zu eng ist, sowohl was den blick auf die notwendige entwicklung der kämpfe betrifft, in denen es auch immer um politische verankerung und verbreiterung gehen muß als auch was einen umfassenden begriff der situation betrifft. beides ist in der ausschließlichen konzentration auf die organisierung von revolutionären nicht möglich, auch wenn diese dafür bedingung ist.

wir brauchen eine emanzipatorische bewegung, die nicht nur dazu in der lage ist, die strategien der herrschenden zu bekämpfen. sondern die darüberhinaus eigene alternativen entwickeln kann, eine gesellschaftliche gegenkraft aufbaut, die aus dem selbstbewußtsein kämpfen kann, der kälte und vernichtung durch das kapitalisitische system eigene vorstellungen von menschenwürdigem leben entgegensetzen zu können. eine emanzipatorische bewegung muß die auseinandersetzung um alle unterdrückungsverhältnisse wie klassenwiderspruch, rassismus und sexismus führen um im kampf zu ihrer aufhebung zu kommen. es geht um den aufbau einer gegenmacht, die sowohl den willen hat als auch die fähigkeit entwickelt, ihre ziele gegen die macht des kapitals durchzukämpfen.

wir gehen nicht davon aus, daß die bedingungen in deutschland für einen aufbau einer sozialen gegenmacht von unten einfach wären. auch das bewußtsein der linken ist vom leben in der metropole bestimmt. hier ist es oft einfacher, sektiererische kämpfe zu vollführen, als den willen und die anstrengung aufzubringen, gemeinsame grundlagen zu entwickeln und organisierung aufzubauen. wenn die indigenas in chiapas sagen :"dieses volk wurde rebellisch und voller würde geboren", dann drückt das nicht unser lebensgefühl in diesem land hier aus. aber der so einfache arrogante oder resignierte blick auf 'die anderen' drückt doch nur aus, die eigene geschichte vergessen zu haben : hier ist bestimmt niemand als revolutionär geboren worden. und es ist katastrophal, in deutschland das "unten" den faschisten zu überlassen.

heute ist die linke hier nicht deshalb nicht spürbar vorhanden, weil es keine linken gibt, sondern weil sie es kaum in angriff nehmen eine gemeinsame kraft zu entwickeln.

wir haben gesagt revolutionäre politik muß dazu in der lage sein, konkrete veränderungen durchzukämpfen. das hat mit einer auf integration ausgerichteten reformpolitik nichts zu tun. uns geht es um einen aneignungsprozeß, der erst mit der vollständigen umwälzung der herrschenden verhältnisse beendet sein wird (zumindestens in seiner ersten etappe).

nicht nur die lage der völker im süden und osten macht deutlich, daß das notwendig ist. auch die rasante destruktive politische, soziale und ökologische entwicklung hier macht das existentiell.

überall auf der welt stellen sich die revolutionäre die aufgabe eine soziale gegenmacht entwickeln zu können. eine basis für den langen atem für die internationale revolution. ein aneignungsprozeß, der unter den bedingungen der weltumspannenden herrschaft des kapitals heute schon beginnt und gegen diese durchgesetzt und verteidigt werdan muß.

" die macht wird nicht erobert, sie wird aufgebaut " eleuterio fernandez huidobro, tupamaros

genossInnen aus dem trikont betonen, daß sie die entwicklung in deutschland als weltweite bedrohung für die völker sehen. heute kann die vordringliche aufgabe internationalistischer politik der linken in deutschland nur sein : das kräfteverhältnis hier und in dieser gesellschaft zu unseren gunsten zu entwickeln. das verlangen genossInnen aus dem trikont von uns, womit sie recht haben. da fängt der internationalismus an. das ist unsere verantwortung. die verantwortung dafür, eine relevante gegenkraft aufzubauen, die sich in die lage versetzt, sowohl die faschisten und rassisten auf der straße zu stoppen, als auch die bestie deutschland daran zu hindern, im rahmen der nato, der uno und im rahmen des globalen marktes weiterzumarschieren.

die radikalität einer internationalistischen linken wird sich nicht über willensbekundungen oder verbalradikale parolen herstellen; radikal werden wir nur dann sein, wenn wir es schaffen, relevanter faktor zu werden, in einem kampf für wirkliche veränderungen überall auf der welt, für das leben der "weltmassen", einem internationalen kampf für die menschenwürde. das ist existenziell.

dieser prozeß wird hier nur wirklichkeit werden können, wenn der soziale inhalt in unseren kämpfen identifizierbar wird. ein emanzipatorischer kampf kann nicht nur das "gegen", die negation transportieren, sondern muß deren neusetzung entwickeln. dem irrsinn des kapitalismus, der barbarei des globalen marktes, der verwertung von mensch und natur muß der soziale sinn der an mensch und natur orientierten gegenentwürfe entgegengestellt werden. und so den sozialen sinn revolutionärer kämpfe kenntlich machen.

der kampf für die soziale revolution steht im widerspruch zu allen formen der herrschaft, zur ausplünderung der völker, zu rassismus und sexismus. die aneignung des gesamten sozialen lebens, die freiheit auf selbstbestimmte organisierung des lebens weltweit, statt der unterwerfung unter die verwertungslogik des kapitals, kann nur gegen die herrschenden verhältnisse erkämpft werden.

dabei geht es nicht um alternative lebensweisen, die sich mit dem system arrangieren. auch hat das nichts mit "vorpolitisch" zu tun. "das"soziale" ist der kern der revolution.

wir sind in der entwicklung der letzten jahre bis hin zur spaltung auf den boden der realität geknallt: wir haben es als politischer zusammenhang gefangene/raf nicht geschafft, die erfahrungen aus 23 jahren kampf in diesen prozeß gemeinsam einzubringen.

das ist eine niederlage.

von der sozialen kenntlichkeit unseres kampfes sind wir alle - raf und gefangene - weiter entfernt als die jahre zuvor. das zu ändern, wird neue anläufe brauchen.

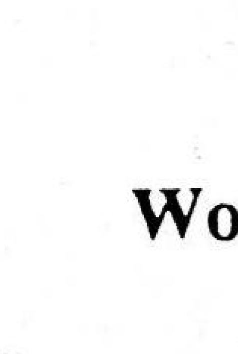
das letzte wort denen, die im weltweiten kampf um soziale revolution einen großen schritt vorwärts durchgekämpft haben :

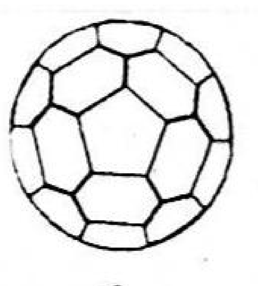
" noch herrscht der wind von oben, es kommt der wind von unten, und dann kommt der sturm. so wird es sein. wenn der sturm nachläßt, wenn der regen und das feuer die erde zur ruhe kommen lassen, dann wird die welt nicht mehr diese welt sein, sondern etwas besseres."

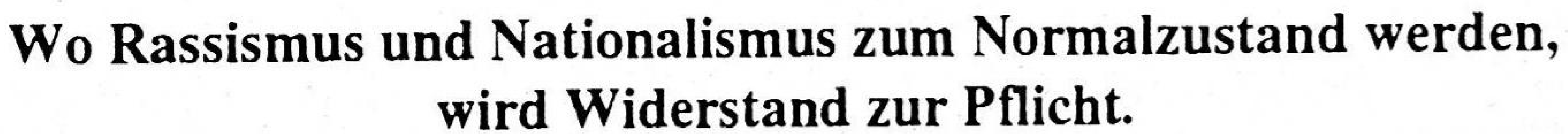
(EZLN mexiko, august92)

rote armee fraktion
6. 3.1994









Wo Rassismus und Nationalismus zum Normalzustand werden,
wird Widerstand zur Pflicht.

Wir haben heute, Sonntag 20.3.94, in der Humboldstr. 8a in Berlin Grunewald, dem Sitz des Berliner Fußballbundes einen Besuch abgestattet und Parolen gesprüht, Fenster eingeschlagen, mit Farbe verziert und Buttersäure verschüttet.
Wir hoffen, damit dem braunen Mief der Antreiber des Länderspiels Deutschland–England ein passenderes Outfit verpaßt zu haben.
Daß der DFB über eine reaktionäre Führung verfügt, zeigt sich nicht nur im Eintreten für das Nazifestspiel am 20.4., sondern auch in den antisemitischen Äußerungen seines Sprechers Wolfgang Niersbach, wonach die US–Presse zu "80% in jüdischer Hand" sei (MOPO–Hamburg, 21.1.94).
Auch der Berliner Senat versucht, die Gelegenheit am 20.4. zu nutzen und seine Hauptstadtfähigkeit unter Beweis zustellen, indem er mehrere tausend Bullen aufmarschieren läßt und "die innere Sicherheit garantiert". Dabei wird den Nazis Gelegenheit zu einem Massenaufmarsch an Hitlers Geburtstag in Hitlers Stadion gegeben und mit den lancierten Pressemeldungen der "tötungsbereiten Autonomen" wird klargemacht, wo für die HERRschenden dieses Landes der Feind schon immer gestanden hat und immer stehen wird.
Von den Nazis fühlt sich dieses System nicht bedroht, da sich die Politik der Faschisten nicht gegen die Grundpfeiler des Systems richtet, sondern nur den alltäglichen Sozialdarwinismus im Kapitalismus ungeschminkt auf die Spitze treibt.
Wir sind nicht gegen Fußballspiele, ganz bestimmt nicht. Aber wir sind gegen die "Entsorgung der Geschichte" mittels des Länderspiels am 20.4.: Die politische Klasse und der DFB geben vor, der 20.4. sei ein ganz normaler Tag in Deutschland, sie selbst seien nicht dafür verantwortlich, wenn die Faschisten diese Gelegenheit als eine Bühne für eine Demonstration des Nationalismus und Rassismus benutzen, eine Bühne, von der aus die Faschisten ihre Angriffe starten.
Schon sonstige Länderspiele fördern Rassismus und Nationalismus in unerträglicher Weise. Der Wille der Herrschenden, dagegen vorzugehen, ist praktisch null. Kein Wunder, sind die Funktionäre und Medienstars doch auch nicht anders als ihre rassistischen Fans. Kaum jemanden stört es, wenn BRD–Kapitän Matthäus innerhalb kurzer Zeit einen Menschen mit holländischem Paß "als einen, der wohl von Adolf vergessen worden ist, zu vergasen" bezeichnet und einer Volleyballfrauschaft gegenüber die angebliche Schwanzgröße seines schwarzen Mitspielers Valencia angibt.
In dieser scheinbaren Normalität verschwimmen die Grenzen zwischen offenen Faschisten und rechten "Demokraten" immer mehr, und sie sind sich nicht nur einig an dem Punkt, daß jetzt Schluß sein muß mit der Geschichte.

Wir halten es für richtig, die Verantwortlichen anzugehen, denn es sind diese gewissenlosen Gestalten, die den Rassismus und Faschismus in dieser Gesellschaft wieder gesellschaftsfähig machen.

Deshalb haben wir uns als aktive AntifaschistInnen entschlossen, den Verantwortlichen auf die Pelle zu rücken und werden das auch in den nächsten vier Wochen und danach weitertun.

Kein Länderspiel am 20.4.!
Gegen Fußballbonzen und Nazihools!
Freiheit für die inhaftierten Antifas!

Autonome Gruppen



Aufruf zur bundesweiten Demonstration am 20. April in Berlin

In der Tradition von Antifaşist Gençlik. 20. April - Kampf gegen den rassistischen Terror

Seit November 1993 sitzen Fatma, Mehmet, Abidin, Erkan und Bahrettin im Knast. Sie werden des gemeinschaftlichen Mordes an dem Faschisten Gerhard Kaindl (Funktionär der faschistischen Deutsche Liga) beschuldigt. Nach weiteren Beschuldigten fahndet der Staatsschutz, unter Einschaltung von Interpol, weiter.

Im Laufe der Ermittlungen konzentrierte sich der Staatsschutz auf die MigrantInnen-Initiative "Antifaşist Gençlik". Der Mordvorwurf war ein gelungener Anlaß für den Staatsschutz um mit allen Mittel der Repression, die Selbstorganissierung von MigrantInnen zu zer-schlagen. Dafür standen die Verhafteten und Verfolgten MigrantInnen. Diese Selbstorganisiserung war dem Staat und seinem Repressionsapparat ein Dorn im Auge.

Die Kriminalisierung und Diskriminierung des autoritären Staatsapparates beschränkt sich nicht nur auf die "A.G."-Zusammenhänge in Berlin. Seit Jahrzehnten (insbesondere seit der Bananen-Fütterung der "Brüder und Schwestern") werden wir MigrantInnen und Flüchtlinge von dem deutschen Mob ins Visier genommen und von der Politik der Regierung und der Parteien als Feinde ausgemacht. Der von völkischen Pogromen und Staat forcierten rassistischen Gewalt dient als Vorwand für die weitere Verschärfung der Sondergesetze gegen uns. Die faktische Abschaffung des Asylrechts, Lagerhaltung für Flüchtlinge, ein Ausländergesetz, daß uns in allen Lebensbereichen benachteiligt und der polizeiliche Willkür aussetzt.

Flüchtlinge und MigrantInnen die in den Herrschenden Normen nicht hineinpassen, werden durch die institutionell verfestigten Vereinbarungen (z. B. Trevi, Schengener Abkommen) als " Terroristen" und "Kriminelle" definiert.

Als Symbol für den Selbstschutz und Selbstorganisierung von MigrantInnen steht seit 1989 der 20. April. Damals, zu Hitlers 100. Geburtstag, drohten die Nazis allen MigrantInnen auf der Straße in ihren Stadtteilen anzugreifen. Staatlicherseits fiel nichts besseres ein, als uns aufzufordern nicht aus dem Haus zu gehen!

Das Gegenteil davon ist aber eingetroffen. Hunderte ausländischer Jugendliche versammelten sich auf der Straße, um gegen den erwarteten Terror offensiv Widerstand zu leisten. Spätestens an diesem Tag hat sich die Selbstorganisierung von MigrantInnen als notwendig erwiesen. Aus diesen Zusammenhängen bildete sich die MigrantInnen-Initiative Antifaschist Genclik. Diese Tradition des Widerstandes und in Zusammenhang mit der Forderung nach Frei-lassung der Gefangenen MigrantInnen und Einstellung aller laufenden Verfahren setzten wir fort: Wir rufen alle hiermit auf, die bundesweite Demonstration am 20.4.1994 in Berlin in diesem Zusammenhang zu unterstützen. Denn was jetzt läuft ist die Normalisierung eines für uns tödlichen Zustands in Deutschland.

Die Zahl der Angriffe und die Zahl der Opfer des rassistischen Wahnes hat sich deutlich vermehrt. Über sechzig Tote und an die 10.000 rassistische Angriffe in den letzten 4 Jahren ist die Bilanz im Land der deutschen. Für große Teile der deutschen Bevölkerung ist inzwischen eine Selbstverständlichkeit geworden ihren Rassismus "Multik ulturell", "Mobartig", "sportlich" oder in Geburstagsfeier aller Art auszuleben.

Eine gute Gelegenheit dafür scheint sich am 20. April '94 anzubieten: Der DFB veranstaltet an diesem Tag ein Fußballspiel zwischen Deutschland und England in der "Reichshauptstadt" Berlin. W eder Termin, noch Gegner oder der Ort sind Zufälig ausgewählt.

Das Länderspiel wird ein hochpolitischer "Match". Nicht nur wegen den Faschisten auf den Rängen, sondern der DFB will mit diesem Spiel an diesem Tag versuchen die deutsche NS-Vergangenheit zu revidieren. Der Sport gibt der staatlichen Politik Schützenhilfe (wie zuletzt 1936 am selben Ort). Berlin ist wieder eine Reise Wert.
Es ist wiedermal zu erwarten, daß uns empfohlen wird zu Hause zu bleiben. Doch die Orte des Grauens wie Hünxe, Solingen und anderswo, wo MigrantInnen und Flüchtlinge im Schlaf überrascht und verbrannt wurden, haben uns gezeigt, daß zuhause bleiben kein Schutz bedeutet. Auch diesmal werden wir uns weder einschüchtern noch verängstigen lassen. Stattdessen werden wir offensiv unseren Protest und Widerstand zum Ausdruck bringen:

Sofortige Freilassung der inhaftierten MigrantInnen und Einstellung aller laufenden Verfahren.

Für einen offensiven Widerstand gegen die Kriminalisierung der antirassistischen und antifaschistischen MigrantInnen-Bewegung.

Wir leben in einem feindlichen Hinterland .

DEMO: 20. April 1994, Beginn 16.00, U-Bahnhof Mehringdamm, Berlin

---

Bundesweite MigrantInnen-Initiative: Antifaşist-Gençlik-Kommitee

Kein Länderspiel am 20.4. !

Die Entscheidung des Berliner Senats und des Deutschen Fußballbundes (DFB) am 20.4.94, am Tag des Geburtstags von Adolf Hitler, ein Länderspiel mit England veranstalten zu wollen, ist für uns ein Ausdruck der Ignoranz gegenüber der deutschen Geschichte und der politischen Situation in Deutschland.

Entgegen den Behauptungen des DFB und des Berliner Senats, Fußball und Politik hätten nichts miteinander zu tun, meinen wir, daß besonders Länderspiele nationalistische Stimmungen fördern. Vor dem Hintergrund, daß Angriffe von Rassisten und FaschistInnen auf Andersdenkende, AusländerInnen und Behinderte, zum erschreckenden Normalzustand in Deutschland geworden sind, bietet dieses Länderspiel den Rechten einen nationalistischen Nährboden. Der 20.4 ist in den letzten Jahren für die FaschistInnen immer ein Tag gewesen, an dem sie versuchten, offensiv in der Öffentlichkeit aufzutreten. Die Absage des Spiels in Hamburg war auch ein Ergebnis dieser Erkenntnis und des Widerstands vieler Hamburger Fußballfans und AntifaschistInnen gegen Nationalismus und Rassismus, auch im Fußballstadion.

Der Senat im Hauptstadtwahn...

Nach der Absage in Hamburg war der Berliner Senat die einzige Stadtregierung, die sich um die Austragung des Spieles riß. Der Senat versucht, sich nach der Olympiaschlappe mit diesem "Großereignis" zu profilieren. Zu der Tatsache, daß ein Länderspiel am 20.4. den deutschen und britischen Nazis ein Mobilisierungsfeld bietet, kommt jetzt noch hinzu, daß dieses Spiel im Olympiastadion, einem Gelände das in faschistischer Tradition steht, stattfinden soll.

Gegen Nationalismus und Rassismus...

Nach den Plänen des Senats soll dieses Spiel dazu dienen, die Siegermächte über den deutschen Faschismus zu verabschieden. Sie sollen also in einem Meer von "schwarz-rot-goldenen Fahnen", auf historisch beladenem Boden, am Feiertag der deutschen FaschistInnen, aus Deutschland, wo der Rassismus und Nationalismus neubelebt ist, unter dem Jubel der deutschen Rechten verabschiedet werden. Senat und DFB wollen unter die Auseinandersetzung mit der Zeit des Faschismus einen Schlußstrich ziehen. Realität steht dagegen: Terror gegen AusländerInnen, abgeschottete Grenzen gegen Flüchtlinge und Massenabschiebungen von Flüchtlingen aus Osteuropa. Das Ziel des Senats ist es, den 20. April zu einem "stinknormalen" Tag umzudeuten. Stattdessen unterstützt der Senat mit seiner Entscheidung den wiedererstarkenden Nationalismus im neuen Deutschland.

In diesem Zusammenhang der Entsorgung der deutschen Geschichte will das deutsche historische Museum in der Woche nach dem Hitler Geburtstag (am 25.4) eine Ausstellung "Hoffmann und Hitler" eröffnen, in der Hitlerbilder des Leibfotografen Hoffmann kommentarlos gezeigt werden sollen. Zudem ist zu erwarten, daß am 1.Mai, wie in den letzten beiden Jahren auch, NeofaschistInnen Berlin als Aufmarschort nutzen wollen. Der Senat konnte sich bisher zu einem Verbot solcher Veranstaltungen nicht durchringen.

Gegen die Kriminalisierung des Widerstands gegen Rechts...

Im Vorfeld des Spiels setzt der Senat den Widerstand gegen die FaschistInnen mit dem Auftreten der Nazis gleich. "Wir können darauf vertrauen, daß unsere Polizei sowohl anreisende Chaoten, provozierende Neonazis als auch randalierende Autonome...in Schach halten kann"(Landespressedienst). In Kenntnis, daß er durch seine Entscheidung den Rechten die Gelegenheit für einen möglichen öffentlichen Auftritt bietet, erklärt der Senat die Menschen die sich gegen Rassismus und Nationalismus wehren, zu einem polizeilichen Problem und redet ihre Kriminalisierung herbei.

Zeigt dem DFB und dem Senat die Rote Karte...

Die organisierten FaschistInnen und rechte Skins mobilisieren jetzt schon zu diesem Spiel. Dem treten wir entgegen. Wir rufen dazu auf, mit einer breiten Öffentlichkeit und vielfältigen Aktionen den FaschistInnen den Raum zu nehmen und dem DFB und dem Berliner Senat ihr nationalistisches "Großereignis" zu verhindern.

Unsere Antwort ist klar:

Kein Länderspiel am 20.4 !

Falsche Zeit! Falscher Ort!

Keine Plattform für FaschistInnen!

Zur gleichen Zeit begann man PFLANZEN zu bändigen:

Fuß!! Fuß!!

Aktionstage ab 9.April 94:


Großdemonstration 9.4.94

13.00 Uhr, Rotes Rathaus

AufruferInnen:

AG Schutzwachen, AG Junge GenossInnen, Alternative Jugend Berlin, Alternative Linke, Antifa-Cafe Wedding, Antifa Humboldt, Antifa-Kieztreff 61, Antifaschistische Initiative Moabit, Antirassistische Fan Koordination Berlin(A.F.F.I., Fanladen Anstoß, Fußballcafe Linksaußen, Marathon 02 Fans gegen Rechts, St. Pauli Fanclub Berlin, Türkiyemspor Fanclub Kreuzberg), Antirassistische Initiative, Antirassistische Telefonkette Friedrichshain, AOK, AStA FU, Autonome Antifa Lichtenberg, Babylonia e.V., Berliner Linke, Cuba Libre FC (B), Clash-Kneipe im Wedding, Devrimci Kurdistan Komitesi Berlin, Die Unregierbaren/Autonome Liste (B), FreundInnen Irlands, GewerkschafterInnen gegen Rassismus und Faschismus, Humanistische Union LV Berlin, Initiative Vereinigte Linke Berlin, JungdemokratInnen/Junge Linke Berlin, Kastanie 85, Kurdistan AG-ASTA FU, LandesschülerInnenvertretung, Marchstraße, Motorradclub Kuhle Wampe, Ökologische Linke Berlin, Palästina-Komitee WestBerlin, PDS LV Berlin, PDS Fraktion im Abgeordnetenhaus, REFRAT Humboldt Uni, SJV, SOS Rassismus Berlin e.V., Stadtteil- und Infoladen Potzblitz (ex-Lunte)

Wer weitere Informationen wünscht, bei Aktionen mitmachen will oder selbst Vorschläge hat (auch vor dem 9.4.) kann das Bündnis "Kein Länderspiel am 20.4" erreichen unter **229 29 12 Mo – Fr von 17.00 – 20.00 Uhr.**



Fußball-Länderspiel am 20. April

Gemeinsam statt einsam! Informieren vor Kritisieren!

Unter dem Eindruck der Länderspielvergabe für den 2o. April nach Berlin fanden Ende Januar, Anfang Februar erste Treffen dazu statt. Unsere Fußballinitiativen fanden sich zur Antirassistischen Fan-Koordination zusammen, und das Thema wurde in ohnehin regelmäßige stattfindenden Kiez- und Vernetzungstreffen aufgegriffen.
In der Interim 274 vom 17. Feb. luden wir zu einem eigenen offenen Treffen für den 22. Feb. im Neuköllner Kiezladen Potzblitz ein, das auch vom vertretenen Spektrum her gut besucht war. Dort einigten wir uns auf die Verhinderungsstrategie und darauf, die unterschiedlichen Treffen zu einem gemeinsamen Bündnis zusammen zu bringen.
In der gleichen Interim erschien das nicht unterzeichnete und nicht von uns stammende Papier "Jahrhundertschlacht", das später in leicht abgeänderter Form zum Aufruf für eine Demo gegen das Spiel am 12. März wurde (siehe Nachtrag!). Dazu bekannten sich auf dem Potzblitz-Treffen Menschen aus Zehlendorf, die Papier und Demo sehr lasch/unbeholfen und mit vielen offen bleibenden Fragen in die Runde brachten. Auffällig beim Abdruck in der Interim war, daß durch die Montage beider Texte mit verbindendem Symbol auf einer Seite der Eindruck entstand, beide Papiere gehörten zusammen.

In der Interim 276 vom 3. März beschrieben wir kurz das Treffen im Potzblitz mit Termin und Ort für ein Berlinweites Treffen am 6. März in der KvU. Zusätzlich erschien das Kritikpapier "Abseitsfalle" von L.K.
Das Treffen in der KvU (über 8o Leute aus zig verschiedenen Gruppen) gründete dann das Bündnis Kein Länderspiel, was wir kurz, mit ErstunterzeichnerInnenliste und neuen Terminen in der Interim 277 vom 1o. März unter Einladung zu einem näxten Bündnidtreffen am 13. März veröffentlichten.
In der Interim 278 von letzter Woche kamen dann neue Kritikpapiere von Einigen Annas & Arturs und Einigen Menschen aus autonomen Zusammenhängen sowie ein Papier Fußballänderspiel Doitschland-England, das eine Zusammenfassung des aktuellen Stands zum 2o. April versuchte.
Eine direkte Antwort auf die beiden Kritikpapiere letzter Woche findet Ihr in dieser Ausgabe, unterschrieben von Ein Fußballfan.
Das größte Mißverständnid bisher: Wir meinen mit Verhinderung des Länderspiels nicht, am 2o. April durch eine Blockade oder militantes Auftreten am Stadion das Spiel unmöglich zu machen! Dies wäre in der Tat Unsinn, und wir teilen alle dazu geäußerte Kritik. Eine Verhinderung des Spiels und somit eines Faschoaufmarschs in dieser Dimension ist nur durch Absage des Spiels im Vorfeld möglich. Dazu muß politischer Druck in jeder denkbaren Form auf den DFB, den englischen Fußballverband und den Berliner Senat ausgeübt werden.
Ein kleiner Klüngel aus JRE, SAG, SpartakistInnen und Voran will zwar immer noch den Marsch zum Stadion, aber die haben sich vom Bündnis verabschiedet und werden ihren Wahnsinn hoffentlich noch einsehen. - Zur geplanten MigrantInnen-Demo verhalten wir uns abwartend und quatschen denen nicht rein!
Für den 2o. April unterstützen wir das Konzept Kiezschutz, Fahrwachen, Platzbesetzung an Orten, wo wir vor uns nach dem Spiel -wenn es denn tatsächlich stattfindet- eine Konzentration des deutschnationalen Mobs vermuten. Dazu gibt es regelmäßige Vorbereitungstreffen, die Bestandteil des Bündnisses sind.
Andere Arbeitsgruppen beschäftigen sich mit Öffentlichkeit/Bündniserweiterung, mit Demovorbereitung, mit Fußballaspekten (das ist unsere Fan-Koordination) und mit der geplanten Ausstellung Hoffmann & Hitler im DHM.
Das näxte Bündnistreffen findet statt am
Sonntag, 27. März, 19 Uhr, Kirche von Unten, Kremmener Str. 9.

Zurück zu den bisher vermißten Inhalten und Strategie: Wir erarbeiten immer noch unsere ausführliche Stellungnahme, die am Wochenende fertig sein wird. Sie ist in der KvU zu kriegen und ab näxter Woche auch in verschiedenen Infostellen. Bereits fertig ist die Bündniserklärung, die hier auch veröffentlicht wird. Sie ist in hoher Auflage auch zur breiten Verteilung in den Infostellen abholbar!
Es tut uns leid, daß wir bei all der Rödelei in den letzten Wochen unsere Inhaltlichkeit nicht schneller verschriftlichen und veröffentlichen konnten. Andererseits hätten sich alle auf den vielen Treffen vor Ort informieren können! Die Kluft zwischen Ansprüchen/Wünschen und tatsächlichem Austausch/Vernetzung erscheint gerade an diesem aktuellen Beispiel offenkundig. Miteinander statt Nebeneinander wäre angesagt! Kommt alle zu den Treffen und Arbeitsgruppen. Durchbrecht die Anonymitäten einer Anpisse, wo der Spaltpilz fruchtbaren Boden hat!

Eure Antirassistische Fankoordination

Nachtrag: Matthias Aberle ist wieder aktiv (zu seiner Person stand mehrmals was in der Interim). Er steckt nach gesicherten Infos hinter der Demo vom 12. März, die bekanntermaßen merkwürdig initiiert wurde. In unseren Strukturen und im Bündnis ist er noch nie aufgetaucht, und wir achten darauf und sorgen dafür, daß dies so bleibt!

KEIN LÄNDERSPIEL AM 20.4. - KEINE PLATTFORM FÜR FASCHISTINNEN !

An dieser inzwischen von einem breiten Bündnis getragenen Forderung, hat sich ein "Vorfeldk(r)ampf" um die "richtige Position" entwickelt. In den Beiträgen von L.K. (Interim276),einigen Annas und Arthurs sowie einigen Menschen aus verschiedenen autonomen Zusammenhängen (Interim 278), wird die Verhinderung des Länderspiels ziemlich niedergemacht. Das Spiel wird als (von Oben) gegeben hingenommen, die Hoffnung gehegt, daß sich der Berliner Senat und der DFB in der "Weltöffentlichkeit" bloßstellen werden, während wir "unsere eigenen Strukturen" bzw. die potentiellen Angriffsziele von Faschos in den Stadtteilen schützen sollen.
Das der Schutz organisiert werden muß, darin sind sich wohl alle, die wissen was da auf uns zukommt (siehe auch "Fußball-Länderspiel Doitschland-England"-Beitrag in Interim 278), einig.
Zumindest ungenau bis haarsträubend wird dagegen in den anderen 3 Beiträgen gegen ne Verhinderung des Spiels im Vorfeld rumgefurzt. Schutz von MigrantInnen- und Flüchtlingsheimen,-wohnungen und Projekten von L.K. nicht mal erwähnt.
Trotzdem: In Hamburg hat schon ein breites Bündnis, wenn auch unter noch günstigeren Vorraussetzungen (Zeit), gezeigt, daß die Forderung: Kein Länderspiel am 20.4., durchgesetzt werden konnte.
Klar will "Berlin" als Metropole und zukünftige Hauptstadt (?) die Olympiaschlappe vergessen machen und sich mit diesem Länderspiel in der verkabelten "Weltöffentlichkeit" von seiner demokratischen und sicherheitspolitisch kompetenten Seite präsentieren.
Schon das alleine ist nervig genug, was sie alles darüber transportieren wollen. "Deutschland" hat "seine Faschist(inn)en" unter Kontrolle, dafür nutzen sie u.a. die immer wieder greifende Nachrichtensperre und -zurechtlegung bei faschistischen Angriffen.
Das Problem sind wieschon so oft die Antifas. In der "Welt" vom 8.3.94 schreibt Peter Scherer, daß"sich die Berliner Sicherheitsbehörden auf einen "heißen und blutigen Frühling" einrichten." Das "insbesondere im Zusammenhang mit dem Fußball-Länderspiel D-E die Behörden massive Ausschreitungen befürchten", und der Tenor, wer denn da gemeint ist, steht schon in der Überschrift: "Berliner Autonome wollen bei Angriffen auf "Faschos" deren Tötung in Kauf nehmen." Und weiter: " Unabhängig von diesen Aufrufen (Verhindern wir das Spiel, meint Scherer damit) werben derzeit linksextremistische "Migrantengruppen" für eine bundesweite Demonstration am 20.April ebenfalls in Berlin. Sie wollen dabei gegen die Nazis zurückschlagen." Soweit Scherer.
Aber, "Deutschland" will ja nur national und demokratisch jubeln, wenns um Betroffenheit, Besorgtheit und öffentliche Rechtfertigung geht, wird vom Zusammenrücken der Demokraten, Demokratie stärken, Asylantenschwemme und linkem Terror geheuchelt. Wenn`s um Gefühle geht, zeigt sich "Deutschland" gerne als Nation und verteidigt "natürliche Nationalgefühle". Passend dazu ist die Alliiertenverabschiedung mit "Deutschland"-fahnen schwenkenden deutschen Dosenköpfen.
Sie setzen der Absage von Hamburg noch zynisch eins drauf, indem das Spiel im Olympiastadion mit seiner Nazisymbolik und -geschichte stattfinden soll.
Was noch sehr wichtig ist: Nazis haben über das nationale Infotelefon dazu aufgerufen, zum Spiel am 20.4. zu kommen, sich schon am Abend davor zu treffen, um linke Projekte (siehe "Einblick"-Liste) anzugreifen. Das kann genauso Flüchtlingsheime, Wohnungen, Projekte und Läden auch von MigrantInnen treffen.
Alles Gründe, die für ne Verhinderung sprechen, ob`s den Millionen patriotischen "Fußballfans" paßt oder nicht.
Was ist daran eigentlich ein "Kamikazeteil auf Teufel komm raus", welche "Abseitsfalle" für "die Antifa", wieso ist es "aus ner totalen defensivsituation heraus nur zu reagieren", warum ist es "strategisch sinnvoller eine Mobilisierung gegen das Länderspiel völlig zu unterlassen", und was soll die Behauptung von der "größenwahnsinnigen, am Fußballstammtisch geborenen Idee" ? Da gibt`s wohl Verwechslungen.

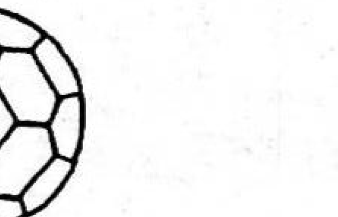
Außer der Jugend gegen Rassismus in Europa (JRE), SpartakistInnen, SAG und wissen wir nicht wem noch, will kein Mensch auf die von JRE initiierte "Großdemo" zum oder ins Stadion gehen. Auf dem ersten breiteren Bündnistreffen am 6.3. in der Kirche von Unten haben sich diese Gruppen auch unter dem Vorwurf ans Bündnis gegen das Spiel, defensiv zu sein, rausgezogen. SOS-Rassismus ist daraufhin aus dem Demokonzept der JRE ausgestiegen und dem KvU-Bündnis "beigetreten.
Jetzt nochmal: Wir finden es sehr wichtig, das der Schutz von allen möglichen Angriffszielen der Faschist(inn)en organisiert wird, in Absprache und Zusammenarbeit mit MigrantInnen, Antifas, Frauen, ..., aber auch Aktionen, Pressearbeit usw., mit dem Ziel, daß am 20.4. Antifa-Tag ist und kein Länderspiel mit doitscher Beteiligung stattzufinden hat! Deshalb: Denkt euch selber etwas aus, beteiligt euch an der Großdemo gegen das Fußballspiel D-E, die am 9.4. laufen soll (die JRE demonstriert am 20.4. !), in England findet übrigens auch am 9.4. eine große Demo gegen Rassismus statt, unterstützt die schon bekannten anderen Aktionen, klinkt euch in Schutzvorbereitungen ein, nutzt eure vertrauten Zusammenhänge, und nicht zu vergessen ne solidarische Unterstützung der wohl am 20.4. stattfindenden MigrantInnen-Demo (Berlin).
Außerdem in Kurzform ein nicht gerade weniger wichtiger Aufruf:
Kein faschistischer Aufmarsch am 1.Mai!
Wir hoffen, das damit auf einige Fragen und Skepsis, das eine Antwort geworden ist, für eine solidarische Zusammenarbeit vom Bündnis gegen das Fußballspiel, denen, die die Verhinderung des Spiels nicht realistisch finden und allen, die was gegen Nationalgetaumel und Faschismus haben.
Vielleicht wär ja ne weitere Kritik ohne viel Polemik möglich und könnte auf dem nächsten Bündnistreffen in der KvU am 27.3.94 um 19 Uhr angebracht und diskutiert werden. Das wär echt dufte! Wir werdens auch noch verstärkt versuchen.

DAS SPIEL AM 20.4. VERHINDERN
LOKAL DENKEN - GLOBAL HANDELN (UND UMGEKEHRT)
ABER DIE HERRSCHENDEN SITZEN OHNE UNS SICHERER, DAS HOFFEN WIR

Klara und Fredi aus dem und dem Spektrum

(Entschuldigt die zu sehr lehrerInnenhaften Passagen, war nicht so gemeint, nicht böse sein)





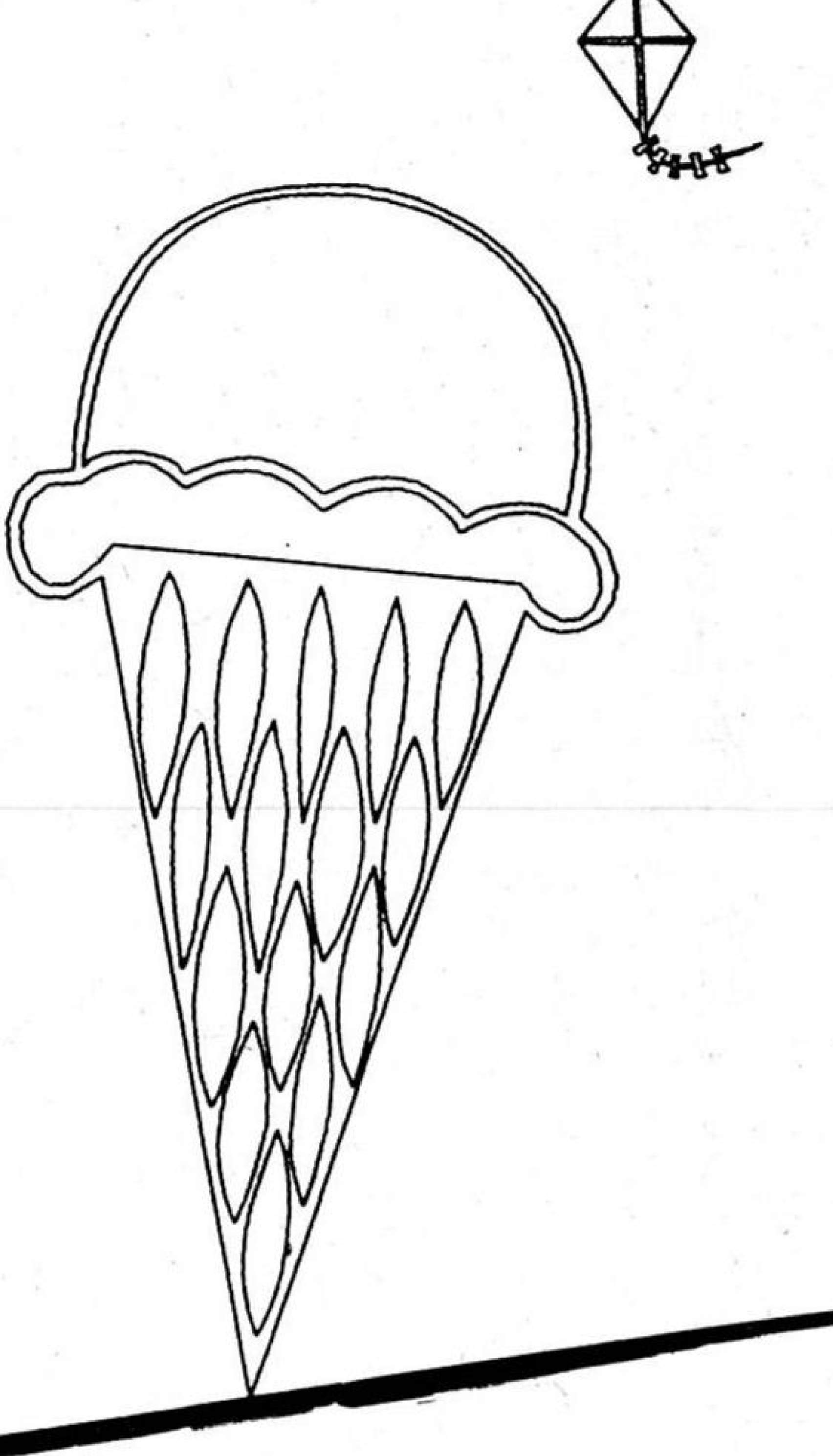


ZU JRE UND SCHARPING

Wir halten es für wichtig über die Bundesweite bzw europaweite antifaschistische Gruppe JRE(Jugend gegen Rassismus in Europa)etwas Aufklärungsarbeit zu betreiben. Dabei geht es uns nicht darum alle Mitglieder von JRE zu verurteilen. Viele sind sind SchülerInnen die endlich gegen FaschistInnen und RassistInnen aktiv werden wollten aber nicht wußten wie. An dieser Stelle auch noch eine Kritik an Teilen der Autonomen Antifas. Es reicht nicht aus sich abgeschotteten Gruppen zu organisieren und durch militante Aktionen FaschistInnen zu bekämpfen. Vielmehr muß es auch für Interessierte (besonders für Jugendliche) möglich sein sich in der Antifa zu organisieren oder wenigstens zu informieren. Anifa Cafes , Veranstaltungen ,offene Plenen und eine gute Pressearbeit schaffen solche Möglichkeiten.



Doch nun zurück zur JRE. Hinter JRE steht die trotzkistische Jusogruppe "Voran" die eine gleichelautene Zeitung herausgibt. Untertiltel ist die Zeitung mit "für Marxisten in SPD, Jusos und Gewerkschaften"
Ziel der Gruppe ist es durch die Infiltration von "revolutionären Kräften" in der SPD die Revolution zu errichen.(Kein Witz) Das heißt erst Scharping, dann Revolution.
Die Verbindungen von JRE und VORAN sind eindeutig. Beide Hauptamtlichen FunktionärInnen(auch kein Witz) der JRE(Diese werden von den Monatsbeiträgen der Mitglieder bezahlt) sind gleichzeitig FunktionärInnen und sogar Hauptamtliche von VORAN. Immer wieder wird versucht die JRE Mitglieder für die JUSOS/VORAN anzuwerben.



So wurde z.b. auf dem ersten Kongress von JRE (im Kongress eingebetet) eine VORAN Veranstaltung abgehalten.
Auf jedem JRE Mitgliedsausweiß findet sich der JUSOS Spruch "Zeigt Kohl die rote Karte" . Auch programatisch ist vieles mit VORAN identisch. So wird Rassismus von unten bzw. aus der Mitte der Gesellschaft schlichtweg negiert. Rassismus ist vielmehr ein direktes Resultat von Arbeitsplatzverlust, Sozialen Problemen., ect.. Sexismus wird im JRE Programm nicht mal erwähnt. Denn Vogel abgeschossen hat die JRE aber mit ihrer Wahlempfehlung auf ihrer Bundeskonferenz am 22.1.94. In ihrem "Wahlaufruf gegen rechts" fordern sie auf den "etablierten Parteien von CDU/CSU und FDP die Stimme zu verweigern.". Kein Wort über die Rolle der SPD bei der Abschaffung des Asylrechts, kein Wort über die Abschiebungen von Sintis und Romas durch die SPD Landeregierung in NRW. und die rassistischen Ausbrüche so mancher SPD PolitikerInnen. Für die JRE scheint zu gelten : Wo Parteipolitik anfängt, da hört der Antirassismus auf.
Also VORAN zur sozialistischen Weltrevolution!! Zu Not mit einer rassistischen SPD!

Einige Autonome aus dem Rheinland

Anmerkungen zum "Fall Kaindl" und der (fehlenden) politischen Auseinandersetzung darum

Dies ist nicht gerade der erste Beitrag zur Diskussion um den Fall Kaindl und um die Soli-Arbeit für die inhaftierten AntifaschistInnen, denen vorgeworfen wird, bei dem Überfall auf das deutsche Liga-Treffen im April letzten Jahres dabei gewesen zu sein. Aber: Eine Überfülle an Auseinandersetzungen gerade in schriftlicher Form kann bisher nicht beklagt werden. Wir beziehen uns mit unserem Beitrag auf den Text "Solidarität ist eine Waffe" aus der Interim 275 vom 24. Februar 94, ohne ausschließlich nur dazu Stellung zu beziehen. "Solidarität ist eine Waffe" und Kritik schärft die Waffen - deshalb haben wir uns entschlossen, unsere politische Solidarität und Kritik - auch auf die Gefahr hin, in Teilen schon Geschriebenes zu wiederholen - in die Diskussion einzubringen.

Nachdem der Text "Solidarität ist eine Waffe" ausführlich zur Vermittlung und zur politischen Einbettung von Angriffen auf Faschisten Stellung bezogen hat, wollen wir uns speziell mit dem Fall Kaindl selbst auseinandersetzen. Unserer Meinung zufolge ist die beinahe Gleichsetzung des antifaschistischen Widerstands heute mit dem Widerstand gegen den historischen Nationalsozialismus, wie im genannten Text getan, unzutreffend und führt uns bei der Einschätzung der politischen Entwicklung in die Irre. Trotz eines ähnlichen Ansatzes an der Unterscheidung von Motivation und politischer Strategie, wollen wir den Fall Kaindl im Hinblick auf die gesamte antifaschistische Bewegung diskutieren und die langfristige politische Wirkung bedenken.

Ausgangsbedingungen

Kaindl war ein Aktivist und Finanzchef der Deutschen Liga für Volk und Heimat. Er war also nicht nur irgendein Reaktionär, sondern ein neonazistischer Aktivist. Als solcher arbeitete er - in welchem Umfang auch immer - aktiv an der rassistischen Hetze, an der Ermunterung und Unterstützung von Angriffen auf ImmigrantInnen und Flüchtlinge, genauso wie an der Umsetzung der Anti-Antifa-Kampagne.

Mit einem Faschisten können und wollen wir nicht diskutieren. Es muß verhindert werden, daß jemand wie Kaindl, daß Aktivisten der Deutschen Liga zu Wort kommen oder Räume besetzen. Bestandteil dessen ist es, dies militant zu verhindern. Jegliche pseudo-liberale Toleranz gegenüber der DL und ähnlichen nationalistischen bis faschistischen Organisationen unterstützt diese in ihrer Anstrengung, rassistische und patriarchale Herrschaft zu stärken und zur mörderischen Konsequenz zu führen.

Wir als AntifaschistInnen wollen den gesellschaftlichen Raum mit emanzipatorischen Ideen und Vorstellungen besetzen.

Es geht deshalb durchaus um Machtfragen. Wir wollen Raum greifen und nazistische Ideen und Handlungen zurückdrängen. Deshalb wäre es verlogen, zu behaupten, wir würden in grenzenloser Emanzipation alle politischen Strömungen zulassen und handelten nach einem Inbegriff von Entfaltungstoleranz.

Aber auch dem Kampf um Raum für antifaschistische emanzipatorische Gesellschaftsformen sind Grenzen gesetzt. Grenzen nicht nur von den konservativen und restaurativen Kräften, sondern auch von uns selbst gesetzte. Antifaschismus, verstanden als politische Idee von einer Gesellschaft, die sich nicht durch Unterdrückung auszeichnet und Antifaschismus, verstanden als eine kontinuierliche politische Arbeit zur Umsetzung einer solchen Idee, kann nicht individuelle Personen als Angriffsziel setzen. Politische Tendenzen lassen sich nicht dadurch stoppen, daß individuelle Aktivisten ausgeschaltet werden. Jeder einzelne Nazi und Rassist trägt seinen Teil bei zur Unterdrückung und Verfolgung von ImmigrantInnen, Flüchtlingen, Obdachlosen, Behinderten und gerade auch von Frauen. Aber die Dominanz im Alltag von Rassismus und Sexismus entsteht und existiert auf anderem Wege. Strukturen und Resonanzbedingungen müssen vorrangigste Angriffsziele antifaschistischer Politik sein.

Ein Treffen der Deutschen Liga in Neukölln zu verhindern, gehört genau hier dazu. Bei diesem Angriff ist jemand getötet worden, selbst wenn dieser ein Nazi war. Wir gehen davon aus, daß ein Toter bei der Aktion im China-Restaurant nicht gewollt war. Wir gehen allerdings auch davon aus, daß über diese Gefahr nicht groß nachgedacht wurde. Unter solchen Voraussetzungen ist es fatal wenn dabei jemand getötet wird. In diesem Zusammenhang lehnen wir die Verwendung des Wortes Attentat ab. Dieses beinhaltet eine gezielte und geplante Aktion, welche hier nicht vorliegt.

Langzeitwirkungen

Wo der Text "Solidarität ist eine Waffe" anführt, wie wenig der Tod dem antifaschistischen Kampf im Ansehen der Öffentlichkeit geschadet habe, wollen wir wenigstens kurz noch die Langzeitwirkung bedenken: "Mord durch türkische AntifaschistInnen" wird das sein, was hängen bleibt in den vielen Köpfen. Und "Mord ja oder nein" wird auch das sein, was in den Köpfen von antifaschistischen Aktiven hängen bleibt. Selbst wenn endlich der unhaltbare Mordvorwurf durch die Justiz fallengelassen wird, kann bis dahin schon viel Glas zerbrochen sein und das Bild in den Köpfen weiter "Mord" bleiben. Langfristig kann dies bedeuten, daß Tötung von Faschisten als das eigentliche Mittel antifaschistischer Politik von der bürgerlichen Öffentlichkeit denunziert wird.

Langfristig bedeutet eine solche schiefgelaufene Aktion aber auch möglicherweise eine Verunsicherung der AntifaschistInnen selbst, die zu Handlungsunfähigkeit führen muß.

Um Abgrenzung und Handlungsunfähigkeit zu vermeiden, ist es notwendig, die Folgen für alle Beteiligten abschätzbar zu machen. Dies scheint bei der Aktion im China-Restaurant nicht der Fall gewesen zu sein.

Wir wollen, daß es weiterhin militante Aktionen gegen Faschisten gibt!

Wenn AntifaschistInnen sich allerdings nicht zum Vorgefallenen verhalten und weiterhin die Frage der Abschätzbarkeit und Verläßlichkeit bei Aktionen nicht gegeben ist, wird dies den Antifaschismus weit zurückwerfen.

Strategie-Streit

Schon seit längerer Zeit schwelt auf niedrigerem Niveau am politischen Zugang Antifaschismus ein Streit innerhalb der antifaschistischen Szene. Grabenkämpfe um, verkürzt gesagt, das Verhältnis von Militanz und Überzeugungsarbeit werden - nicht erst seit Hoyerswerda - ausgetragen. Auf Demos und auch in verbalen Auseinandersetzungen wird Militanz verstärkt durch ImmigrantInnen eingebracht, teilweise wird sie auch unterstellt. Zurückhaltung verlangen viele Autonome und AntifaschistInnen mit deutschem Pass und halten sich auch zurück. Unterschiedliche Lebensbedingungen bewirken zu Teilen unterschiedliche Wahrnehmungen und somit politische Ziele. Es sind aber doch nicht nur die individuellen Lebensbedingungen, die unseren Kampf gegen Faschisten und für gesellschaftliche Emanzipation bestimmen! Ohne Überzeugungen und Strategie keine Politik!

Betroffenheit allein ist keine politische Strategie, sondern berechtigte aber hilflose und unreflektierte wie ungezielte Reaktion.

Betroffenheit wird aber nur allzu oft als Begründung für wenig durchdachte Aktionen angeführt. Betroffenheit ist kein Persilschein!

Wäre Betroffenheit ein solcher, so könnte sich mindestens die Hälfte der männlichen Antifa schon auf tägliche Angriffe von Seiten der betroffenen Frauen gefaßt machen. Dies würde möglicherweise den Betroffenheitsaspekt deutlich verschieben.

Militanz ist - wie schon so oft geschrieben - ein Mittel zum Zweck. Daraus folgt, daß ein Zweck benannt werden muß. Die Zweckmäßigkeit des Todes eines Faschisten leuchtet in nur sehr beschränktem Maße ein. Der Tyrannenmord, also die Liquidation faschistischer Füherer, die tatsächliche Macht ausüben, soll nicht in Frage gestellt werden. Der Zweck allerdings muß aus dem Nutzen für die antifaschistische Politik, nicht aus dem Grad der Bösartigkeit des Faschisten abgeleitet werden. Ein Nazi weniger verhindert noch keinen einzigen Angriff auf Menschen, die nicht ins deutsche Weltbild passen.

Es ist die gesellschaftliche Realität, die uns zur politischen Militanz drängt. Wir haben uns diese Situation nicht ausgesucht. Die Faschisten geben Kampfbedingungen vor. In dieser Situation stehen nicht nur ImmigrantInnen. Bei all den vielen Angriffen auf Faschisten in den letzten Jahren hätte passieren können, was im China-Restaurant passiert ist.

Für die Zukunft müssen wir das mit unseren Köpfen verhindern.

Solidarität ist eine Waffe

Dies alles hat nur in einem Punkt etwas mit der Solidaritätsarbeit für die verhafteten Antifas zu tun: Die Diskussion um den Tod eines Faschisten ist kaum geführt, und so gehen viele unserer GenossInnen die Soli-Arbeit nicht oder nur begrenzt an, weil sie keine Position zu ab-

Hier aber laufen wir in die uns gestellte Falle: was hat denn die Diskussion um den Tod eines Faschisten mit der Verhaftung der Antifas zu tun?
Unsere Unklarheit und die sehr unterschiedlichen politischen Bestimmungen des antifaschistischen Kampfes werden benutzt, um eine bestimmte Gruppe von AntifaschistInnen, türkische und kurdische AntifaschistInnen nämlich, zu kriminalisieren. Und wir protestieren kaum gegen diesen unhaltbaren Mordvorwurf, weil wir mit dem Wort Mord und all seinen Implikationen uns nicht umzugehen trauen!

Unbedingte Solidarität mit den verhafteten Antifas ist nicht abhängig von der fehlenden oder geführten Diskussion. Wir müssen Stellung beziehen gegen diesen Kriminalisierungsversuch, gegen diesen Versuch, antifaschistischen Widerstand zu brechen. Die Diskussion um unser politisches Verhältnis zum gewaltsamen Tod von Faschisten kann trotzdem geführt werden.
Die türkischen und kurdischen AntifaschistInnen aber sollen von Staatsseite aus mundtot gemacht werden. ImmigrantInnen und Flüchtlinge haben in diesem Land der völkischen Einheit und der sozialen Spaltung immer weniger Rechte und Möglichkeiten und dies soll, ginge es nach den Herrschenden und den noch weiter rechts stehenden Kräften noch verstärkt werden.

Freiheit für Mehmet, Abidin, Fatma, Erkan und Bahretin !

Berlin, Ende März 1994

**Autonome AntifaschistInnen
für die Freiheit der politischen Gefangenen**

ghetto volxsport
wir haben in einer nacht unser areal markiert.
wir sind vom u-bhf. die selchower bis zur promenade gelaufen. dann links, über den platz bis zur aller, zurück zur hauptstrasse. (tabu wegen kops). alle eingeschlossenen strassen sind jetzt bunt.
wir haben gezielt frische und alte fassaden und läden und wohnungen im erdgeschoss genommen. im 35 hauseingängen leuchtet unser tag.
wir haben verwendet: 1 dose schwarz glänzend
1 dose feuerrot
2 eddings (5mm)
wenn tagger jetzt glotzen wollen kommt her. die hausmeister sind schnell. 5 tags sind weg. aber wir werden die part-time-cops besuchen. busse fahren oft.
message: kurzes hi & langes hooo
to ag posse drinnen & draussen
and to ea posse für die neue soli-mc
and tut, tut die richtiges sache

K
atrin,
g
erd &
K
ai



* Katrin sprüht gerade (war hess, fragt bloss nicht warum).

liebe freundinnen und freunde aus mitte

und evt. auch anderswo

Volxsport statt Olympia !????

mit solchen und ähnlichen parolen haben wir einst mitgeholfen, das streben des berliner senates nach olympia 2000 zu grabe zu tragen. viel war da die rede von volxsport, breitensport, sportstätten für alle, kiezverankerung etc. all dies natürlich während die kampagne lief und natürlich vorm "abschlußbericht des aok". jetzt ein paar monate danach sind das wohl alles geschichten aus der vergangenheit.

nachdem der senat im zuge der olympiabewerbung das stadion der weltjugend zerstören ließ, schritt man kurz danach im sportfeld auguststraße - letzte spielmöglichkeit für kids, freizeitkickerInnen und aktive im mitte-kiez - zur tat. der platz wurde ausgebaggert, ist jetzt ein bauruine. seit okt. 93 gibt es einen baustopp.

aus diesem anlaß rief der sv berolina mitte, sowohl aus dem stadion der weltjugend, wie auch vom sportplatz auguststr. geflogen, zu einer kiezdemo auf. es wurde plakatiert, zeitungen berichteten. die forderungen waren so ziemlich das, was wir unter anderem noch vor ein paar monaten auf unsere fahnen geschrieben hatten.

trotz reichlich regen war es dann eine nette kleine demo mit straßenblockaden, fußballspielen auf'm alex etc.

nur eines war uns unklar. wo waren denn bloß die breitensportlerInnen, VolxsportlerInnen und die, die kiezverankerung so wichtig finden? sollten wir uns nicht endlich mal an den von uns ausgegebenen parolen orientieren oder messen?

wäre doch sicher mal eine diskussion wert?

wars zu früh (10.30 Uhr), oder lag es daran, daß nur ein "popliger" sportverein, anstelle autonomer gruppen zur demo aufrief? daran, daß fußball eh scheiße ist, am regen oder einfach am desinteresse?

also augen auf - wir bleiben alle und unsere sportstätten auch!

sofortige fertigstellung des sportfeldes auguststraße!

rückgabe des stadions der weltjugend und neuerrichtung von sportfeldern dort!

nehmen wir unsere parolen endlich ernst!!!

solidarische grüße an das bündnis "kein länderspiel am 20. 04. 94"

(und an die Leute, die das erste und dritte papier zum länderspiel in der letzten interim geschrieben haben: informiert euch bitte, bevor ihr solche unterstellungen verbreitet. das war ja wohl ein schuß in den ofen!)

ein paar, die auf der demo waren



ANTIFA = Mord & Totschlag ?

Freie Kommunikation = RAF-Infrastruktur ?

In den letzten Tagen haufen sich in rechten Blättern offenbar lancierte Artikel, die massive Kriminalisierungsversuche darstellen und eine Repressionswelle befürchten lassen. Sie zielen auf den antifaschistischen Widerstand von ImmigrantInnen einerseits, gegen nichtkommerzielle Mailboxnetze andererseits

Ein gewisser Peter Scherer denunziert (in der „Welt" vom 5.3.93) SPINNENNETZ, einen bisher winzigen Verbund von drei Mailboxen, als „europaweite Kommunikationsstruktur der RAF", die angeblich auch mit den etwa 150 Mailboxen des COMLINK-Netzes verbunden sein soll Ein Rolf Dressler („Westfalen-Blatt". 11 3 93) bezieht gleich noch das weltweit verbreitete APC (Association for progressive Communication) in die Hetze mit ein.

Derselbe Peter Scherer weiß nur drei Tage spater (wiederum in der „Welt") zu berichten, daß Staatsicherheitsexperten einen „heißen und blutigen Fruhling" 'befürchten' und bezieht sich dabei auf die Vorbereitungen zu ANTIFA-Aktionen anlaßlich des Fußball-Länderspiels BRD-England am 20 April in Berlin. Ins Visier genommen wird von Scherer vor allem die Vorbereitung der ImmigrantInnen-Demo am 20. April, deren politische Aussagen als „terroristische Standortbestimmung" bezeichnet werden

Mit dem erneuten Aufwarmen des Konstrukts vom „legalen Arm der RAF" und dem bewußten Herbeireden von gewaltsamen Auseinandersetzungen wird eine verstarkte Kriminalisierung der Linken und des antifaschistischen Widerstands vorbereitet, werden Organisierungsansätze von ImmigrantInnen angegriffen.

Die Mailboxnetze mit ihren neuen Formen der Kommunikation werden als Gefahr für das Schnüffelinteresse des Staates und das Informationsmonopol bürgerlicher Medien beargwöhnt und - bisher nur publizistisch - angegriffen. Tatsächlich ermöglichen sie eine neue Form der Öffentlichkeit, in der die Schranke zwischen „Informationsproduzenten" und -konsumentInnen aufgehoben ist. Die unkontrollierte Ausbreitung freier Kommunikation, die verbreiterte Aneignung von Informationstechnik (mit all ihren Möglichkeiten) von unten her soll eingedämmt werden, indem sie gezielt in die Nähe der Konspiration und des Unaussprechlichen (der RAF) gerückt wird.

Der Mythos Technik machts möglich: Datenfernübertragung (DFÜ) ist sowohl in der bürgerlichen als auch in der linken Öffentlichkeit in ihrer Funktionsweise weitgehend unbekannt, dafür umso mehr mystifiziert. Und das erleichtert die Kriminalisierungsversuche. Den einen kann jede noch so dreiste Lüge problemlos als Wahrheit reingedruckt werden - sie glauben was sie glauben sollen. Von der Linken wird die elektronische Infrastruktur noch wenig genutzt und sie hat weithin noch gar keine richtige Vorstellung davon, was ihr da aus der Hand geschlagen werden soll.

Die attackierten freien Informationsnetze bieten zwar auch privaten Nachrichtenaustausch, sind aber als solche absolut öffentlich, richten sich nach presserechtlichen Gepflogenheit und verhalten sich übrigens weitgehend systemkonform. Zugegeben, letzteres nehmen wir nicht für uns in Anspruch, aber wir machen dieselbe legale Arbeit. Ihr hört von uns!

Freiheit für die Gefangenen aus der ANTIFA !

Organisiert den antifaschistischen Widerstand !

Hände weg von der Informationsfreiheit und den neuen Medien !



SpinnenNetz Berlin / ICN Berlin

Infoladen OMEGA, Sparrstr.21, 13353 Berlin / Telefon. + + 49-30-453 70 23 / Jeden Mittwoch 16-18h

E-Mail: SPINNENNETZ_BERLIN@VLBERLIN.comlink.de / Mailbox: + + 49-30-453 73 03

Spendenkonto: W.Kemmer Sonderkonto Nr. 320 294 103, PGA Bln, BLZ 100 100 10 Stichwort „Spinnennetz"

R.-Heß-Aufmarsch 94 bekämpfen !

Auch 1994 ist zu erwarten, daß die Nazis wieder anläßlich des Todestages des Hitler-Stellvertreters Rudolf Heß am 17.August mobilisieren.
Die Diskussion um antifaschistischen Widerstand dagegen ist nach den letztjährigen Aktionen, die den Aufmarsch in Fulda nicht verhindern konnten, aber trotzdem nicht als "sinnlos" eingeschätzt wurden, durchgehend geführt worden.

Nachdem in der Auswertung unserer Gegenaktivitäten 93 - die als Schwerpunkt eine Ver- oder zumindest Behinderung des Heß-Marsches setzten - sehr einheitlich ein Scheitern des "Hinterherfahrkonzeptes" gesehen wurde, war so etwas wie "Aufbruchsstimmung" spürbar. Die Entwicklung des Widerstands sollte von den regionalen Zusammenhängen ausgehen und getragen werden. Eine zentrale Koordination sollte zur Effektivität unserer Aktivitäten beitragen.

Der 100. Geburtstag von Heß 1994 und der Willen der Nazis, ins "Superwahljahr" einzugreifen, lassen den Versuch einer neuerlichen Machtdemonstration der FaschistInnen befürchten. Es wäre verhängnisvoll, wenn wir die vielen guten Ideen für dezentrale Aktionen jetzt wieder als "alleinseligmachende" zentrale Orientierung beschließen würden.

Meldungen, wie die von der Antifa Rhein-Main, es gäbe bereits eine Konzeption, die von allen beteiligten Antifa-Zusammenhängen getragen würde, stimmen in dieser Form nicht. Die Bamberger Antifa - und offensichtlich auch nicht wenige andere Gruppen - haben dezentrale Aktionen von Anfang an als Teil einer Gesamtkonzeption gesehen. Von Verzicht auf konkrete Aktionen am Ort des Aufmarschs war niemals die Rede.
In den Regionen sollte entschieden werden, ob die Bedingungen und der Willen dazu vorhanden sind.

Wir zitieren aus einem Diskussionspapier einer norddeutschen Antifa-Gruppe:
"Diese inhaltlichen Diskussionen über unsere Erfahrungen des letzten Jahres haben bisher in der Vorbereitung für 1994 keine Rolle gespielt. Die Diskussion wurde reduziert auf die Frage der Aktionsform: Dezentral oder zentral, ohne eine eigentliche Analyse der Situation und eine eigene Zielbestimmung vorzunehmen.
Für die Gruppen im Rhein-Main-Gebiet und die AA/BO ist ihre Entscheidung schon längst gefallen."

Wir sehen das ähnlich. Letztes Jahr wurde eine "einheitliche zentrale Konzeption" - damals v.a. von norddeutschen Gruppen - "durchgekämpft".
Diesmal passiert dasselbe unter umgekehrten Vorzeichen: wieder streiten sich Viele um den (scheinbaren) Widerspruch dezentrale%zentrale Aktionen.

Wenn für Organisationen wie die AA/BO ihre Entscheidung schon gefallen ist, dann ist das ihr gutes Recht. Wir sollten in der Antifa über althergebrachte "Fraktionskämpfe" hinausgehen. Das geht aber nur, wenn wir unsere unterschiedlichen Ansatzpunkte akzeptieren und auf dieser Basis endlich zu einer Diskussion um die Vernetzung vieler VERSCHIEDENARTIGER Aktivitäten gegen den Rudolf-Heß-Gedenkmarsch kommen. Eine Aktionsform ist der Versuch, die Nazis nicht ungehindert marschieren zu lassen.
Es wäre ein Erfolg der FaschistInnen, wenn sie sich 1994 keine Gedanken um die Sicherheit ihrer Zusammenrottung am 17.8. machen müßten.

Vielleicht ist es kein Zufall, daß auf dem Wunsiedel-Plenum in FFM keine ostdeutschen Gruppen anwesend waren. Die haben nämlich eine gewisse Sensibilität hinsichtlich traditioneller linker Machtpolitik.

Antifa Bamberg c/o Collibri Austraße 14 96047 Bamberg

PS:

In Leipzig fand sich am 3.3. 94 eine Vorbereitungsgruppe zur Organisierung der Anti-Wunsiedel-Aktionen im Leipziger Raum zusammen.
Generell sollen in diesem Jahr mehr dezentrale Aktionen gestartet werden, da die zentralen mit Hinterherfahren und Bullenstreß wohl doch nicht so ganz die erhoffte Wirkung zeigen.
In Leipzig soll es also einen Aktionstag in möglichst breitem Bündnis geben, wer da Ideen hat oder sich selbst einbringen will, kann sich ja mal melden.

Vorbereitungsgruppe Wunsiedel e.V.; c/o VL B.-Göring-Str. 152 04277 Leipzig

Und das Problem ist natürlich die liebe Knete. Deshalb hier unser Spendenkonto: Bayrische Vereinsbank, Konto-Nr.: 8445214, BLZ: 86020086
Kennwort: Aktionstag
Tschüß die Vorbereitungsgruppe

Die Türkei verhindert Delegationen nach Kurdistan

Zahlreiche Delegationen aus Deutschland, Schweiz und anderen Ländern, die in den letzten Tagen nach Kurdistan gereist sind, um die Newroz - Feierlichkeiten am 21.März und die Kommunalwahlen am 27.März 94 zu beobachten werden in der Türkei behindert und bedroht.

Zu den Delegationen riefen die DEP (Partei der Demokratie) und IHD (Menschenrechtsverein-Türkei) auf, weil sie wie in den Jahren zuvor Massaker seitens der Armee an der kurdischen Zivilbevölkerung erwarten.

Diese Befürchtung wurde deutlicher, als in den letzten Wochen zusätzlich zu den 300.000 türkischen Sicherheitskräften weitere 150.000 Soldaten und Spezialeinheiten nach Kurdistan verlegt wurden.

Die Türkei verhindert und bedroht jetzt ausländische Delegationen, um ungehindert ihre Massakerpläne während den Newroz-Feierlichkeiten zu verwirklichen.

Bis jetzt (16.40Uhr) liegen uns folgende Informationen von Delegationen vor:

Delegation aus der Schweiz

Eine 23köpfige Delegation aus der Schweiz, die am 18.März in der kurdischen Stadt Van ankam, wurde sofort im Hotel von der Polizei umstellt. Die Delegation darf zur Zeit das Hotel nicht verlassen. Der Polizeipräsident der Stadt Van hat gesagt, dass sie dort unerwünscht sind und gedroht, die Delegation mit Gewalt aus der Stadt zu vertreiben.
Außerdem wurden von 10 DelegationsteilnehmerInnen die Pässe weggenommen und die Sicherheitskräfte forderten sie auf, sich einem AIDS-Test zu unterziehen. Zwei Mitglieder der IHD-Van (Menschenrechtsverein) wurden verhaftet, nachdem sie die Delegation im Hotel besucht hatten.
Zur Zeit sitzt die Delegation im Hotel fest und weigert sich die Stadt zu verlassen.

Delegation aus Süd-Deutschland (Stuttgart, München, Karlsruhe, Nürnberg..)*

Eine Delegation aus Süd-Deutschland (ca. 70 Personen) ist heute in Van angekommen (19.03.94). Sie werden zur Zeit am Flughafen-Van festgehalten und wie wir erfahren haben, beabsichtigt die Polizei sie nach Ankara oder Istambul zu schicken.

Delegation aus Hannover - Braunschweig

Eine 15köpfige Delegation aus dem Raum Hannover-Braunschweig, die am 16.03.94 in Van ankam wurde an der Weiterfahrt nach Dogubeyazit in der Provinz Agri gehindert. Der Gouvaneur der Stadt Agri hat erklärt, daß sie keine Beobachter-Delegationen wünschen.

Anschließend wurde die Delegation durch Polizeigewalt von Van nach Ankara geschickt. Nach uns zugegangenen Informationen, sitzt die Delegation jetzt mit anderen ausländishen Delegationen am Flughafen-Ankara in Abschiebehaft.

Delegationen aus Frankfurt und Münster

Zwei Delegationen aus Frankfurt und Münster, die am 18.03.94 in Diyarbakir angekommen sind, wurden daran gehindert in die Provinz Dersim zu fahren.
Die Delegation befindet sich jetzt ind Diyarbakir und werden ständig von der Polizei bewacht.

Das IHD-Büro in Diyarbakir wurde am 18.03.94 von der Polizei überfallen und durchsucht. Gegen den IHD-Mitarbeiter, der sich um die Delegationen kümmern sollte wurde Haftbefehl erlassen. Dre IHD-Mitarbeiter ist untergetaucht. Die Polizei hat seine Wohnung besetzt, in der auch seine Frau und Kinder festsitzen.

Alle Delegationen werden von der Polizei rund um die Uhr bewacht. Die Sicherheitskräfte drohen den Delegationen mehrfach mit Verhaftung. Wie lokalöe KorrespondentInnen der Tageszeitung "Özgür Gündem" bestätigen, wird jeder Kontakt zur Lokalbevölkerung von den Sicherheitskräften systematisch verhindert.

Die Delegationen setzen sich zusammen aus Abgeordneten, JuristInnen, LehrerInnen, ÄrztInnen, GewerkschaftlerInnen, Mitgliedern verschiedener Menschenrechtsorganisationen, JournalistInnen und StudentInnen zusammen.

Sie wollten als unabhängige BeobachterInnen die Lage in Kurdistan beobachten. Die Türkei, die seit Jahrzehnten die kurdische Bevölkerung unterdrückt, massakriert und sich bis heute weigert ihnen die elementaren Menschenrechte zu zugestehn, zeigt in ihrem Umgang mit den Delegationen wieder einmal ihr wahres, undemokratisches Gesicht.

Sobald wir Neues von den Delegationen und der Lage in Kurdistan erfahren werden wir sie davon unterrichten.

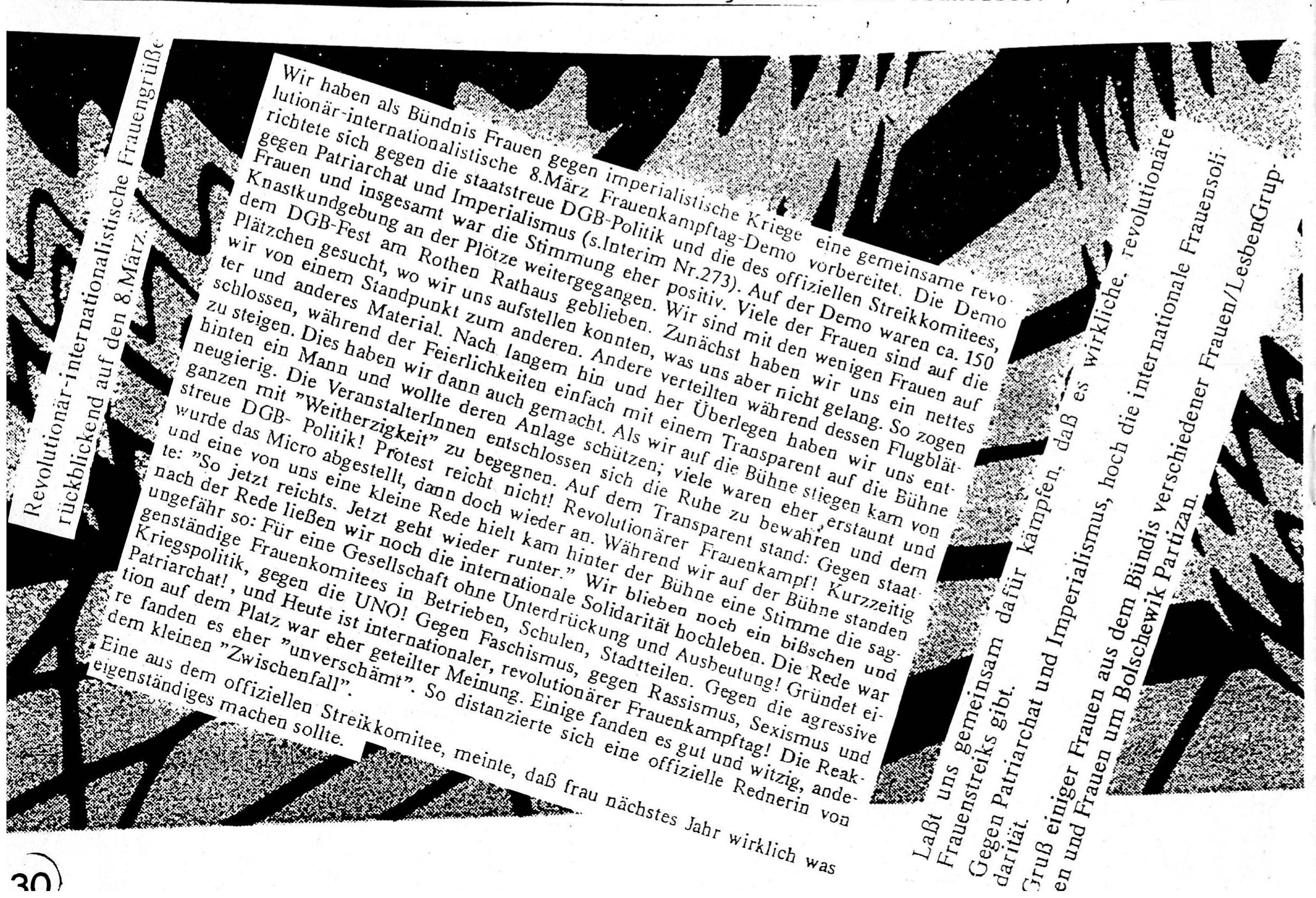
NEWROZ 1994 Koordinationsbüro Frankfurt, den 19.03.94
Obermainanlage 7, D-60314 Frankfurt

Presseerklärung des Aktionsbündnisses zu den Kundgebungen vor Kempinski-Hotels in verschiedenen Städten am 26.3.94

Seit dem 15.12.93 finden vor dem Berliner Kempinski-Hotel am Kurfürstendamm jeden Sonnabend Kundgebungen statt. Das Aktionsbündnis, bestehend aus der Antirassistischen Initiative Berlin, der Antifa Charlottenburg und verschiedenen Einzelpersonen fordert zusammen mit Fritz Teppich, einem der letzten Überlebenden aus der jüdischen Familie Kempinski fordert die Anbringung von Gedenktafeln an den Häusern des Hotelkonzerns, aus denen hervorgeht, daß Kempinski ursprünglich ein jüdischer Weinhandel und Gaststättenbetrieb war, der 1939 arisiert wurde und sich seitdem in der Hand der "Hotelbetriebs AG" befindet. Dieser Konzern beutete zur Zeit des Nationalsozialismus über 900 ZwangsarbeiterInnen aus und führte auch nach dem Krieg seine Geschäfte zunächst unter gleichem Namen weiter und setzte später auch wieder den Arisierer Spethmann als Vorstandsvorsitzenden ein. Das Hotel "Kempinski" in Berlin existiert seit 1952 wieder auf den Trümmern einer ehemaligen "Kempinski"-Gaststätte. 1977 benannte sich die ganze schwerst NS-belastete "Hotel-Betriebs-AG" in "Kempinski-AG" um und beruft sich in eigenen Publikationen auf die Tradition der Kempinski Weinhandels- und Gaststätten-Betriebe. Hierbei wird immer wieder verschwiegen, daß es sich um eine jüdische Firma gehandelt hat, daß die Mitglieder der Familie teilweise ins Exil gezwungen wurden und teilweise im KZ umkamen.

Erfolge unserer Aktionen sind bisher ein breites Presseecho, großes Interesse in der Berliner Öfentlichkeit, Unterstützung von zahlreichen Organisationen und Einzelpersonen auch aus jüdischen und kirchlichen sowie Parteikreisen, die Absage des Israelischen Staatlichen Tourismusbüros, einen Empfang während der Internationalen Tourismusbörse abzuhalten und die offensichtliche Panik des "Kempinski-Konzerns", der inzwischen bundesweite Krisensitzungen abhält und vergeblich versucht, sich auf Pressekonferenzen zu rechtfertigen.

Um nun weiteren Druck auf die Firma Kempinski auszuüben, haben wir vor, am **Sonnabend, 26.3.94** mit Initiativen in anderen Städten, in denen es Hotels unter dem Namen Kempinski gibt, gleichzeitig zu demonstrieren und auch dort die Anbringung von Gedenktafeln zu fordern. Ansonsten soll auf den Namen "Kempinski" verzichtet werden, um das Andenken der Toten der jüdischen Familie nicht weiterhin für die Geschäfte eines Betriebs zu benutzen, der sich weigert, sich mit seiner belasteten Nazi-Vergangenheit auseinanderzusetzen. (Wir stehen bezüglich der Kundgebungen in Kontakt mit Initiativen aus München, Hamburg, Frankfurt, Bombay, Toronto, Los Angeles und San Francisco.)



Revolutionär-internationalistische Frauengrüße rückblickend auf den 8.März

Wir haben als Bündnis Frauen gegen imperialistische Kriege eine gemeinsame revolutionär-internationalistische 8.März Frauenkampftag-Demo vorbereitet. Die Demo richtete sich gegen die staatstreue DGB-Politik und die des offiziellen Streikkomitees, gegen Patriarchat und Imperialismus (s.Interim Nr.273). Auf der Demo waren ca. 150 Frauen und insgesamt war die Stimmung eher positiv. Viele der Frauen sind auf die Knastkundgebung an der Plötze weitergegangen. Wir sind mit den wenigen Frauen auf dem DGB-Fest am Rothen Rathaus geblieben. Zunächst haben wir uns ein nettes Plätzchen gesucht, wo wir uns aufstellen konnten, was uns aber nicht gelang. So zogen wir von einem Standpunkt zum anderen. Andere verteilten während dessen Flugblätter und anderes Material. Nach langem hin und her Überlegen haben wir uns entschlossen, während der Feierlichkeiten einfach mit einem Transparent auf die Bühne zu steigen. Dies haben wir dann auch gemacht. Als wir auf die Bühne stiegen kam von hinten ein Mann und wollte deren Anlage schützen; viele waren eher erstaunt und neugierig. Die VeranstalterInnen entschlossen sich die Ruhe zu bewahren und dem ganzen mit "Weitherzigkeit" zu begegnen. Auf dem Transparent stand: Gegen staatstreue DGB-Politik! Protest reicht nicht! Revolutionärer Frauenkampf! Kurzzeitig wurde das Micro abgestellt, dann doch wieder an. Während wir auf der Bühne standen und eine von uns eine kleine Rede hielt kam hinter der Bühne eine Stimme die sagte: "So jetzt reichts. Jetzt geht wieder runter." Wir blieben noch ein bißchen und nach der Rede ließen wir noch die internationale Solidarität hochleben. Die Rede war ungefähr so: Für eine Gesellschaft ohne Unterdrückung und Ausbeutung! Gründet eigenständige Frauenkomitees in Betrieben, Schulen, Stadtteilen. Gegen die agressive Kriegspolitik, gegen die UNO! Gegen Faschismus, gegen Rassismus, Sexismus und Patriarchat!, und Heute ist internationaler, revolutionärer Frauenkampftag! Die Reaktion auf dem Platz war eher geteilter Meinung. Einige fanden es gut und witzig, andere fanden es eher "unverschämt". So distanzierte sich eine offizielle Rednerin von dem kleinen "Zwischenfall". Eine aus dem offiziellen Streikkomitee, meinte, daß frau nächstes Jahr wirklich was eigenständiges machen sollte.

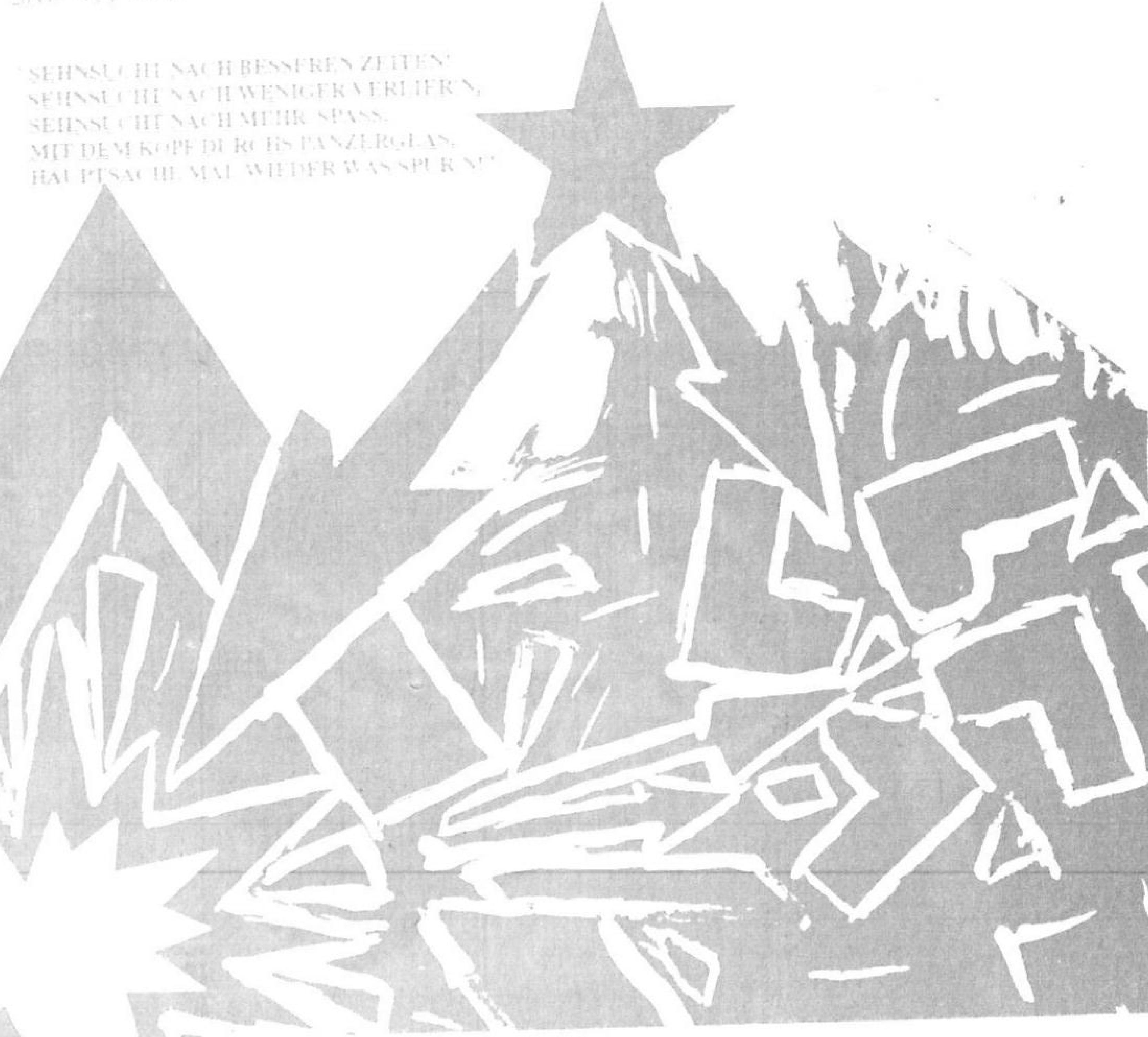
Laßt uns gemeinsam dafür kämpfen, daß es wirkliche, revolutionäre Frauenstreiks gibt.
Gegen Patriarchat und Imperialismus, hoch die internationale Frauensolidarität.
Gruß einiger Frauen aus dem Bündis verschiedener Frauen/LesbenGruppen und Frauen um Bolschewik Partizan.



QUETSCHENPAUA
unterwegs 1994

19.03. Berlin / "Clash" / Uferstr.13
25.03. Ludwigsfelde / Yugendclub in der Neckarstr
01.04. Berlin / "Ex" / Gneisenaustr.2A
09.04. Hoyerswerda / "Linksabbieger" / L.-Hermannstr.28
15.04. Magdeburg / "Yugendclub Knast" / Umfassungsstr
16.04. Hamburg / "Foolsgarden" / Bernstr.18 (Beginn 24Uhr)
17.04. Ahrensburg / "Speicher" / Lübeckerstr.6
19.04. Mölln / Yugendzentrum
20.04. Salzwedel / "Mönchskirche" / An der Mönchskirche
21.04. Bielefeld / Entweder "Audimin" oder "Autonomes Yugendzentrum Heperstr"
23.04. Wuppertal / Autonomes Zentrum
24.04. Mönchengladbach / Autonomes Zentrum "Fahrenheit 451"
25.04. Oldenburg / "Alhambra" / Hermannstr.83
27.04. Hamburg / "Rote Flora" / Schulterblatt
30.04. Berlin / "Syndikat" / Weisestr.56
12.05. Euskirchen
28.05. Schwedt

"SEHNSUCHT NACH BESSEREN ZEITEN!
SEHNSUCHT NACH WENIGER VERLIEREN,
SEHNSUCHT NACH MEHR SPASS.
MIT DEM KOPF DURCHS PANZERGLAS,
HAUPTSACHE MAL WIEDER WAS SPÜREN!"





Do. 17.3. 21:00
CLASH, Uferstr. 13
u-Bhf. Pakkstr. o. Nauener Pl.
Terra Nullius (Film)
Die Filmemacherin ist da
...nur für FrauenLesben...

Fr. 25.3., 22:00
KOPI 137
U-Bahn Heinrich-Heine-Str.
Solikonzert f. Prozeßkostenhilfe
Totalverweigerung
Anarchist Academy (hipHop)
Too Fast (HipHop)





[illegible] letzte Kundgebung
Samstag, 26. März '94 vor dem Hotel "Kempinski" [illegible] eine Gedenktafel, aus der hervor-
um 16.30 [illegible]damm Ecke Fasanenstraße [illegible] unter dem Namen der
geht, daß [illegible] NS-belasteten [illegible] "arisiert" wurde, firmiert.
jüdischen Familie Kempinski, deren Betrieb [illegible] Initiative Berlin [illegible]
[illegible] der letzten Überlebenden der Familie u.a.

Libertär und kollektiv -
Leben mit Kindern
Welche Chancen gibt es?

Diskussionsveranstaltung mit Videoausschnitten

Sie soll zum Sündenbock für den "Moralverfall" der 90er gemacht werden: die antiautoritäre Erziehung der 68er. Doch Sommerhill und rote Kinderläden sind für die "Unverbesserlichen" noch immer ein Ansatz für die freie Entwicklung von Menschen. Gibt es heute Chancen für ein libertäres, kollektives Leben mit Kindern oder haben Vereinzelung, Privatisierung und Staatsdruck endgültig gesiegt?

Samstag, den 26.03.1994 19.00 Uhr

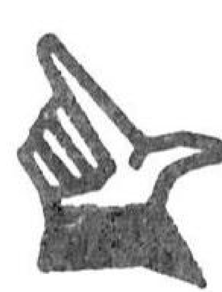


barbata

anarchistischer Medienladen
im EL LOCCO CAFE, Kreuzbergstr.43,
10965 Berlin-Kreuzberg
(U- + S-Bahn Yorckstr.)

Geöffnet:
Mittwoch, 11.00 bis 16.00 Uhr
Mittwoch, 17.00 bis 19.00 Uhr
Freitag, 17.00 bis 20.00 Uhr
Samstag, 17.00 bis 19.00 Uhr
Telefon während der Öffnungszeiten:
785.91.81
Zusätzliche Aktivitäten:
Mittwoch, 11.00 bis 14.00 Uhr
"Halt Mittwoch - Aussteigen"
Samstag 19.00 Uhr: Veranstaltung

So, 27.3., 19:00
Kirche von Unten
Kremmener Str. 9
U-Bhf. Bernauer od.
Eberswalder/Dimitroff
Bündnistreffen KEIN LÄNDERSPIEL



Veranstaltung zum Buch:

Stephan Courtois, Denis Peschanski, Adam Rayski
L'Affiche Rouge
Immigranten und Juden in der französischen Resistance

Ort: **Humboldt Universität**, Unter den Linden 6, Senatssaal
Zeit: **29. März 1994 19.00 Uhr**



Adam Rayski,
biographische Angaben siehe Anlage
Arno Lustiger,
Überlebender der Konzentrationslager Auschwitz und Buchenwald, Schriftsteller, Autor des Buches Schalom Libertad, Juden im spanischen Bürgerkrieg
Ahlrich Meyer,
u.a. Übersetzer des Buches von Serge Klarsfeld, Vichy - Auschwitz. Die Zusammenarbeit der deutschen und französischen Behörden bei der »Endlösung der Judenfrage« in Frankreich

Der Ablauf der Veranstaltung ist **wie folgt vorgesehen:**

Vorstellung von Adam Rayski, kurze biographische Angaben
kurzer historischer Abriß zur Geschichte der MOI (main-d'oeuvre immigree)
Situation der Immigranten und Juden im nationalsozialistisch besetzten Frankreich
Schilderung der politischen Arbeit der MOI, bis hin zum Entschluß den bewaffneten Widerstand aufzunehmen
Skizzierung der verschiedenen Wege in den Widerstand (Stichworte: Teilnahme am spanischen Bürgerkrieg, Internierung in Lagern in Südfrankreich - Ausbruch und Flucht nach Paris / Jugendliche der 2. Generation deren Freunde und Verwandte deportiert wurden und die sich im Alter von 16, 17 Jahren der MOI anschlossen)
Hochphase der Kämpfe der MOI und Einfluß auf die anti-nazistische Stimmung in der französischen Bevölkerung
kritische Würdigung des Verhältnisses der KPF zur MOI.
Frage nach einem möglichen taktischen Rückzug, nachdem die Einkreisung durch die Polizeiorgane spürbar geworden war, gegenüber dem strategischen Interesse der KPF die Widerstandsgruppen in Paris zu belassen
Fragen an Adam Rayski
Versuch Fragen der Migration, Flüchtlingsbewegung, Antisemitismus und Rassismus im neuen Europa im historischen Zusammenhang zu diskutieren



KLEIN
AUTONOMER
FLOHMARKT

27.3.94 IN
24.4.94 A
29.5.94 LE
26.6.94 SO

AB 12^{00} IM MONAT

gneisenaustr. 2a

ANMELDUNG IM EX